

## **Großkommentare der Praxis**



Löwe-Rosenberg

# Die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz

---

Großkommentar

27., neu bearbeitete Auflage

herausgegeben von

Jörg-Peter Becker, Volker Erb, Robert Esser,

Kirsten Graalmann-Scheerer, Hans Hilger, Alexander Ignor

## **Vierter Band**

Teilband 1

§§ 112–136a

Bearbeiter:

§§ 112–118b, 120, 123–124: Detlef Lind

§§ 119–119a, 121–122a, 125–130: Kerstin Gärtner

§§ 131–132, 133–136a: Sabine Gleß

§ 132a: Brian Valerius

Sachregister: Christian Klie

**DE GRUYTER**

ISBN 978-3-11-027476-9  
e-ISBN (PDF) 978-3-11-027492-9  
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-038116-0

**Library of Congress Control Number: 2019937005**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston  
Datenkonvertierung und Satz: jürgen ullrich typesatz, 86720 Nördlingen  
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

## Die Bearbeiter der 27. Auflage

- Jörg-Peter Becker*, Vors. Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe und Obernburg a.D.  
Dr. *Johannes Berg*, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe  
Dr. *Camilla Bertheau*, Rechtsanwältin in Berlin  
*Gabriele Cirener*, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe  
Dr. *Volker Erb*, Professor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
Dr. *Robert Esser*, Professor an der Universität Passau  
Dr. *Karsten Gaede*, Professor an der Bucerius Law School, Hamburg  
Dr. *Klaus Ferdinand Gärditz*, Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Richter am OVG Nordrhein-Westfalen im Nebenamt, stellvertretender Richter am VerfGH Nordrhein-Westfalen  
*Kerstin Gärtner*, Richterin am Kammergericht Berlin  
Dr. *Dirk Gittermann*, Richter am Oberlandesgericht Celle Dr. *Sabine Gleß*, Professorin an der Universität Basel  
Dr. Dr. h.c. *Karl Heinz Gössel*, em. Professor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht a.D., München  
Dr. *Kirsten Graalmann-Scheerer*, Generalstaatsanwältin in Bremen, Honorarprofessorin an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Bremen  
*Klaus-Peter Hanschke*, Richter am Kammergericht Berlin  
Dr. *Pierre Hauck*, Professor an der Universität Gießen  
Dr. *Hans Hilger*, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Justiz a.D., Bad Honnef  
Dr. Dr. *Alexander Ignor*, Rechtsanwalt in Berlin, Apl. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin  
Dr. *Christian Jäger*, Professor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
Dr. *Matthias Jahn*, Professor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Richter am Oberlandesgericht Frankfurt a.M.  
Dr. *Björn Jesse*, Richter am Landgericht Berlin  
Dr. *Pascal Johann*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.  
Dr. *Daniel M. Krause*, Rechtsanwalt in Berlin  
Dr. *Matthias Krauß*, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe  
Dr. Dr. h.c. mult. *Hans-Heiner Kühne*, em. Professor an der Universität Trier  
*Detlef Lind*, Richter am Kammergericht Berlin  
Dr. *Holger Matt*, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, Honorarprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Dr. *Markus Mavany*, Landgericht Trier  
Dr. *Eva Menges*, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe  
Dr. *Andreas Mosbacher*, Richter am Bundesgerichtshof, Leipzig, Honorarprofessor an der Universität Leipzig  
Dr. *Ali B. Norouzi*, Rechtsanwalt in Berlin  
Dr. *Günther M. Sander*, Richter am Bundesgerichtshof, Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin  
Dr. *Frank Peter Schuster*, Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg  
Dr. *Wolfgang Siolek*, Vors. Richter am Oberlandesgericht Celle a.D.  
Dr. *Carl-Friedrich Stuckenberg*, Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn  
Dr. *Michael Tsambikakis*, Rechtsanwalt in Köln, Honorarprofessor an der Universität Passau  
Dr. *Brian Valerius*, Professor an der Universität Bayreuth  
*Marc Wenske*, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe  
Dr. *Raik Werner*, Richter am Oberlandesgericht München



## Vorwort

Der LÖWE-ROSENBERG feiert 2019 seinen 140. Geburtstag und ist damit das älteste aktuelle Erläuterungswerk zur Strafprozessordnung und der mit ihr verbundenen Gesetze. Als Großkommentar hat er die Aufgabe, den Erkenntnisstand und die rechtlichen Probleme des Strafverfahrensrechts möglichst vollständig darzustellen und Wege zur Lösung auch entlegener Fragen aufzuzeigen. In einem an Praxis und Wissenschaft gleichermaßen gerichteten Werk muss dabei der Praxisbezug theoretischer Streitfragen und die historische Entwicklung heute gültiger Normen deutlich werden. Die Entstehungsgeschichte der Strafprozessordnung und der Strafgerichtsverfassung seit dem Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze, nebst dem Strafverfahrensrecht der DDR und dem Recht der Vereinigung Deutschlands sowie die Entstehungsgeschichte der einzelnen Vorschriften sind gerade vor dem Hintergrund einer 2017 in die Wege geleiteten, von einer Expertenkommission des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vorbereiteten Reform des deutschen Strafprozessrechts sorgfältig darzustellen.

Die 140-jährige Entwicklung des Strafprozessrechts in Deutschland, die ständigen Änderungen sowie eine sich zunehmend verfeinernde und immer stärker ausdifferenzierende Entwicklung in der Strafrechtswissenschaft und Rechtsprechung stellen eine steti-ge Herausforderung dar. Die Aufgabe eines Großkommentars besteht darin, sowohl den Rückgriff auf die Grundprinzipien zu ermöglichen als auch die Ausdifferenzierung zu dokumentieren und soweit erforderlich, zu bewerten und zu systematisieren.

Inhaltlich wird die Konzeption des LÖWE-ROSENBERG auch in der 27. Auflage im Wesentlichen beibehalten. Der Einfluss der Menschenrechte, des Rechts der Europäischen Union und der Rechtsprechung europäischer und internationaler Gerichte sowie das Recht der Strafgerichtsverfassung und die Rechtsprechung nationaler Gerichte werden eingehend berücksichtigt.

Auf der Grundlage dieser Konzeption ist jeder Autor für den Inhalt seiner Kommentierung verantwortlich.

Die zunehmende Flut der Veröffentlichungen hat inzwischen einen Umfang erreicht, der es nicht mehr in allen Bereichen möglich macht, den Grundsatz der vollständigen Dokumentation des Materials uneingeschränkt zu erfüllen. Es bleibt daher der Verantwortung eines jeden Autors überlassen, ob und in welchem Umfang er eine Auswahl trifft.

Für die 27. Auflage sind derzeit zwölf Bände mit voraussichtlich etwa 14.000 Seiten geplant, wobei die Bände 3, 4 und 5 in jeweils zwei Teilbände aus Gründen der Aktualität des Werkes unterteilt werden. Das Werk wird wie bisher bandweise erscheinen und soll voraussichtlich im Jahre 2021 abgeschlossen werden. Sechs Herausgeber betreuen den Kommentar weiterhin, wobei jeweils zwei Herausgeber als Bandredakteure verantwortlich sind. Die Autoren sind im Autorenverzeichnis eines jeden Bandes aufgeführt.

Verlag, Herausgeber und Autoren sind stets bemüht, die hohen Erwartungen zu erfüllen, die sich mit dem LÖWE-ROSENBERG seit jeher verbinden.

Mit der Fertigstellung der 26. Auflage im Jahre 2014 ist MD a.D. Dr. Hans Hilger als langjähriger Autor ausgeschieden, aber dem LÖWE-ROSENBERG als Herausgeber erhalten geblieben. Die Kommentierung des Untersuchungshaftrechts sowie des Rechts der einstweiligen Unterbringung haben Richter am Kammergericht Detlef Lind und Richterin am Kammergericht Kerstin Gärtner übernommen. Die Kommentierung der Vorschriften über das vorläufige Berufsverbot hat Prof. Dr. Brian Valerius anstelle von Frau Prof. Dr. Sabine Gleß bearbeitet, die in der 27. Auflage die Vorschriften über die Vernehmung des Beschuldigten kommentiert. Prof. Dr. Klaus Lüderssen, der dem LÖWE-ROSENBERG viele Jahre durch die Kommentierung der Vorschriften über die Verteidigung – zuletzt ge-

meinsam mit Prof. Dr. Matthias Jahn – verbunden war und der am 4.6.2016 verstorben ist, gebührt für sein langjähriges Engagement großer Dank. Seine Kommentierung wird nunmehr von Prof. Dr. Matthias Jahn alleine fortgeführt.

Der hiermit vorgelegte Band 4/1 hat weitgehend den Bearbeitungsstand von Mitte 2018. Teilweise wurde bei der Kommentierung einzelner Vorschriften auch noch später erschienene Rechtsprechung und Schrifttum berücksichtigt.

Berlin, im Juni 2019

Die Herausgeber

# Hinweise für die Benutzung des Löwe-Rosenberg

## 1. Inhalt der Kommentierung

Der LÖWE-ROSENBERG kommentiert die StPO, das EGStPO, das GVG und das EGGVG mit Ausnahme der nur den Zivilprozess betreffenden Teile, sowie – mit dem Schwerpunkt auf den strafverfahrensrechtlich besonders bedeutsamen Regelungen – die EMRK und den IPBPR. Wenig bekannte oder schwer auffindbare strafverfahrensrechtliche Nebengesetze, deren Wortlaut für die Kommentierung erforderlich ist, werden bei den einschlägigen Erläuterungen im Kleindruck wiedergegeben.

## 2. Erscheinungsweise und Stand der Bearbeitung

Die 27. Auflage des LÖWE-ROSENBERG erscheint in **Bänden**, deren Erscheinungsreihenfolge von der des Gesetzes abweichen kann. Die Bände werden in der vom Gesetz vorgegebenen Reihenfolge durchnummeriert.

Der **Stand der Bearbeitung** ist dem Vorwort jedes Bandes zu entnehmen. Die Autoren sind bemüht, besonders wichtige Änderungen und Entwicklungen auch noch nach diesem Stichtag bis zur Drucklegung des Bandes zu berücksichtigen.

## 3. Bearbeiter

Jeder Bearbeiter (in der Fußzeile angegeben) trägt für seinen Teil die alleinige inhaltliche Verantwortung. Die Stellungnahmen zu Rechtsfragen, die an mehreren Stellen des Kommentars behandelt werden, können daher voneinander abweichen. Auf solche Abweichungen wird nach Möglichkeit hingewiesen.

## 4. Aufbau der Kommentierung

Neben der umfassenden Einleitung zum Gesamtwerk sind den Untereinheiten der kommentierten Gesetze (Bücher, Abschnitte, Titel), soweit erforderlich, **Vorbemerkungen** vorangestellt, die das für die jeweilige Untereinheit Gemeinsame erläutern.

Der den Vorbemerkungen und den Kommentierungen der einzelnen Vorschriften erforderlichenfalls vorangestellte Abschnitt **Geltungsbereich** enthält Hinweise auf zeitliche und örtliche Besonderheiten. Der Abschnitt **Entstehungsgeschichte** gibt, abgesehen von ganz unwesentlichen Änderungen, die Entwicklung der geltenden Fassung der Vorschrift vom Erlass des jeweiligen Gesetzes an wieder. Fehlt er, so kann davon ausgegangen werden, dass die Vorschrift unverändert ist. Der Hinweis auf **geplante Änderungen** verzeichnet Änderungsvorschläge, die sich beim Abschlusszeitpunkt der Lieferung im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren befinden.

Die Erläuterungen sind nach systematischen Gesichtspunkten gegliedert, die durch Überschriften oder Stichworte hervorgehoben sind. In der Regel ist den Erläuterungen eine **systematische Übersicht** vorangestellt. Soweit angebracht wird sie bei besonders umfangreichen Erläuterungen durch eine **alphabetische Übersicht** ergänzt. Bei den Erläuterungen selbst werden für jede Vorschrift (zur Erleichterung des Zitierens) durchlaufende Randnummern verwendet.

## 5. Schrifttum

Der Kommentar enthält am Anfang jedes Bandes ein allgemeines Literaturverzeichnis, das nur die häufiger verwendete oder allgemeine Literatur enthält. Den Vorbemerkungen und den Kommentierungen der einzelnen Vorschriften sind Schrifttumsverzeichnisse vorangestellt, die einen Überblick über das wesentliche Schrifttum zu dem jeweils behandelten Thema geben.

## 6. Zitierweise

**Literatur**, die in diesen Schrifttumsverzeichnissen enthalten ist, wird im laufenden Text im allgemeinen nur mit dem Namen des Verfassers (ggfs. mit einer unterscheidenden Kurzbezeichnung) oder der sonstigen im Schrifttumsverzeichnis angegebenen Kurzbezeichnung zitiert, doch wird bei Veröffentlichungen in Zeitschriften vielfach auch die genaue Fundstelle nachgewiesen. Sonst sind selbständige Werke mit (gelegentlich verkürztem) Titel und Jahreszahl, unselbständige Veröffentlichungen (auch Beiträge in Festschriften u.ä.) mit der Fundstelle angegeben. **Auflagen** sind durch hochgestellte Zahlen gekennzeichnet; fehlt eine solche Angabe, so wird aus der Auflage zitiert, die im allgemeinen Schrifttumsverzeichnis angegeben ist. Hat ein Werk Randnummern, so wird nach diesen, sonst nach Seitenzahl oder Gliederungspunkten zitiert.

Befindet sich beim Zitat anderer **Kommentare** die in Bezug genommene Stelle im gleichen Paragraphen, so wird nur die Randnummer oder (bei deren Fehlen) der Gliederungspunkt angegeben; wird auf die Erläuterungen bei einem anderen Paragraphen Bezug genommen, so wird dieser genannt. Entsprechend wird auch im LÖWE-ROSENBERG selbst verwiesen. Bei diesem wird, wenn nichts anderes angegeben ist, auf die gegenwärtige 27. Auflage verwiesen. Ist der Band mit den Erläuterungen, auf die verwiesen werden soll, noch nicht erschienen, so ist, soweit dies sachdienlich erschien, in Klammern ergänzend die genaue Fundstelle in der 26. Auflage angegeben.

**Zeitschriften** werden regelmäßig mit dem Jahrgang zitiert. Ausnahmen (Bandangabe) bilden namentlich ZStW, GA (bis 1933) und VRS; hier ist regelmäßig die Jahreszahl zusätzlich angegeben. Bei der Angabe der Fundstelle eines amtlichen Verkündungsblattes wird die Jahreszahl nur angegeben, wenn sie von der Jahreszahl der Rechtsvorschrift abweicht.

**Entscheidungen** werden im allgemeinen nur mit einer Fundstelle angegeben. Dabei hat die amtliche Sammlung eines obersten Bundesgerichtes den Vorrang, sonst die Fundstelle, die die Entscheidung mit Anmerkung oder am ausführlichsten wiedergibt.

## 7. Abkürzungen

Die verwendeten Abkürzungen, namentlich von Gesetzen, Verwaltungsvorschriften, Entscheidungssammlungen, Zeitschriften usw. sind im Abkürzungsverzeichnis nachgewiesen.

## Inhaltsverzeichnis

- Bearbeiterverzeichnis — V  
Vorwort — VII  
Hinweise für die Benutzung des Löwe-Rosenberg — IX  
Abkürzungsverzeichnis — XIII  
Literaturverzeichnis — XLVII

## Strafprozessordnung

### ERSTES BUCH

Allgemeine Vorschriften (§§ 112–136a)

### NEUNTER ABSCHNITT

Verhaftung und vorläufige Festnahme

Vor § 112 — 1

- § 112 Voraussetzung der Untersuchungshaft; Haftgründe — 54  
§ 112a Haftgrund der Wiederholungsgefahr — 114  
§ 113 Untersuchungshaft bei leichteren Taten — 141  
§ 114 Haftbefehl — 145  
§ 114a Aushändigung des Haftbefehls; Übersetzung — 166  
§ 114b Belehrung des verhafteten Beschuldigten — 172  
§ 114c Benachrichtigung von Angehörigen — 197  
§ 114d Mitteilungen an die Vollzugsanstalt — 210  
§ 114e Übermittlung von Erkenntnissen durch die Vollzugsanstalt — 216  
§ 115 Vorführung vor den zuständigen Richter — 222  
§ 115a Vorführung vor den Richter des nächsten Amtsgerichts — 237  
§ 116 Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls — 249  
§ 116a Aussetzung gegen Sicherheitsleistung — 278  
§ 116b Verhältnis von Untersuchungshaft zu anderen freiheitsentziehenden Maßnahmen — 287  
§ 117 Haftprüfung — 291  
§ 118 Verfahren bei der Hauptprüfung — 310  
§ 118a Mündliche Verhandlung bei der Haftprüfung — 318  
§ 118b Anwendung von Rechtsmittelvorschriften — 331  
§ 119 Haftgrundbezogene Beschränkungen während der Untersuchungshaft — 333  
§ 119a Gerichtliche Entscheidung über eine Maßnahme der Vollzugsbehörde — 392  
§ 120 Aufhebung des Haftbefehls — 405  
§ 121 Fortdauer der Untersuchungshaft über sechs Monate — 431  
§ 122 Besondere Haftprüfung durch das Oberlandesgericht — 478  
§ 122a Höchstdauer der Untersuchungshaft bei Wiederholungsgefahr — 502  
§ 123 Aufhebung der Vollzugsaussetzung dienender Maßnahmen — 508  
§ 124 Verfall der geleisteten Sicherheit — 520  
§ 125 Zuständigkeit für den Erlass des Haftbefehls — 537

§ 126	Zuständigkeit für weitere gerichtliche Entscheidungen —	<b>546</b>
§ 126a	Einstweilige Unterbringung —	<b>563</b>
§ 127	Vorläufige Festnahme —	<b>584</b>
§ 127a	Absehen von der Anordnung oder Aufrechterhaltung der vorläufigen Festnahme —	<b>611</b>
§ 127b	Vorläufige Festnahme und Haftbefehl bei beschleunigtem Verfahren —	<b>618</b>
§ 128	Vorführung bei vorläufiger Festnahme —	<b>628</b>
§ 129	Vorführung bei vorläufiger Festnahme nach Anklageerhebung —	<b>637</b>
§ 130	Haftbefehl vor Stellung eines Strafantrags —	<b>641</b>

#### ABSCHNITT 9a

##### Weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der Strafverfolgung und Strafvollstreckung

Vor § 131	Weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der Strafverfolgung und Strafvollstreckung —	<b>646</b>
§ 131	Ausschreibung zur Festnahme —	<b>656</b>
§ 131a	Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung —	<b>668</b>
§ 131b	Veröffentlichung von Abbildungen des Beschuldigten oder Zeugen —	<b>673</b>
§ 131c	Anordnung und Bestätigung von Fahndungsmaßnahmen —	<b>676</b>
§ 132	Sicherheitsleistung, Zustellungsbevollmächtigter —	<b>679</b>

#### ABSCHNITT 9b

##### Vorläufiges Berufsverbot

Vor § 132a	Vorbemerkungen —	<b>690</b>
132a	Anordnung und Aufhebung eines vorläufigen Berufsverbots —	<b>691</b>

#### ZEHNTER ABSCHNITT

##### Vernehmung des Beschuldigten

Vor § 133	Vorbemerkungen —	<b>704</b>
§ 133	Ladung —	<b>717</b>
§ 134	Vorführung —	<b>728</b>
§ 135	Sofortige Vernehmung —	<b>733</b>
§ 136	Erste Vernehmung —	<b>737</b>
§ 136a	Verbotene Vernehmungsmethoden; Beweisverwertungsverbote —	<b>812</b>

Sachregister —	<b>869</b>
----------------	------------

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
a.A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Orte
Abg.	Abgeordneter
AbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18.2.1977 i.d.F. der Bek. vom 21.2.1996 (BGBl. I S. 326)
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften; Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen; Ausgabe L: Rechtsvorschriften (zit.: ABIEG Nr. L .../(Seite) vom ...)
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union (ab 2003); Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen; Ausgabe L: Rechtsvorschriften (zit.: ABIEU Nr. L .../(Seite) vom ...)
ABMG	Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge vom 5.4.2002 (BGBl. I S. 1234)
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend
AChRMV	Afrikanische Charta der Rechte der Menschen und Völker vom 26.6.1981, deutsche Übersetzung EuGRZ 1990, 348
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AdoptG	Adoptionsgesetz vom 2.7.1976 (BGBl. I S. 1749)
AdVerMiG	Adoptionsvermittlungsgesetz vom 27.11.1989 (BGBl. I S. 2014) i.d.F. der Bek. vom 22.12.2001 (BGBl. 2002 I S. 354)
a.E.	am Ende
AEPC	Association of European Police Colleges
ÄndG	Änderungsgesetz
ÄndVO	Änderungsverordnung
a.F.	alte Fassung
AfkKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
AfP	Archiv für Presserecht, Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht; in Verbindung mit einem Gesetz: Ausführungsgesetz
AGIS	Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 22.7.2002 über ein Rahmenprogramm für die polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen – AGIS (ABIEG Nr. C 203 vom 1.8.2002, S. 5)
AGGewVerbrG	Ausführungsgesetz zum Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933 (RGBl. I S. 1000)
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (Landesrecht)
AGS	Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement
AGStPO	Ausführungsgesetz zur Strafprozessordnung (Landesrecht)
AHK	Alliierte Hohe Kommission
AIDP	Association Internationale de Droit Pénal
AJIL	American Journal of International Law
AktG	Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktien-gesetz) vom 6.9.1965 (BGBl. I S. 1089)
AktO	Anweisung für die Verwaltung des Schriftguts bei den Geschäftsstellen der Gerichte und der Staatsanwaltschaften (Aktenordnung)
allg. M.	allgemeine Meinung
Alsb.E	Die strafprozessualen Entscheidungen der Oberlandesgerichte, herausgegeben von Alsborg und Friedrich (1927), 3 Bände
Alt.	Alternative
a.M.	anderer Meinung
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention vom 22.11.1969 (Pact of San José), deutsche Übersetzung EuGRZ 1980, 435
amtl.	amtlich

## Abkürzungsverzeichnis

amtl. Begr.	amtliche Begründung
Anh.	Anhang
AnhRügG	Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Anhörungs-rüfungsgesetz) vom 9.12.2004 (BGBl. I S. 3220)
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AO	Abgabenordnung vom 16.3.1976 (BGBl. I S. 613) i.d.F. der Bek. vom 1.10.2002 (BGBl. I S. 3866)
AOStrÄndG	Gesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 10.8.1967 (BGBl. I S. 877)
apf	Ausbildung Prüfung Praxis – Zeitschrift für die staatliche und kommunale Verwaltung
APR	Allgemeines Persönlichkeitsrecht
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zeitschrift)
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz vom 3.9.1953 i.d.F. der Bek. vom 2.7.1979 (BGBl. I S. 853)
ArchKrim.	Archiv für Kriminologie
ArchPF	Archiv für das Post- und Fernmeldewesen
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
arg.	argumentum
Art.	Artikel
ASIL	The American Society of International Law
AsylVfG	Gesetz über das Asylverfahren i.d.F. der Bek. vom 2.9.2008 (BGBl. I S. 1798), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 4.12.2018 (BGBl. I S. 2250)
ATDG	Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern (Antiterrordateigesetz – ATDG) v vom . 22.12.2006
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) vom 31.10.1976 (BGBl. I S. 3053) i.d.F. der Bek. vom 15.7.1985 (BGBl. I S. 1565)
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG), neugefasst durch Bek. vom 25.2.2008 (BGBl. I S. 162); zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 12.7.2018 (BGBl. I S. 1147)
aufg.	aufgehoben
Aufl.	Auflage
AUILR	American University International Law Review
AUR	Agrar- und Umweltrecht
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
ausf.	ausführlich
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz) vom 9.7.1990 (BGBl. I S. 1354), außer Kraft getreten am 31.12.2004
AusnVO	Ausnahme-(Not-)Verordnung (1) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 (RGBl. I S. 517) (2) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6.10.1931 (RGBl. I S. 537, 563) (3) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8.12.1931 (RGBl. I S. 743) (4) VO über Maßnahmen auf dem Gebiet der Rechtspflege und Verwaltung vom 14.6.1932 (RGBl. I S. 285)
AV	Allgemeine Verfügung
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz (Österreich)
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWG	Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961 (BGBl. I S. 481)

Az	Aktenzeichen
AZR-Gesetz	Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz) vom 2.9.1994 (BGBl. I S. 2265) i.d.F. der Bek. vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2848)
BAFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BÄO	Bundesärzteordnung, neugefasst durch Bek. vom 16.4.1987 (BGBl. I S. 1218); zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3191)
BAK	Blutalkoholkonzentration
BAnz.	Bundesanzeiger
BaWü.	Baden-Württemberg
Bay.	Bayern, bayerisch
BayAGGVG	Bayerisches Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes vom 23.6.1981 (BayGVBl. S. 188)
BayBS	Bereinigte Sammlung des Bayerischen Landesrechts (1802 bis 1956)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) i.d.F. d. Bek. vom 14.9.1990 (GVBl. S. 397), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 18.5.2018 (GVBl. S. 301, 434)
BayRS	Bayerische Rechtsammlung (ab 1.1.1983)
BayStVollzG	Bayerisches Strafvollzugsgesetz
BayVerf.	Verfassung des Freistaates Bayern vom 2.12.1946 (BayBS. I 3)
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHE	s. BayVGHE
BayVerwBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVGHE	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, des Bayerischen Dienststrafhofes und des Bayerischen Gerichtshofs für Kompetenzkonflikte
BayZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern (1905–34)
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz vom 14.7.1953 (BGBl. I S. 551) i.d.F. der Bek. vom 31.3.1999 (BGBl. I S. 675)
Bbg.	Brandenburg
BbgVerfG	Brandenburgisches Verfassungsgericht
BC	Business Compliance (Zeitschrift)
Bd.	Band
BDG	Bundesdisziplinalgesetz vom 9.7.2001 (BGBl. I S. 1510)
BDH	Bundesdisziplinarhof (jetzt Bundesverwaltungsgericht)
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz i.d.F. der Bek. vom 14.1.2003 (BGBl. I S. 66)
beA	besonderes elektronisches Anwaltspostfach
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamStG) vom 17.6.2008 (BGBl. I S. 1010)
Begr.	Begründung
BegrenzungsVO	Verordnung über die Begrenzung der Geschäfte des Rechtspflegers bei der Vollstreckung in Straf- und Bußgeldsachen vom 26.6.1970 (BGBl. I S. 992) i.d.F. der Bek. vom 16.2.1982 (BGBl. I S. 188)
BEG-SchlußG	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 14.9.1965 (BGBl. I S. 1315)
Bek.	Bekanntmachung
Bek. 1924	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 22.3.1924 (RGBl. I S. 299, 322)
Bek. 1950	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 12.9.1950 (BGBl. I S. 629)

## Abkürzungsverzeichnis

Bek. 1965	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 17.9.1965 (BGBl. I S. 1373)
Bek. 1975	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 7.1.1975 (BGBl. I S. 129)
Bek. 1987	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074)
ber.	berichtigt
BerathG	Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18.6.1980 (BGBl. I S. 689)
BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
BerRehaG	Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz – BerRehaG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1314)
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
BeurkG	Beurkundungsgesetz vom 28.8.1969 (BGBl. I S. 1513)
BewHi.	Bewährungshilfe (Zeitschrift)
BezG	Bezirksgericht
Bf.	Beschwerdeführer
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (BFH)
BfjG	Gesetz über die Errichtung des Bundesamtes für Justiz = Art. 1 des Gesetzes zur Errichtung und zur Regelung der Aufgaben des Bundesamtes für Justiz vom 17.12.2006 (BGBl. I S. 3171)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl. S. 195) i.d.F. der Bek. vom 2.1.2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und BGBl. 2003 I S. 738).
BGBI. I, II, III	Bundesgesetzblatt Teil I, II und III
BGer	Schweizerisches Bundesgericht
BGH	Bundesgerichtshof
BGH-DAT	Datenbank der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auf CD-ROM, herausgegeben von Werner Theune
BGH (ER)	Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof
BGHE Strafs.	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen auf CD-ROM, herausgegeben von Mitgliedern des Gerichts
BGHGrS	Bundesgerichtshof, Großer Senat (hier in Strafsachen)
BGHR	BGH-Rechtsprechung in Strafsachen (Loseblattsammlung)
BGHRZ	BGH-Rechtsprechung in Zivilsachen (Loseblattsammlung)
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGSG	Gesetz über den Bundesgrenzschutz (Bundesgrenzschutzgesetz – BGSG) vom 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978)
BGSNeuRegG	Gesetz zur Neuregelung der Vorschriften über den Bundesgrenzschutz (Bundesgrenzschutzneuregelungsgesetz – BGSNeuRegG) vom 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978)
BHRJ	Business and Human Rights Journal
BinnSchiffG	Gesetz betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt (Binnenschifffahrtsgesetz) vom 15.6.1895 i.d.F. der Bek. vom 15.6.1898 (RGBl. S. 868)
BinSchiffVfG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Binnenschifffahrts- und Rheinschifffahrtssachen vom 27.9.1952 (BGBl. I S. 641)
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BJOG	An International Journal of Obstetrics and Gynaecology
BKA	Bundeskriminalamt
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz – BKAG) vom 7.7.1997 (BGBl. I S. 1650)
Bln.	Berlin
Bln.GVBL.Sb.	Sammlung des bereinigten Berliner Landesrechts, Sonderband I (1806 bis 1945) und II (1945 bis 1967)

Blutalkohol	Blutalkohol, Wissenschaftliche Zeitschrift für die medizinische und juristische Praxis
BMI	Bundesminister(-ium) des Innern
BMinG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung (Bundesministergesetz) vom 17.6.1953 (BGBl. I S. 407) i.d.F. der Bek. vom 27.7.1971 (BGBl. I S. 1166)
BMJ	Bundesminister(-ium) der Justiz
BNDG	Gesetz über den Bundesnachrichtendienst vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2979) i.d.F. der Bek. vom 9.1.2002 (BGBl. I S. 361.f.)
Bonn.Komm.	Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Loseblattausgabe)
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte i.d.F. der Bek. vom 1.11.2001
BPolBG	Bundespolizeibeamtengesetz i.d.F. der Bek. vom 3.6.1976 (BGBl. I S. 1357)
BR	s. BRat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26.7.1957 (BGBl. I S. 907); ersetzt durch das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BranntWMonG	Branntweinmonopolgesetz vom 8.4.1922 (RGBl. I S. 405; BGBl. III 612-7)
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1.8.1959 (BGBl. I S. 565); zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 30.10.2017 (BGBl. I S. 3618)
BRat	Bundesrat
BRDrucks.	Drucksachen des Bundesrats
BReg.	Bundesregierung
Brem.	Bremen
BRJ	Bonner Rechtsjournal
BRProt.	Protokolle des Bundesrates
BS	Sammlung des bereinigten Landesrechts
BSG	Bundessozialgericht
Bsp.	Beispiel
BT	Bundestag
BTDrucks.	Drucksachen des Bundestags
BtG	Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz – BtG) vom 12.9.1990 (BGBl. I S. 2002)
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz) vom 28.7.1981 (BGBl. I S. 681) i.d.F. der Bek. vom 1.3.1994 (BGBl. I S. 358)
BTProt.	s. BTVerh.
BTRAussch.	Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags
BTVerh.	Verhandlungen des Deutschen Bundestags
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12.3.1951 i.d.F. der Bek. vom 11.8.1993 (BGBl. I S. 1473)
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz) vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2954)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BV-G	Bundesverfassungsgesetz (österreichische Verfassung)
BW	Baden-Württemberg
BWahlG	Bundeswahlgesetz neugefasst durch Bek. vom 23.7.1993 BGBl. I S. 1288, 1594
bzgl.	bezüglich
BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz), neugefasst durch Bek. vom 21.9.1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195); zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18.7.2017 (BGBl. I S. 2732)

## Abkürzungsverzeichnis

2. BZRÄndG	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes (2. BZRÄndG) vom 17.7.1984 (BGBl. I S. 990)
bzw.	beziehungsweise
CAT	siehe UN-CAT
Causa Sport	Die Sport-Zeitschrift für nationales und internationales Recht sowie für Wirtschaft
CCBE	Council of the Bars and Law Societies of the European Union
CCC	Constitutio Criminalis Carolina
CCJE	Consultative Council of European Judges
CCPR	siehe HRC
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CD	Collection of Decisions Bd. 1 bis 46 (1960 bis 1974), Entscheidungen der Europäischen Kommission für Menschenrechte über die Zulässigkeit von Beschwerden
CDDH	Steering Committee for Human Rights (Europarat)
CDE	Cahiers de droit européen (Zeitschrift)
CDPC	European Committee on Crime Problems
CEAS	Common European Asylum System
CELJ	China-EU Law Journal
CEPEJ	European Commission on the Efficiency of Justice
CEPOL	European Police College (Budapest)
CERD	Internationales Übereinkommen zur Beseitigung von jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) vom 7.3.1966
CERT	Computer Emergency Response Team
CETS	(vgl. CTS)
ChE	Chiemsee-Entwurf (Verfassungsausschuß der Ministerpräsidentenkonferenz der Westlichen Besatzungszonen. Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23.8.1948) (1948)
ChemG	Chemikaliengesetz i.d.F. der Bek. vom 20.6.2002 (BGBl. I S. 2090)
CJ	Corpus Juris
CJEL	Columbia Journal of European Law
CMLRev	Common Market Law Review
COSI	Ständiger Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (EU)
CPP	Code de procédure pénale
CPS	Crown Prosecution Service
CPT	Committee for the Prevention of Torture – Europäischer Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Europarat)
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
CRC	Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989 (BGBl. 1992 II S. 122)
Crim.L.R.	Criminal Law Review
CrimeLawSocChange	Crime, Law and Social Change (Zeitschrift)
CSW	Cross-Border Surveillance Working Group
CWÜAG	Ausführungsgesetz zum Chemiewaffenübereinkommen vom 2.8.1994 (BGBl. I S. 1954)
DA	Dienstanweisung
DAG	Deutsches Auslieferungsgesetz vom 23.12.1929 (BGBl. I S. 239), aufgehoben durch IRG vom 23.12.1982 (BGBl. I S. 2071)
DAJV-Newsletter	Zeitschrift der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung e.V.
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
DAV	DeutscherAnwaltVerein
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDevR	Deutsche Devisen-Rundschau (1951–59)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe

DEReichtsmittelG	Diskussionsentwurf für ein Gesetz über die Rechtsmittel in Strafsachen, im Auftrag der JMK vorgelegt von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Strafverfahrensreform (1975)
DG	Disziplinargesetz (der Länder)
Die Justiz	Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg
Die Polizei	Die Polizei (seit 1955: Die Polizei – Polizeipraxis)
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DiszO	Disziplinarordnung (der Länder)
DJ	Deutsche Justiz, Rechtspflege und Rechtspolitik (1933–45)
DJT	Deutscher Juristentag (s. auch VerhDJT)
DJZ	Deutsche Juristenzeitung (1896–1936)
DNA-AnalyseG	Gesetz zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse vom 12.8.2005 (BGBl. I S. 2360)
DNA-IFG	DNA-Identitätsfeststellungsgesetz vom 7.9.1998 (BGBl. I S. 2646; 1999 I S. 1242)
DNP	Die Neue Polizei
DNutzG	Gesetz zur effektiveren Nutzung von Dateien im Bereich der Staatsanwaltschaften vom 10.9.2004 (BGBl. I S. 2318)
DÖD	Der Öffentliche Dienst
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DOGE	Entscheidungen des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
DPA	Deutsches Patentamt
DR	Deutsches Recht (1931 bis 1945) Decisions and Reports (ab 1975): Entscheidungen über die Zulässigkeit von Beschwerden; Berichte der Europäischen Kommission für Menschenrechte; Resolutionen des Ministerkomitees des Europarates
DRechtsw.	Deutsche Rechtswissenschaft (1936–43)
DRiG	Deutsches Richtergesetz, neugefasst durch Bek. vom 19.4.1972 (BGBl. I S. 713); zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 8.6.2017 (BGBl. I S. 1570)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRpfl.	Deutsche Rechtspflege (1936–1939)
DRsp.	Deutsche Rechtsprechung, herausgegeben von Feuerhake (Loseblattsammlung)
Drucks.	Drucksache
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift (1946 bis 1950)
DSB	Datenschutz-Berater
DSteuerR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Strafrecht (1934 bis 1944)
DStRE	Deutsches Steuerrecht Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
DStrZ	Deutsche Strafrechts-Zeitung (1914 bis 1922)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
dt.	deutsch
DtBR	Das Deutsche Bundesrecht, Gesetzessammlung mit Erläuterungen (Loseblattsammlung)
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DuR	Demokratie und Recht (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVO	Durchführungsverordnung
DVollZO	Dienst- und Vollzugsordnung
DVOVereinf.VO	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 8.9.1939 (RGBl. I S. 1703)
DVOZust.VO	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sonderstrafgerichte sowie sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften vom 13.3.1940 (RGBl. I S. 489)
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis – Fachzeitschrift für die öffentliche Verwaltung
DVR	Datenverarbeitung im Recht (Zeitschrift)
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

## Abkürzungsverzeichnis

E	Entwurf
E. & P.	International Journal of Evidence & Proof
ebda.	Ebenda
EA	Vertrag über Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft i.d.F. nach dem 1.5.1999
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25.3.1957, Ges. vom 27.7.1957 (BGBl. II S. 753), Bek. vom 27.12. 1957 (BGBl. 1958 II S. 1)
EAJLG	European-Asian Journal of Law and Governance
EAKte	Elektronische Akte
EAKteJEG	Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5.7.2017 (BGBl. I S. 2208)
EAW	European Arrest Warrant, siehe EuHb
EB	Ergänzungsband
EBA	Europäische Beweisordnung
EBAO	Einforderungs- und Beitreibungsanordnung i.d.F. der Bek. vom 1.4.2001
ECBA	European Criminal Bar Association
ECG	European Cooperation Group on Undercover Activities (ECG)
ECJ	siehe EuGH (European Court of Justice)
ECLAN	European Criminal Law Academic Network
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat (UN)
ECPI	European Criminal Policy Initiative
ECTP	Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe vom 26.11.1987 (ETS 126; BGBl. 1989 II S. 946)
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance/Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
ECRIS	European Criminal Records Information System
EDS/EDU	Europäische Drogeneinheit (Vorläufer von Europol)/European Drug Unit
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Europäische Ermittlungsanordnung/European Investigation Order (EIO)
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EG	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft i.d.F. nach dem 1.5.1999 (vor dem 1.5.1999: EGV); Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl. S. 604) i.d.F. der Bek. vom 21.9.1994 (BGBl. I S. 2494)
EGFaxÜbk	Abkommen vom 26.5.1989 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vereinfachung und Modernisierung der Verfahren zur Übermittlung von Auslieferungersuchen (BGBl. 1995 II S. 969)
EGFinSchÜbk	Übereinkommen vom 26.7.1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (PIF-Übereinkommen; ABIEG Nr. C 316 vom 27.11.1995, S. 49)
EGFinSchG	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EG-Finanzschutzgesetz – EGFinSchG) vom 10.9.1998 (BGBl. II S. 2322)
EGG	Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr (Elektronischer Geschäftsverkehr-Gesetz – EGG) vom 14.12.2001 (BGBl. I S. 3721)
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.1.1877 (RGBl. S. 77)
EGH	Ehrengerichtshof in Anwaltssachen
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2911)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der EGKS vom 18.4.1951 (BGBl. II S. 447)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR (GK)	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Große Kammer)

EGMR (K)	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Kammer)
EGMR Serie A/B; Reports	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Sammlung in deutscher Übersetzung, Band, Seite; ab 1996: Reports of Judgments and Decisions)
EGMRVerfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Rules of Court) i.d.F. der Bek. vom 14.11.2016 (www.echr.coe.int)
EG-ne bis in idem-Übk	Übereinkommen vom 25.5.1987 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über das Verbot der doppelten Strafverfolgung – EG-ne bis in idem-Übk (BGBl. 1998 II S. 2227)
EGOWiG	Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.5.1968 (BGBl. I S. 503)
EGStGB 1870	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 31.5.1870 (RGBl. S.195)
EGStGB 1974	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2.3.1974 (BGBl. I S.469)
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung vom 1.2.1877
EGV	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft i.d.F. vor dem 1.5.1999 (nach dem 1.5.1999: EG)
EGVollstrÜbk	Übereinkommen vom 13.11.1991 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung vom 30.1.1877 (RGBl. S. 244)
EhrenGHE	Ehrengerichtliche Entscheidungen (der Ehrengerichtshöfe der Rechtsanwaltschaft des Bundesgebietes und des Landes Berlin)
EHRLR	European Human Rights Law Review
EhrRiVG	Gesetz zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahrensvorschriften zur Wahl und Berufung ehrenamtlicher Richter vom 21.12.2004 (BGBl. I S. 3599)
Einf.	Einführung
EinigungsV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990 (BGBl. II S. 889)
EinigungsVG	Gesetz zu dem Vertrag vom 31.8.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertragsgesetz – und der Vereinbarung vom 18.9.1990 vom 23.9.1990 (BGBl. II S. 885)
Einl.	Einleitung
EIO	siehe EEA
EIS	Europol-Informationssystem
EJB	Beschluss des Rates (2002/187/JI) vom 28.2.2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (ABIEG Nr. L 63 vom 6.3.2002, S. 1), geändert durch Beschluss 2003/659/JI des Rates vom 18.6.2003 (ABIEU Nr. L 245 vom 23.9.2003, S. 44) und den Beschluss 2009/426/JI des Rates vom 16.12.2008 zur Stärkung von Eurojust (ABIEU Nr. L 138 vom 4.6.2009, S. 14
EJF	Entscheidungen aus dem Jugend- und Familienrecht (1951–1969)
EJG	Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses (2002/187/JI) des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (Eurojust-Gesetz – EJG) vom 12.5.2004 (BGBl. I S. 902)
EJKoV	Verordnung über die Koordinierung der Zusammenarbeit mit Eurojust (Eurojust-Koordinierungs-Verordnung –) vom 26.9.2012 (BGBl. I S. 2093)
EJN	Europäisches Justitielles Netz/European Judicial Network
EJTAnV	Verordnung über die Benennung und Einrichtung der nationalen Eurojust-Anlaufstelle für Terrorismusfragen (Eurojust-Anlaufstellen-Verordnung –) vom 17.12.2004 (BGBl. I S. 3520)
EJTN	European Judicial Training Network
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EKMRVerfO	Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte i.d.F. der Bek. vom 29.5.1991 (BGBl. II S. 838)
EL	Ergänzungslieferung

## Abkürzungsverzeichnis

eIDAS	elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt
eIDASDG	Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS-Durchführungsgesetz) vom 18.7.2017 (BGBl. I S. 2745)
ELJ	European Law Journal
ELRev	European Law Review
EMCDDA	European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction
EmmingerVO	Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4.1.1924 (RGBl. I S. 23)
EMöGG	Gesetz zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren und zur Verbesserung der Kommunikationshilfen für Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen (Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren – EMöGG) vom 8.10.2017 (BGBl. I S. 3546)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950 (BGBl. II S. 685, 953) i.d.F. der Bek. vom 22.10.2010 (BGBl. II S. 1198) 1. ZP-EMRK vom 20.3.1952 (BGBl. 1956 II S. 1880) 2. P-EMRK vom 6.5.1963 (BGBl. 1968 II S. 1112) 3. P-EMRK vom 6.5.1963 (BGBl. 1968 II S. 1116) 4. ZP-EMRK vom 16.9.1963 (BGBl. 1968 II S. 423) 5. P-EMRK vom 20.1.1966 (BGBl. 1968 II S. 1120) 6. ZP-EMRK vom 28.4.1983 (BGBl. 1988 II S. 662) 7. ZP-EMRK vom 22.11.1984 8. P-EMRK vom 19.3.1985 (BGBl. 1989 II S. 547) 9. P-EMRK vom 6.11.1990 (BGBl. 1994 II S. 490) 10. P-EMRK vom 25.3.1992 (BGBl. 1994 II S. 490) 11. P-EMRK vom 11.5.1994 (BGBl. 1995 II S. 578) 12. ZP-EMRK vom 4.11.2000 13. ZP-EMRK vom 3.5.2002 (BGBl. 2004 II S. 982) 14. P-EMRK vom 13.5.2004 (BGBl. 2006 II S. 138) 14 <sup>bis</sup> P-EMRK vom 27.5.2009 15. P-EMRK vom 24.6.2013 (BGBl. 2014 II S. 1034) 16. P-EMRK vom 2.10.2013
ENeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz – ENeuOG) vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378)
ENFSI	European Network of Forensic Institute
EntlG	Gesetz zur Entlastung der Gerichte vom 11.3.1921 (RGBl. S. 229)
Entsch.	Entscheidung
entspr.	entsprechend
Entw.	Entwurf
Entw. 1908	Entwurf einer Strafprozeßordnung und Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz nebst Begründung (1908), E 1908, MatStrR-Ref. Bd. 11
Entw. 1909	Entwürfe 1. eines Gesetzes, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, 2. der Strafprozeßordnung (1909), E 1909 RT-Verhandl. Bd. 254 Drucks. Nr. 1310 = MatStrRRef Bd. 12; Bericht der 7. Kommission des Reichstags 1909 bis 1911 zur Vorberingung der Entwürfe 1. eines Gesetzes betreffend die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, 2. einer Strafprozeßordnung, 3. eines zu beiden Gesetzen gehörenden Einführungsgesetzes = MatStrRRef. Bd. 13
Entw. 1919/1920	Entwürfe 1. eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes (1919), 2. eines Gesetzes über den Rechtsgang in Strafsachen (1920), E 1919/1920, MatStrRRef. Bd. 14
Entw. 1930	Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz 1930, EGStGB-Entw. 1930, RT-Drucks. Nr. 2070 = MatStrRRef. Bd. 7
Entw. 1939	Entwurf einer Strafverfahrensordnung und einer Friedens- und Schiedsmannsordnung (1939), StPO-Entw. 1939, Nachdruck 1954

EP	Europäisches Parlament
EPA	Europäisches Patentamt
EPO	siehe ESA
EPPO	European Public Prosecutor's Office / Europäische Staatsanwaltschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERA	Europäische Rechtsakademie (Trier)
ERA-Forum	ERA-Forum (Zeitschrift)
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
erg.	ergänzend
Erg.	Ergänzung; Ergebnis
ErgBd.	Ergänzungsband
Erl.	Erlass; Erläuterung(en)
ESA	Europäische Schutzanordnung/European Protection Order (EPO)
ESTG	Einkommensteuergesetz
ETS	European Treaty Series; Übereinkommen des Europarates (fortlaufend nummeriert; www.coe.int; ab 1949)
EU	Vertrag über die Europäische Union
EuAbgG	Europaabgeordnetengesetz vom 6.4.1979 (BGBl. I S. 413)
EuAlÜbk	Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13.12.1957 (ETS 024; BGBl. 1964 II S. 1369); 2. ZP EuAlÜbk vom 17.3.1978 (ETS 098; BGBl. 1990 II S. 118; 1991 II S. 874)
EuAlÜbk	Übereinkommen vom 27.9.1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABIEG Nr. C 313/11 vom 23.10.1996; BGBl. 1998 II S. 2253)
EuArch	Europa-Archiv
EUBestG	Gesetz zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EU-Bestechungsgesetz – EUBestG) vom 10.9.1998 (BGBl. II S. 2340)
EUC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EUCARIS	Vertrag über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem
EuCLR	European Criminal Law Review (Zeitschrift)
eucri	Journal for the Protection of the Financial Interests of the European Communities
EuDrogenÜbk	Übereinkommen vom 31.1.1995 über den unerlaubten Verkehr mit Drogen auf hoher See zur Durchführung des Art. 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20.12.1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (ETS 156; BGBl. 2000 II S. 1313)
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz (Luxemburg)
EuGeldwÜbk	Übereinkommen vom 8.11.1990 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (ETS 141; BGBl. 1998 II S. 519)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGH Slg.	Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) – Amtliche Sammlung
EuGHG	Gesetz vom 6.8.1998 betreffend die Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens auf dem Gebiet der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen nach Art. 35 des EU-Vertrages – EuGHG (BGBl. 1998 I S. 2035; 1999 II S. 728)
EuGRAG	Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der EG vom 22.3.1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte vom 16.8.1980 (BGBl. I S. 1453)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuHb	Europäischer Haftbefehl/European Arrest Warrant (EAW)
EuHbG	Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Europäisches Haftbefehlgesetz – EuHbG) vom 21.7.2004 (BGBl. I S. 1748) und vom 20.7.2006 (BGBl. I S. 1721)

## Abkürzungsverzeichnis

EuJCCCJ	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice (Zeitschrift)
EuKonv	Europäischer Konvent
EUMC	siehe ECRI
EuOEÜbk	Europäisches Übereinkommen vom 24.11.1983 über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (ETS 116; BGBl. 2000 II S. 1209)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 9.3.2000 (BGBl. I S. 182)
EuRhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20.4.1959 (ETS 30; BGBl. 1964 II S. 1369; 1976 II S. 1799); ZP EuRhÜbk vom 17.3.1978 (ETS 99; BGBl. 1990 II S. 124; 1991 II S. 909); 2. ZP EuRhÜbk vom 8.11.2001 (ETS 182)
EURhÜbk	Rechtshilfeübereinkommen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 29.5.2000, ABIEG Nr. C 197 vom 12.7.2000, S. 1; ZP EURhÜbk vom 16.10.2001 (ABIEG Nr. C 326 vom 21.11.2001, S. 1)
EurJCrimeCrLJ	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
EURODAC	Daktyloskopische Datenbank im Rahmen von Asylantragsverfahren
Eurojust	Europäische Justitielle Clearing- und Dokumentationsstelle (Den Haag)
Europol	Europäisches Polizeiamt (Den Haag)
EuropolG	Europolgesetz vom 16.12.1997 (BGBl. II S. 2150)
EuropolÜbk	Übereinkommen vom 26.7.1995 auf Grund von Artikel K.3 des EUV über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamtes, ABIEG Nr. C 316 vom 27.11.1995, S. 1
EuropolVO	Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates, ABIEU Nr. L 135 vom 23.5.2016, S. 53
EuroPris	European Organisation of Prison and Correctional Services
EuStA	Europäische Staatsanwaltschaft
EuTerrÜbk	Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27.1.1977 (ETS 90; BGBl. 1978 II S. 321, 907)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUVEntw	Entwurf einer Europäischen Verfassung i.d.F des am 18.6.2004 zwischen den Staats- und Regierungschefs erzielten Konsenses (Dokument der Regierungskonferenz CIG 86/04 vom 25.6.2004)
EUVereinfAIÜbk	Übereinkommen vom 10.3.1995 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABIEG Nr. C 78 vom 30.3.1995, S. 1; BGBl. 1998 II S. 2229)
EuVKonv	Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa – vom Europäischen Konvent im Konsensverfahren angenommen am 13.6. und 10.7.2003 – dem Präsidenten des Europäischen Rates in Rom überreicht am 18.7.2003
EuZ	Zeitschrift für Europarecht (Schweiz)
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
evt.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957 (BGBl. II S. 766)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR-Abk.	Gesetz zu dem Abkommen vom 2.5.1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum
EYHR	European Yearbook on Human Rights
EZAR	Entscheidungssammlung zum Zuwanderungs-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht
EzSt	Entscheidungssammlung zum Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, 1983 bis 1990 (Loseblattsammlung)

f., ff.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), Artikel 1 des Gesetzes vom 17.12.2008 (BGBl. I S. 2586, 2009 I S. 1102); zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 18.12.2018 (BGBl. I S. 2639)
FAG	Gesetz über Fernmeldeanlagen vom 6.4.1892 i.d.F. der Bek. vom 3.7.1989 (BGBl. I S. 1455); ersetzt durch das TKG
FamPLG	Gesetz über Aufklärung, Verhütung, Familienplanung und Beratung vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAO	Fachanwaltsordnung i.d.F. der Bek. vom 1.3.2016, zuletzt geändert durch Beschluss der Satzungsversammlung vom 7.12.2017 (BRAK-Mitt. 2018 S. 29)
FG	Finanzgericht/Festgabe
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 771)
FGO	Finanzgerichtsordnung, neugefasst durch Bek. vom 28.3.2001 (BGBl. I S. 442, 2262, 2002 I S. 679); zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 12.7.2018 (BGBl. I S. 1151)
FGPrax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit
1. FiMaNoG	Erstes Gesetz zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Erstes Finanzmarktnovellierungsgesetz) vom 30.6.2016 (BGBl. I S. 1514)
2. FiMaNoG	Zweites Gesetz zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Zweites Finanzmarktnovellierungsgesetz) vom 23.6.2017 (BGBl. I S. 1693)
FinB	Finanzbehörde
FinVerwG	Gesetz über die Finanzverwaltung vom 6.9.1950 (BGBl. I S. 448) i.d.F. der Bek. vom 30.8.1971 (BGBl. I S. 1426)
FLF	Finanzierung Leasing Factoring (Zeitschrift)
FIRG	Gesetz über das Flaggenrecht der Seeschiffe und die Flaggenführung der Binnenschiffe (Flaggenrechtsgesetz) vom 8.2.1951 i.d.F. der Bek. vom 29.10.1994 (BGBl. I S. 3140)
FIU	Financial Intelligence Unit
Fn.	Fußnote
FN A	Fundstellennachweis des Deutschen Bundesrechts, Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR
FN B	Fundstellennachweis des Deutschen Bundesrechts, Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR
FO	Fernmeldeordnung i.d.F. der Bek. vom 5.5.1971 (BGBl. I S. 541)
FoR	Forum Recht (Zeitschrift)
FP-IPBPR	(1.) Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. 1992 II S. 1247)
2. FP-IPBPR	2. Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe vom 15.12. 1989 (BGBl. 1992 II S. 390)
FPR	Familie Partnerschaft Recht
FRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte/Agency for Fundamental Rights
FRONTEX	Europäische Grenzschutzagentur
FS	Forum Strafvollzug – Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (früher ZfStrV)
FS (Name)	Festschrift, auch Festgabe usw. (angefügt Name des Geehrten)
FuR	Familie und Recht
G 10	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 26.6.2001 (BGBl. I S. 1254), zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 17.8.2017 (BGBl. I S. 3202), (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz)
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht, zitiert nach Jahr und Seite (bis 1933: Archiv für Strafrecht und Strafpolitik, zitiert nach Band und Seite)

## Abkürzungsverzeichnis

GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GBA	Generalbundesanwalt
GBL	Gesetzblatt
GBL./DDR I, II	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I und II (1949 bis 1990)
GedS	Gedächtnisschrift (angefügt Name des Geehrten)
gem.	gemäß
GemDatG	Gesetz zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder vom 22.12.2006 (Gemeinsame-Dateien-Gesetz) (BGBl. I S. 3409)
GemProt.	Gemeinsames Protokoll
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1.5.1889, neu gefasst durch Bek. vom 16.10.2006 (BGBl. I S. 2230); zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 17.7.2017 (BGBl. I S. 2541)
GenStA	Generalstaatsanwaltschaft
GerS	Der Gerichtssaal (1849–1942)
Ges.	Gesetz
GeschlkrG	Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23.7.1953 (BGBl. I S. 700)
GeschO	Geschäftsordnung
GETZ	Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum
GewO	Gewerbeordnung vom 21.6.1869, neugefasst durch Bek. vom 22.2.1999 (BGBl. I S. 202); zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 29.11.2018 (BGBl. I S. 2666)
GewSchG	Gesetz vom 11.12.2001 zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehwohnung bei Trennung (Gewaltschutzgesetz – GewSchG; BGBl. I S. 3513)
GewVerbrG	Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrechen und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933 (RGBl. I S. 995)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl. S. 1)
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718); zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 12.7.2018 (BGBl. I S. 1151)
GKI	Gemeinsame Kontrollinstanz (jeweils eingerichtet bei Europol und Eurojust)
GKÖD	Gesamtcommentar Öffentliches Dienstrecht
GLY	German Law Journal (Internet-Zeitschrift; <a href="http://www.germanlawjournal.de">www.germanlawjournal.de</a> )
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20.4.1892 (RGBl. S. 477); zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 17.7.2017 (BGBl. I S. 2446)
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GmS-OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GnO	Gnadenordnung
GNotKG	Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare (Gerichts- und Notarkostengesetz) vom 23.7.2013
GoJIL	Göttingen Journal of International Law (Online-Zeitschrift)
GoldtA	s. GA
GRC	Europäische Grundrechtecharta
grds.	grundsätzlich
GRECO	Group of States against Corruption
GreifRecht	Greifswalder Halbjahresschrift für Rechtswissenschaft
GRETA	Group of Experts on Action against Trafficking in Human Beings
GREVIO	Expertengruppe zur Überwachung des Übereinkommens zum Schutz von Frauen vor Gewalt und häuslicher Gewalt (CETS 210)
GrSSt	Großer Senat in Strafsachen
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, begründet von Gruchot
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRURInt	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht International (Zeitschrift)
GS	Gesetzessammlung

GSNW	Sammlung des bereinigten Landesrechts Nordrhein-Westfalen (1945–56)
GSSchIH	Sammlung des schleswig-holsteinischen Landesrechts, 2 Bände (1963)
GStA	Generalstaatsanwalt
GSZ	Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht
GÜG	Gesetz zur Überwachung des Verkehrs mit Grundstoffen, die für die unerlaubte Herstellung von Betäubungsmitteln mißbraucht werden können (Grundstoffüberwachungsgesetz – GÜG) vom 7.10.1994 (BGBl. I S. 2835)
GuP	Gesundheit und Pflege (Zeitschrift)
GÜV	Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24.5.1961 (BGBl. I S. 607)
GV	Gemeinsame Verfügung (mehrerer Ministerien)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVBl. II	Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.1.1877 i.d.F. der Bek. vom 9.5.1975 (BGBl. I S. 1077)
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher
GVGÄG 1971	Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 8.9.1971 (BGBl. I S. 1513)
GVGÄG 1974	Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 25.3.1974 (BGBl. I S. 761)
GVG/DDR	Gesetz über die Verfassung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik – Gerichtsverfassungsgesetz – vom 27.9.1974 (GBl. I S. 457), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.7.1990 (GBl. I S. 595)
GVO	Gerichtsvollzieherordnung
GVVG-ÄndG	Gesetz zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten vom 12.6.2015 (BGBl. I S. 926)
GVVO	Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung vom 20.3.1935 (RGBl. I S. 403) in der im BGBl. III Gliederungsnummer 300-5 veröffentlichten bereinigten Fassung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27.7.1957 i.d.F. der Bek. vom 26.8.1998 (BGBl. I S. 2546)
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG) vom 25.10.1993 (BGBl. I S. 1770)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
GYIL	German Yearbook of International Law (Zeitschrift)
Haager Abk.	Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17.7.1905 (RGBl. 1909 S. 409)
HalbleiterschutzG	Gesetz über den Schutz der Topographien von mikroelektronischen Halbleitererzeugnissen (Halbleiterschutzgesetz) vom 22.10.1987 (BGBl. I S. 2294)
Hamb.	Hamburg
HambJVBl.	Hamburgisches Justizverwaltungsblatt
Hans.	Hanseatisch
HansGZ	Hanseatische Gerichtszeitung (1880 bis 1927)
HansJVBl.	Hanseatisches Justizverwaltungsblatt (bis 1946/47)
HansOLGSt	Entscheidungen des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Strafsachen (1879 bis 1932/33)
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift (1928–43), vorher:
HansRZ	Hanseatische Rechtszeitschrift für Handel, Schiff-Fahrt und Versicherung, Kolonial- und Auslandsbeziehungen sowie für Hansestädtisches Recht (1918 bis 1927)
HbStrVf/ <i>Verfasser</i>	Handbuch zum Strafverfahren, hrsg. von Heghmanns/Scheffler
HdR	Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, herausgegeben von Stier-Somlo und Elster (1926 bis 1937)
Hess.	Hessen
HESt	Höchstrichterliche Entscheidungen, Sammlung von Entscheidungen der Oberlandesgerichte und der Obersten Gerichte in Strafsachen (1948–49)

## Abkürzungsverzeichnis

HGB	Handelsgesetzbuch vom 10.5.1897 (RGBl. S. 219)
HKÜ	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25.10.1980
h.M.	herrschende Meinung
HmbStVollzG	Hamburgisches Strafvollzugsgesetz
HRC	Human Rights Committee – UN-Menschenrechtsausschuss
HRLR	Human Rights Law Review
HRN	Hamburger Rechtsnotizen (Zeitschrift)
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung (1928 bis 1942)
HRRS	Online-Zeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht (www.hrr-strafrecht.de)
HRSt	Entscheidungen zum Strafrecht, Strafverfahrensrecht und zu den Nebengebieten (Höchstrichterliche Rechtsprechung) (ab 1996)
HRLJ	Human Rights Law Journal
Hs.	Halbsatz
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
HStVollzG	Hessisches Strafvollzugsgesetz
HUDOC	Human Rights Documentation des Europarates
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften
HV	Hauptverhandlung
IAGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
ICC	siehe ISTGH
ICC-Statut	siehe ISTGH-Statut
ICJ	siehe IGH
ICLQ	The International and Cooperative Law Quarterly
ICLR	International Criminal Law Review
ICPA	International Corrections and Prisons Association
ICTR	Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
IFCCLGE	International Forum on Crime and Criminal Law in the Global Era (Peking)
IGH	Internationaler Gerichtshof ICJ (Den Haag)
i.H.v.	in Höhe von
IKV	Internationale Kriminalistische Vereinigung
ILEA	International Law Enforcement Academy
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
InfAusIR	Informationsbrief Ausländerrecht
INPOL	Informationssystem der Polizei
InsO	Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2866); zuletzt geändert durch Art. 24 Abs. 3 des Gesetzes vom 23.6.2017 (BGBl. I S. 1693; 2446)
INTERPA	International Association of Police Academies
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. 1973 II S. 1534)
IPBPRG	Zustimmungsgesetz zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 15.11.1973 (BGBl. II S. 1533)
IPWSKR	Internationaler Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. 1973 II S. 1570)
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen i.d.F. der Bek. vom 27.6.1994 (BGBl. I S. 1537); zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 27.8.2017 (BGBl. I S. 3295)
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des/der

IStR	Internationales Steuerrecht – Zeitschrift für europäische und internationale Wirtschaftsberatung
i.S.v.	im Sinne von
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof ICC (Den Haag)
IStGHG	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof vom 21.6.2002 (BGBl. I S. 2144)
IStGHSt	Gesetz vom 4.12.2000 zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 – IStGH-Statutgesetz (BGBl. II S. 1393)
ITRB	IT-Rechts-Berater
Iurratio	Zeitschrift für Stud. Iur und junge Juristen
i.V.m.	in Verbindung mit
IWG	International Working Group on Police Undercover Activities
i.w.S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter für Ausbildung und Examen
JahrbÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JahrbPostw.	Jahrbuch des Postwesens (1937 bis 1941/42)
JAVollzO	Jugendarrestvollzugsordnung vom 12.8.1966 i.d.F. der Bek. vom 30.11.1976 (BGBl. I S. 3270)
JBeitrO	Justizbeitreibungsordnung vom 11.3.1937 (RGBl. I S. 298)
JBl.	Justizblatt/Juristische Blätter (Österreich)
JBlRhPf.	Justizblatt Rheinland-Pfalz
JBlSaar	Justizblatt des Saarlandes
JGG	Jugenderichtsgesetz vom 4.8.1953 i.d.F. der Bek. vom 11.12.1974 (BGBl. I S. 3427)
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JIR	Jahrbuch für internationales Recht
JK	Jura-Kartei
JKassO	Justizkassenordnung
JKomG	Gesetz über die Verwendung elektronischer Kommunikationsformen in der Justiz (Justizkommunikationsgesetz – JKomG) vom 22.3.2005 (BGBl. I S. 832)
JKostG	Justizkostengesetz (Landesrecht)
JLCJ	Journal of Law and Criminal Justice
jM	juris – Die Monatschrift
JMBL.	Justizministerialblatt
JMBINRW, JMBINW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
JMK	Justizministerkonferenz (Konferenz der Landesjustizministerinnen und -minister)
JoJZG	Journal der Juristischen Zeitgeschichte
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JP	Juristische Person
JR	Juristische Rundschau
JRP	Journal für Rechtspolitik
JSt	Journal für Strafrecht
JugG	Jugendgericht
JugK	Jugendkammer
JugSchG	Jugendschöffengericht
JugStrafgG	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (Jugoslawien-Strafgerichtshof-Gesetz) vom 10.4.1995 (BGBl. I S. 485)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JUFIL	Journal on the Use of Force and International Law
JurBüro	Das juristische Büro (Zeitschrift)
JurJahrb.	Juristen-Jahrbuch
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
Justiz	Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg

## Abkürzungsverzeichnis

JV	Justizverwaltung
JVA	Justizvollzugsanstalt
JVBl.	Justizverwaltungsblatt
JVEG	Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz) vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718)
JVerwA	Justizverwaltungsakt
JverwB	Justizverwaltungsbehörde
JVKostG	Gesetz über Kosten in Angelegenheiten der Justizverwaltung vom 23.7.2013 (BGBl. I S. 2586)
JVKostO	Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 14.2.1940 (RGBl. I S. 357) – ersetzt durch das JVKostG mit Wirkung zum 1.8.2013
JVollz.	Jugendstrafvollzugsordnung: s. auch JAVollzO
JVollzGB	Gesetzbuch über den Justizvollzug in Baden-Württemberg
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristen-Zeitung
1. JuMoG	Erstes Gesetz zur Modernisierung der Justiz (1. Justizmodernisierungsgesetz) vom 24.8.2004 (BGBl. I S. 2198)
2. JuMoG	Zweites Gesetz zur Modernisierung der Justiz (2. Justizmodernisierungsgesetz) vom 22.10.2006 (BGBl. I S. 3416)
Kap.	Kapitel
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
kes	Zeitschrift für Informations-Sicherheit
KFZ	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft
KGJ	Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen (1881–1922)
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KO	Konkursordnung vom 10.2.1877 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 612)
KoDD	Koordinierungsdauerdienst (Eurojust)
KOM	Dokument(e) der Europäischen Kommission
KonsG	Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) vom 1.9.1974 (BGBl. I S. 2317)
KostÄndG	Gesetz zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften vom 26.7.1957 (BGBl. I S. 861)
KostRMoG	Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 5.5.2004 – Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (BGBl. I S. 718)
2. KostRMoG	Zweites Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 23.7.2013 – 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (BGBl. I S. 2586)
KostMaßnG	Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Kostenrechts vom 7.8.1952 (BGBl. I S. 401)
KostO	Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit i.d.F. der Bek. vom 26.7.1957 (BGBl. I S. 861) – ersetzt durch das GNotKG mit Wirkung zum 1.8.2013
KostRÄndG 1994	Gesetz zur Änderung von Kostengesetzen und anderen Gesetzen (Kostenrechtsänderungsgesetz 1994 – KostRÄndG 1994) vom 24.6.1994 (BGBl. I S. 1325)
KostRspr.	Kostenrechtsprechung (Loseblattsammlung)
KostVfg.	Kostenverfügung, Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
KrG	Kreisgericht
Kriminalist	Der Kriminalist (Zeitschrift)
Kriminalistik	Kriminalistik, Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis
KrimJ	Kriminologisches Journal
KrimPäd.	Kriminalpädagogische Praxis (Zeitschrift)

KriPoZ	Kriminalpolitische Zeitschrift
Krit.	Kritisch
KritV/CritQ/RCrit	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft/Critical Quarterly for Legislation and Law/Revue critique trimestrielle de jurisprudence et de législation
KronzG	Gesetz zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Art. 4 des StGBÄndG 1989) vom 9.6.1989 (BGBl. I S. 1059)
KronzVerlG	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz) vom 16.2.1993 (BGBl. I S. 238)
2. KronzVerlG	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (2. Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz) vom 19.1.1996 (BGBl. I S. 58)
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung (Zeitschrift)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht
KUG	Gesetz über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Fotografie vom 9.1.1907 (RGBl. S. 7)
KUP	Kriminologie und Praxis (Schriftenreihe der Kriminologischen Zentralstelle)
KuR	Kirche und Recht (Zeitschrift)
KUR	Kunst und Recht (Zeitschrift)
k + v	Kraftfahrt und Verkehrsrecht, Zeitschrift der Akademie für Verkehrswissenschaft
KVGKG	Kostenverzeichnis (Anlage 1 zum GKG)
KWKG	Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen i.d.F. der Bek. vom 22.11.1990 (BGBl. I S. 2506)
LegPer.	Legislaturperiode
Lfg.	Lieferung
LFGB	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
LJV	Landesjustizverwaltung
LKA	Landeskriminalamt
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs (Loseblattsammlung), hrsg. von Lindenmaier/Möhring u.a.
LMBG	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz) i.d.F. der Bek. vom 9.9.1997 (BGBl. I S. 2297)
LMG (1936)	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Lebensmittel-gesetz) vom 5.7.1927 i.d.F. der Bek. vom 17.1.1936 (RGBl. I S. 17)
LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz) vom 16.2.2001 (BGBl. I S. 266)
LPG	Landespressegesetz
LRE	Sammlung lebensmittelrechtlicher Entscheidungen
Ls.	Leitsatz
LuftFzG	Gesetz über Rechte an Luftfahrzeugen vom 26.2.1959 (BGBl. I S. 57)
LuftVG	Luftverkehrsgesetz i.d.F. der Bek. vom 27.3.1999 (BGBl. I S. 550)
LuftVO	Luftverkehrs-Ordnung i.d.F. der Bek. vom 27.3.1999 (BGBl. I S. 580)
LV	Literaturverzeichnis, Schrifttumsverzeichnis
LVerf.	Landesverfassung
LVG	Landesverwaltungsgericht
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (1907 bis 1933)

## Abkürzungsverzeichnis

MABl.	Ministerialamtsblatt
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (Markengesetz – MarkenG) vom 25.10.1994 (BGBl. I S. 3082, 1995 I S. 156, 1996 I S. 682); zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.12.2018 (BGBl. I S. 2357)
Mat.	s. Hahn
MatStrRRef.	Materialien zur Strafrechtsreform, herausgegeben vom BMJ, Bd. 1–15 (1954–1960) (s. auch Entw.)
MBL.	Ministerialblatt
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
medstra	Zeitschrift für Medizinstrafrecht
MEPA	Mitteleuropäische Polizeiakademie
MiStra.	Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen vom 15.3.1985 i.d.F. der Bek. vom 29.4.1998, bundeseinheitlich
MittKV	Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung (1889 bis 1914; 1926 bis 1933)
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MOG	Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisation vom 31.8.1972 (BGBl. I S. 1617)
MONEYVAL	Committee of Experts on the Evaluation of Anti-Money Laundering Measures and the Financing of Terrorism
Mot.	Begründung zur Strafprozeßordnung bei Hahn (s. dort)
MR	Medien und Recht (Österreich)
MRG	Militärregierungsgesetz
MSchrKrim.	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
MSchrKrimPsych.	Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform (1904/05 bis 1936)
MStGO	Militärstrafgerichtsordnung i.d.F. der Bek. vom 29.9.1936 (RGBl. I S. 755)
Muster-Entw.	Muster-Entwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes, verabschiedet von der JMK am 10./11.6.1976, geändert durch Beschluss der JMK vom 25.11.1977
MV	Mecklenburg-Vorpommern
m.w.B.	mit weiteren Beispielen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NachtrSichVG	Gesetz zur Einführung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung vom 23.7.2004 (BGBl. I S. 1838)
NATO-Truppenstatut	Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19.6.1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1190), Bek. vom 16.6.1963 (BGBl. II S. 745)
Nds.	Niedersachsen
NdsAGGVG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 5.4.1963 (GVBl. S. 225)
NdsRpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
n.F.	neue Fassung
N.F.	Neue Folge
Nieders. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Sonderband I und II, Sammlung des bereinigten niedersächsischen Rechts
Sb. I, II	
NJ	Neue Justiz (bis 1990 DDR)
NJECL	New Journal of European Criminal Law
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (nur über beck-online abrufbar)
NJVollzG	Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NKrimpol.	Neue Kriminalpolitik (Zeitschrift)
NLMR	Newsletter Menschenrechte

noeP	Nicht offen ermittelnder Polizeibeamter
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
NotVO	s. Ausn. VO
NPA	Neues Polizei-Archiv
NRO	Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRWO	(österreichisches) Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates (Nationalrats-Wahlordnung 1992)
NStE	Neue Entscheidungssammlung für Strafrecht
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ – Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift, ab 1996)
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	NWB Steuer- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
NWVBl.	Nordrheinwestfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht
NZWist	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
OASG	Gesetz zur Sicherung der zivilrechtlichen Ansprüche der Opfer von Straftaten (Opferanspruchsicherungsgesetz) vom 8.5.1998 (BGBl. I S. 905)
OBLG	Oberstes Landesgericht
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEG	Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 11.5.1976 (BGBl. I S. 1181) i.d.F. der Bek. vom 7.1.1985 (BGBl. I S. 1)
OER	Osteuropa-Recht
OG	Oberstes Gericht der DDR
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OGHSt	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Strafsachen (1949/50)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (Office Européen de Lutte Anti-Fraude)
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Report Neue Länder
OLGR	OLG-Report
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht (Loseblattausgabe, bis 1983)
OLGSt N. F	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht, Neue Folge (Loseblattausgabe, ab 1983)
OLGVertrÄndG	Gesetz zur Änderung des Rechts der Vertretung durch Rechtsanwälte vor den Oberlandesgerichten vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2850)
OPCAT	siehe UNCAT
OpferRRG	Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Verletzten im Strafverfahren (Opferrechtsreformgesetz – OpferRRG) vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1354)
2. OpferRRG	Gesetz zur Stärkung der Rechte von Verletzten und Zeugen im Strafverfahren (2. Opferrechtsreformgesetz) vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2280)
3. OpferRRG	Gesetz zur Stärkung der Opferrechte im Strafverfahren (3. Opferrechtsreformgesetz) vom 21.12.2015 (BGBl. I S. 2525)
OpferschutzG	Erstes Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren (Opferschutzgesetz) vom 18.12.1986 (BGBl. I S. 2496)

## Abkürzungsverzeichnis

OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15.7.1992 (BGBl. I S. 1302)
OrgStA	Anordnung über Organisation und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaften
ÖRiZ	Österreichische Richterzeitung
ÖRZ	Österreichische Raiffeisen-Zeitung
OStA	Oberstaatsanwalt
ÖstAnwBl.	Österreichisches Anwaltsblatt
öStVG	Österreichisches Strafvollzugsgesetz
ÖStZ	Österreichische Steuerzeitung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVerfG	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWG/DDR	Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten (der Deutschen Demokratischen Republik) vom 12.1.1968 (GBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.6.1990 (GBl. I S. 526)
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, neugefasst durch Bek. vom 19.2.1987 (BGBl. I S. 602); zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 17.12.2018 (BGBl. I S. 2571)
OWiGÄndG	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze vom 7.7.1986 (BGBl. I S. 977)
PaO	Patentanwaltsordnung vom 7.9.1966 (BGBl. I S. 557); zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 30.10.2017 (BGBl. I S. 3618)
ParlStG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der parlamentarischen Staatssekretäre vom 24.7.1974 (BGBl. I S. 1538)
PartG	Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) neugefasst durch Bek. vom 31.1.1994, BGBl. I S. 149
PaßG	Paßgesetz vom 19.4.1986 (BGBl. I S. 537)
PatG	Patentgesetz, neugefasst durch Bek. vom 16.12.1980 (BGBl. 1981 I S. 1); zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 8.10.2017 (BGBl. I S. 3546)
PAuswG	Gesetz über Personalausweise vom 19.12.1950 (BGBl. I S. 807) i.d.F. der Bek. vom 21.4.1986 (BGBl. I S. 548)
PD-I	Practice Direction – Institution of Proceedings (EGMR)
PD-IM	Practice Direction – Interim Measures (EGMR)
PD-JS	Practice Direction – Just Satisfaction Claims (EGMR)
PD-RfA	Practice Direction – Request for Anonymity (EGMR)
PD-SEF	Practice Direction – Secured Electronic Filing (EGMR)
PD-WP	Practice Direction – Written Pleadings (EGMR)
PfIVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter i.d.F. der Bek. vom 5.4.1965 (BGBl. I S. 213)
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKH	Prozesskostenhilfe
PKHÄndG	Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Prozeßkostenhilfe (Prozeßkostenhilfeänderungsgesetz – PKHÄndG) vom 10.10.1994 (BGBl. I S. 2954)
PlenProt.	Plenarprotokoll, Stenographische Berichte der Sitzungen des Deutschen Bundestages
PNR	Passenger Name Record
POGNW	Polizeiorganisationsgesetz (des Landes NRW) i.d.F. der Bek. vom 22.10.1994 (GVNW S. 852)
PolGBW	Polizeigesetz (des Landes BW) i.d.F. der Bek. vom 13.1.1992 (GBl. S. 1)
Polizei	s. Die Polizei
PostG	Gesetz über das Postwesen i.d.F. der Bek. vom 3.7.1989 (BGBl. I S. 1449)
PostO	Postordnung vom 16.5.1963 (BGBl. I S. 341)
PostStruktG	Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz – PoststruktG) vom 8.6.1989 (BGBl. I S. 1026)
Pr.	Preußen

prALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
PräsLG	Präsident des Landgerichts
PräsOLG	Präsident des Oberlandesgerichts
PräsVerfG	Gesetz über die Änderung der Bezeichnungen der Richter und ehrenamtlichen Richter und der Präsidialverfassungen der Gerichte vom 26.5.1972 (BGBl. I S. 841)
PrGS	Preußische Gesetzsammlung (1810–1945)
PrG	Pressegesetz (Landesrecht)
Prot.	Protokoll
ProzeßkostenhG	Gesetz über die Prozeßkostenhilfe vom 13.6.1980 (BGBl. I S. 677)
Pro-Eurojust	Vorgänger- und Gründungseinheit von Eurojust
PrPG	Gesetz zur Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums und zur Bekämpfung der Produktpiraterie (PrPG) vom 7.3.1990 (BGBl. I S. 422)
PrZeugnVerwG	Gesetz über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk vom 25.7.1975 (BGBl. I S. 1973)
PStR	Praxis Steuerstrafrecht
PTNeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz – PTNeuOG) vom 14.9.1994 (BGBl. I S. 2325)
PUAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz – PUAG) vom 19.6.2001 (BGBl. I S. 1142)
PV	Personenvereinigung
PVG	Polizeiverwaltungsgesetz
PVR	Praxis Verkehrsrecht
RA	Rechtsanwalt
RabelsZ	Rabels-Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG/DDR	Rechtsanwaltsgesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 13.9.1990 (GBl. I S. 1504)
RAHG	s. RHG
RANotz.PrG	Gesetz zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufungen ehrenamtlicher Richter vom 24.6.1992 (BGBl. I S. 1386)
RAO	Reichsabgabenordnung vom 13.12.1919, aufgehoben durch AO vom 16.3.1976
RAussch.	Rechtsausschuss
RB	Rahmenbeschluss (Art. 34 EU)
RBEuHb	Rahmenbeschluss des Rates (2002/584/JI) vom 13.6.2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (ABIEU Nr. L 190 vom 18.7.2002, S. 1)
RBerG	Gesetz zur Verhütung von Mißbrauch auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13.12.1935 (RGBl. I S. 1478); aufgehoben durch Art. 20 des Gesetzes vom 12.12.2007 (BGBl. I S. 2840)
RdA	Recht der Arbeit
RdErl.	Runderlass
RDG	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG) vom 12.12.2007 (BGBl. I S. 2840)
RDH	Revue des Droits de l'Homme
RDIDC	Revue de droit international et de droit comparé
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens (Zeitschrift)
RdK	Das Recht des Kraftfahrers (1926–43, 1949–55)
RdM	Recht der Medizin
RDStH	Entscheidungen des Reichsdienststrafhofs (1939–41)
RDSStO	Reichsdienststrafordnung vom 26.1.1937 (RGBl. I S. 71)
RDV	Recht der Datenverarbeitung
Recht	Das Recht, begründet von Soergel (1897 bis 1944)
recht	Information des Bundesministers der Justiz
RefE	Referententwurf

## Abkürzungsverzeichnis

Reg.	Regierung
RegBl.	Regierungsblatt
RegE	Regierungsentwurf
RegE TKÜ	Entwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/EG vom 18.4.2007
RehabG	Rehabilitierungsgesetz (der Deutschen Demokratischen Republik) vom 6.9.1990 (GBl. I S. 1459), aufgehoben durch StrRehaG
Res.	Resolution
RevMC	Revue du Marché commun et de l'Union européenne
Rev.trim.dr.h.	Revue trimestrielle des droits de l'homme
RG	Reichsgericht
RGBL., RGBL. I, II	Reichsgesetzblatt, von 1922 bis 1945 Teil I und II
RGRspr.	Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen (1879 bis 1888)
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RheinSchA	Revidierte Rheinschiffahrtsakte (Mannheimer Akte) i.d.F. der Bek. vom 11.3.1969 (BGBl. II S. 597)
RHG	Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2.5.1953 (BGBl. I S. 161)
RHGDVO	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 23.12.1953 (BGBl. I S. 1569)
RhPf.	Rheinland-Pfalz
RiA	Recht im Amt
RichtlRA	Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts – Richtlinien gem. § 177 Abs. 2 Satz 2 BRAO vom 21.6.1973
RiG/DDR	Richtergesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 5.7.1990 (GBl. I S. 637)
RiJGG	Richtlinien zum Jugendgerichtsgesetz
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren vom 1.12.1970 (BAN. Nr. 17/1971), i.d.F. der Bek. vom 1.2.1997 mit spät. Änderungen, bundeseinheitlich
RiVAST	Richtlinien für den Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RKG(E)	Reichskriegsgericht (Entscheidungen des RKG)
RL	Richtlinie
RMBl.	Reichsministerialblatt, Zentralblatt für das Deutsche Reich (1923–45)
RMilGE	Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West (Zeitschrift)
RpflAnpG	Gesetz zur Anpassung der Rechtspflege im Beitrittsgebiet (Rechtspflege-Anpassungsgesetz – RpflAnpG) vom 26.6.1992 (BGBl. I S. 1147)
RpflAnpÄndG	Gesetz zur Änderung des Rechtspflege-Anpassungsgesetzes – RpflAnpG vom 7.12.1995 (BGBl. I S. 1590)
Rpfler	Der Deutsche Rechtspfleger
RpflEntlG	Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 11.1.1993 (BGBl. I S. 50)
RpflG	Rechtspflegergesetz vom 5.11.1969 (BGBl. I S. 2065)
RpflVereinfG	Rechtspflege-Vereinfachungsgesetz vom 17.12.1990 (BGBl. I S. 2847)
RPsych	Rechtspsychologie (Zeitschrift)
Rspr.	Rechtsprechung
RT	Reichstag
RTDE	Revue trimestrielle de droit européen
RTDrucks.	Drucksachen des Reichstags
RTh	Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts – eJournal

RTVerh.	Verhandlungen des Reichstags
RuP	Recht und Politik (Zeitschrift)
RVerf.	s. WeimVerf.
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte – Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718)
RVO	Reichsversicherungsordnung vom 19.7.1911 i.d.F. der Bek. vom 15.12.1924 (RGBl. I S. 779)
RW	Rechtswissenschaft – Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung
RZ	siehe: ÖRiZ
R&P	Recht und Psychiatrie (Zeitschrift)
r+s	Recht und Schaden (Zeitschrift)
S.	Satz, Seite
Sa.	Sachsen
SaAnh.	Sachsen-Anhalt
SaBremR	Sammlung des bremischen Rechts (1964)
SächsArch.	Sächsisches Archiv für Rechtspflege, seit 1924 (bis 1941/42) Archiv für Rechtspflege in Sachsen, Thüringen und Anhalt
SächsOLG	Annalen des Sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden (1880 bis 1920)
SAM	Steueranwaltsmagazin
SchAZtg	Schiedsamtzeitung
SchiedsmZ	Schiedsmannszeitung (1926 bis 1945), seit 1950 Der Schiedsmann
SchiedsstG	Gesetz (der Deutschen Demokratischen Republik) über die Schiedsstellen in den Gemeinden vom 13.9.1990 (GBl. I S. 1527)
SchlH	Schleswig-Holstein
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchrR	Schriftenreihe
SchrRAGStrafR	Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Strafrecht im Deutschen Anwaltverein
SchRG	Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15.11.1940 (RGBl. I S. 1499)
SchrRBRAK	Schriftenreihe der Bundesrechtsanwaltskammer
SchwarzArbG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung vom 23.7.2004 (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG), BGBl. I S. 1842
SchwGBG	Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Geldwäsche und Steuerhinterziehung vom 28.4.2011 (Schwarzgeldbekämpfungsgesetz), BGBl. I S. 676
SchwJZ	Schweizerische Juristenzeitung
SchwZStr	Schweizer Zeitschrift für Strafrecht
SDÜ	Übereinkommen vom 19.6.1990 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich der Niederlande zur Durchführung des am 14.6.1985 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Durchführungsübereinkommen; ABIEG Nr. L 239 vom 22.9.2000, S. 19)
1. SED-UnberG	Erstes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 1. SED-UnberG) vom 29.10.1992 (BGBl. I S. 1814)
2. SED-UnberG	Zweites Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 2. SED-UnBerG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1311)
SeeAufgG	Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt (Seeaufgabengesetz – SeeAufgG) vom 24.5.1965 i.d.F. der Bek. vom 27.9.1994 (BGBl. I S. 2802)
SeemG	Seemannsgesetz vom 26.7.1957 (BGBl. II S. 713)
SeuffBl.	Seufferts Blätter für Rechtsanwendung (1836–1913)
SFHÄndG	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz (SFHÄndG) vom 21.8.1995 (BGBl. I S. 1050)
SFHG	Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfe im Schwangerschaftskonflikt und zur

## Abkürzungsverzeichnis

	Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz) vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398)
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch
	SGB I – Sozialgesetzbuch, Allgemeiner Teil (1. Buch), vom 27.12. 2003 (BGBl. I S. 3022)
	SGB II – Sozialgesetzbuch, Grundsicherung für Arbeitsuchende (2. Buch), vom 24.12.2003 (BGBl. I S. 2954),
	SGB III – Sozialgesetzbuch, Arbeitsförderung (3. Buch), vom 27.12. 2003 (BGBl. I S. 3022),
	SGB IV – Sozialgesetzbuch, Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (4. Buch) vom 24.7.2003 (BGBl. I S. 1526),
	SGB V – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Krankenversicherung (5. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022),
	SGB VI – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Rentenversicherung (6. Buch) vom 29.4.2004 (BGBl. I S. 678),
	SGB VII – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Unfallversicherung (7. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3019),
	SGB VIII – Sozialgesetzbuch, Kinder- und Jugendhilfe (8. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022),
	SGB IX – Sozialgesetzbuch, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (9. Buch) vom 23.4.2004 (BGBl. I S. 606),
	SGB X – Sozialgesetzbuch, Verwaltungsverfahren (10. Buch) vom 5.4.2004 (BGBl. I S. 718),
	SGB XI – Sozialgesetzbuch, Soziale Pflegeversicherung (11. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022),
	SGB XII – Sozialgesetzbuch, Sozialhilfe (12. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022)
SGG	Sozialgerichtsgesetz, neugefasst durch Bek. vom 23.9.1975 (BGBl. I S. 2535); zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 12.7.2018 (BGBl. I S. 1151)
SGV.NW	Sammlung des bereinigten Gesetz- und Verordnungsblatts für das Land Nordrhein-Westfalen (Loseblattsammlung)
SIAK	Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (Österreich)
SichVG	Gesetz zur Rechtsvereinheitlichung der Sicherungsverwahrung (SichVG) vom 16.6.1995 (BGBl. I S. 818)
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry (nationale Kontaktstelle des SIS)
SIS	Schengener Informationssystem
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung/Süddeutsche Juristenzeitung (1946–50), dann Juristenzeitung
SkAufG	Gesetz über die Rechtsstellung ausländischer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland (Streitkräfteaufenthaltsgesetz – SkAufG) vom 20.7.1995 (BGBl. II S. 554)
s.o.	siehe oben
SortSchG	Gesetz über den Schutz von Pflanzensorten (Sortenschutzgesetz) vom 20.5.1968 i.d.F. der Bek. vom 4.1.1977 (BGBl. I S. 105)
SozVw	Die Sozialverwaltung (Zeitschrift)
SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG) vom 13.9.1976 (BGBl. I S. 2737) i.d.F. der Bek. vom 17.4. 1986 (BGBl. I S. 577)
SprengstG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz) vom 25.8.1969 (BGBl. I S. 1358, ber. BGBl. 1970 I S. 224), aufgehoben durch SprengG vom 13.9.1976
SpuRt	Sport und Recht (Zeitschrift)
SR	Soziales Recht (Zeitschrift)
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982 (BGBl. 1994 II S. 1799)

StA	Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft
StAG/DDR	Gesetz über die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.4.1977 (GBl. I S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.7.1990 (GBl. I S. 635)
StaatsGH	Staatsgerichtshof
StaatsSchStrafsG	Gesetz zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutz-Strafsachen vom 8.9.1969 (BGBl. I S. 1582)
StÄG	s. StRÄndG
StAZ	Das Ständesamt (Zeitschrift)
StBerG	Steuerberatungsgesetz, neugefasst durch Bek. vom 4.11.1975 (BGBl. I S. 2735); zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 30.10.2017 (BGBl. I S. 3618)
StGB	Strafgesetzbuch, neugefasst durch Bek. vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322); zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 18.12.2018 (BGBl. I S. 2639)
StGB/DDR	Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 12.1.1968 in der Neufassung vom 14.12.1988 (GBl. I S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.6.1990 (GBl. I S. 526)
StGBÄndG 1976	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2181)
StGBÄndG 1989	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten vom 9.6.1989 (BGBl. I S. 1059)
StORMG	Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1805)
StPÄG 1964	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 19.12.1964 (BGBl. I S. 1067)
StPÄG 1972	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7.8.1972 (BGBl. I S. 1361)
StPÄG 1978	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 14.4.1978 (BGBl. I S. 497)
StPÄG 1986	Paßgesetz und Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 19.4.1986 (BGBl. I S. 537)
StPÄG 1988	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 17.5.1988 (BGBl. I S. 606)
StPO	Strafprozeßordnung vom 1.2.1877 i.d.F. der Bek. vom 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074)
StPO/DDR	Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12.1.1968 in der Neufassung vom 19.12.1974 (GBl. 1975 I S. 61)
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StrafrAbh.	Strafrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Bennecke, dann von Beling, v. Lilienthal und Schoetensack
StraftVVG	Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten vom 30.7.2009 (BGBl. I S. 2437)
StRÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz 1. ~ vom 30.8.1951 (BGBl. I S. 739) 2. ~ vom 6.3.1953 (BGBl. I S. 42) 3. ~ vom 4.8.1953 (BGBl. I S. 735) 4. ~ vom 11.6.1957 (BGBl. I S. 597) 5. ~ vom 24.6.1960 (BGBl. I S. 477) 6. ~ vom 30.6.1960 (BGBl. I S. 478) 7. ~ vom 1.6.1964 (BGBl. I S. 337) 8. ~ vom 25.6.1968 (BGBl. I S. 741) 9. ~ vom 4.8.1969 (BGBl. I S. 1065) 10. ~ vom 7.4.1970 (BGBl. I S. 313) 11. ~ vom 16.12.1971 (BGBl. I S. 1977) 12. ~ vom 16.12.1971 (BGBl. I S. 1779) 13. ~ vom 13.6.1975 (BGBl. I S. 1349) 14. ~ vom 22.4.1976 (BGBl. I S. 1056) 15. ~ vom 18.5.1976 (BGBl. I S. 1213) 16. ~ vom 16.7.1979 (BGBl. I S. 1078)

17. ~ vom 21.12.1979 (BGBl. I S. 2324)
18. ~ vom 28.3.1980 (BGBl. I S. 379) – Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität
19. ~ vom 7.8.1981 (BGBl. I S. 808)
20. ~ vom 8.12.1981 (BGBl. I S. 1329)
21. ~ vom 13.6.1985 (BGBl. I S. 963)
22. ~ vom 18.7.1985 (BGBl. I S. 1510)
23. ~ vom 13.4.1986 (BGBl. I S. 1986)
24. ~ vom 13.1.1987 (BGBl. I S. 141)
25. ~ vom 20.8.1990 – § 201 StG – (BGBl. I S. 1764)
26. ~ vom 24.7.1992 – Menschenhandel – (BGBl. I S. 1255)
27. ~ vom 23.7.1993 – Kinderpornographie – (BGBl. I S. 1346)
28. ~ vom 13.1.1994 – Abgeordnetenbestechung – (BGBl. I S. 84)
29. ~ vom 31.5.1994 – §§ 175, 182 StGB – (BGBl. I S. 1168)
30. ~ vom 23.6.1994 – Verjährung von Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen – BGBl. I S. 1310)
31. ~ vom 27.6.1994 – 2. Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität – (BGBl. I S. 1440)
32. ~ vom 1.6.1995 – §§ 44, 69b StGB – (BGBl. I S. 747)
33. ~ vom 1.7.1997 – §§ 177, 178 StGB (BGBl. I S. 1607)
34. ~ vom 22.8.2002 – § 129b StGB (BGBl. I S. 3390)
35. ~ vom 22.12.2003 – Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln (BGBl. I S. 2838)
36. ~ vom 30.7.2004 – § 201a StGB (BGBl. I S. 2012)
37. ~ vom 18.2.2005 – §§ 180b, 181 StGB (BGBl. I S. 239)
40. ~ vom 22.3.2007 – Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen (Anti-Stalking-Gesetz) (BGBl. I S. 354)
41. ~ vom 7.8.2007 – Bekämpfung der Computerkriminalität (BGBl. I S. 1786)
42. ~ vom 29.6.2009 – Anhebung der Höchstgrenze des Tagessatzes bei Geldstrafen (BGBl. I S. 1658)
43. ~ vom 29.7.2009 – Strafzumessung bei Aufklärungs- und Präventionshilfe (BGBl. I S. 2288)
44. ~ vom 1.11.2011 – Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (BGBl. I S. 2130)
45. ~ vom 6.12.2011 – Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt (BGBl. I S. 2557)
46. ~ vom 10.6.2013 – Beschränkung der Möglichkeit zur Strafmilderung bei Aufklärungs- und Präventionshilfe (BGBl. I S. 1497)
47. ~ vom 24.9.2013 – Strafbarkeit der Verstümmelung weiblicher Genitalien (BGBl. I S. 3671)
48. ~ vom 23.4.2014 – Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung (BGBl. I S. 410)
49. ~ vom 21.1.2015 – Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht (BGBl. I S. 10)
50. ~ vom 4.11.2016 – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung (BGBl. I S. 2460)
51. ~ vom 11.4.2017 – Strafbarkeit von Sportwettbetrug und der Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben (BGBl. I S. 815)
52. ~ vom 23.5.2017 – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften (BGBl. I S. 1226)
53. ~ vom 11.6.2017 – Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern (BGBl. I S. 1612)
54. ~ vom 17.7.2017 – Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (BGBl. I S. 2440)
55. ~ vom 17.7.2017 – Wohnungseinbruchdiebstahl (BGBl. I S. 2442)

	56. ~ vom 30.9.2017 – Strafbarkeit nicht genehmigter Kraftfahrzeugrennen im Straßenverkehr vom (BGBl. I S. 3532)
StraßenVSichG	1. Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs (Straßenverkehrssicherungsgesetz) vom 19.12.1952 (BGBl. I S. 832) 2. Zweites ~ vom 26.11.1964 (BGBl. I S. 921)
StREG	Gesetz über ergänzende Maßnahmen zum 5. StrRG (Strafrechtsreformergänzungsgesetz) vom 28.8.1975 (BGBl. I S. 2289)
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8.3.1971 (BGBl. I S. 157)
STREIT	Feministische Rechtszeitschrift
StrFG	Straffreiheitsgesetz – 1949 vom 31.12.1949 (BGBl. I S. 37) – 1954 vom 17.7.1954 (BGBl. I S. 203) – 1968 vom 9.7.1968 (BGBl. I S. 773) – 1970 vom 20.5.1970 (BGBl. I S. 509)
StRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts 1. ~ vom 25.6.1969 (BGBl. I S. 645) 2. ~ vom 4.7.1969 (BGBl. I S. 717) 3. ~ vom 20.5.1970 (BGBl. I S. 505) 4. ~ vom 23.11.1973 (BGBl. I S. 1725) 5. ~ vom 18.6.1974 (BGBl. I S. 1297) 6. ~ vom 26.1.1998 (BGBl. I S. 164)
StRR	StrafRechtsReport – Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG) vom 29.10.1992 (BGBl. I S. 1814) i.d.F. der Bek. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664)
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
StudZR	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft Heidelberg
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20.12.1991 (BGBl. I S. 2272)
StuR	Staat und Recht (Zeitschrift DDR, 1950 bis 1990)
StuW	Steuern und Wirtschaft (Zeitschrift)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVÄG 1979	Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 vom 5.10.1978 (BGBl. I S. 1645)
StVÄG 1987	Strafverfahrensänderungsgesetz 1987 vom 27.1.1987 (BGBl. I S. 475)
StVÄG 1999	Strafverfahrensänderungsgesetz 1999 vom 2.8.2000 (BGBl. I S. 1253)
StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 3.5.1909 i.d.F. der Bek. vom 19.12.1952 (BGBl. I S. 837)
StVO	Straßenverkehrsordnung vom 16.11.1970 (BGBl. I S. 1565, ber. 1971, S. 38)
StVollstrO	Strafvollstreckungsordnung vom 1.4.2001 (BAnz. Nr. 87) bundeseinheitlich
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz – vom 16.3.1976 (BGBl. I S. 581)
StVollzGK	Strafvollzugsgesetz-Kommissionsentwurf, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz
StVollzK	Blätter für Strafvollzugskunde (Beilage zur Zeitschrift „Der Vollzugsdienst“)
1. StVRErgG	Gesetz zur Ergänzung des 1. StVRG vom 20.12.1974 (BGBl. I S. 3686)
1. StVRG	Erstes Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 9.12.1974 (BGBl. I S. 3393)
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 13.11.1937 i.d.F. der Bek. vom 28.9.1988 (BGBl. I S. 1793)
s.u.	siehe unten
SubvG	Subventionsgesetz vom 29.7.1976 (BGBl. I S. 2034)
SVR	Straßenverkehrsrecht (Zeitschrift)

## Abkürzungsverzeichnis

SZ	Süddeutsche Zeitung
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TerrorismusG	Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2566)
TerrorBekG	Gesetz vom 9.1.2002 zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) (BGBl. I S. 361)
TerrorBekErgG	Gesetz zur Ergänzung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes (Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz) vom 5.1.2007 (BGBl. I S. 2)
TFTP	Terrorist Finance Tracking Program
ThUG	Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (Therapieunterbringungsgesetz) vom 22.12.2010 (BGBl. I S. 2300, 2305)
Thür.	Thüringen
TiefseebergbauG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus vom 16.8.1980 (BGBl. I S. 1457)
TierschG	Tierschutzgesetz vom 24.7.1972 (BGBl. I S. 1277)
TKG	Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 25.7.1996 (BGBl. I S. 1120)
TKÜG	Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG vom 21.12.2007 (BGBl. I S. 3198)
TKO	Telekommunikationsordnung vom 16.7.1987 (BGBl. I S. 1761)
TMG	Telemediengesetz vom 26.2.2007 (BGBl. I S. 179)
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence Internationale (1975) – Koordinierungsgruppe
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
TV/L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
Tz.	Teilziffer
UCLAF	Unité de Coordination de la Lutte Anti-Fraude
UdG	Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
ÜAG	Gesetz vom 26.9.1991 zur Ausführung des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen vom 21.3.1983 – Überstellungsausführungsgesetz (BGBl. 1991 I S. 1954)
ÜberlG	Gesetz zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West) (Sechstes Überleitungsgesetz) vom 25.9.1990 (BGBl. I S. 2106)
ÜberstÜbk	Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen vom 21.3.1983 (ETS 112; BGBl. 1991 II S. 1006; 1992 II S. 98); ZP ÜberstÜbk vom 18.12.1997 (ETS 167)
Übk	Übereinkommen
ÜF	Übergangsfassung
UFITA	Archiv für Medienrecht und Medienwissenschaft
UHaftÄndG	Gesetz zur Abänderung der Untersuchungshaft vom 27.12.1926 (RGBl. I S. 529)
UN	Vereinte Nationen
UNCAT	Übereinkommen (der Vereinten Nationen) gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10.12.1984 (BGBl. 1990 II S. 246) OPCAT – Fakultativprotokoll vom 18.12.2002 zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe; Gesetz vom 26.8.2008 (BGBl. 2008 II S. 854)
UN-CAT	United Nations Committee against Torture – UN-Anti-Folter-Ausschuss
UN-FoltKonv.	Siehe UNCAT
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees – Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNO-Pakt	s. IPBPR
UnterbrSichG	Gesetz zur Reform des Rechts der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt vom 16.7.2007 (BGBl. I S. 1327)
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9.9.1965 (BGBl. I S. 1273)

UVollzO	Untersuchungshaftvollzugsordnung vom 12.2.1953 i.d.F. der Bek. vom 15.12.1976, bundeseinheitlich
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vom 10.3.1961 (BGBl. I S. 165)
UZwGBw	Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen vom 12.8.1965 (BGBl. I S. 796)
VA	Vorzeitige Anwendung (internationaler Übereinkommen)
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VDA	Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Allgemeiner Teil, Bd. 1 bis 6 (1908)
VDB	Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Besonderer Teil, Bd. 1 bis 9 (1906)
VerbrbekG	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetz (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28.10.1994 (BGBl. I S. 3186)
VerbringungsverbG	Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24.5.1961 (BGBl. I S. 607)
VereinfVO	Vereinfachungsverordnung 1. -, VO über Maßnahmen auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung und Rechtspflege vom 1.9.1939 (RGBl. I S. 1658) 2. -, VO zur weiteren Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 13.8.1942 (RGBl. I S. 508) 3. -, Dritte VO zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 29.5.1943 (RGBl. I S. 342) 4. -, Vierte VO zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 13.12.1944 (RGBl. I S. 339)
VereinHG	Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts vom 12.9.1950 (BGBl. I S. 455)
VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5.8.1964 (BGBl. I S. 593)
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerfO	Verfahrensordnung (siehe EGMRVerfO)
Verh.	Verhandlungen des Deutschen Bundestages (BT), des Deutschen Juristentages (DJT) usw.
1. VerjährungsG	Gesetz über das Ruhen der Verjährung bei SED-Unrechtstaten vom 26.3.1993 (BGBl. I S. 392)
2. VerjährungsG	Gesetz zur Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen vom 27.9.1993 (BGBl. I S. 1657)
VerkMitt.	Verkehrsrechtliche Mitteilungen
VerpflichtG	Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974 (BGBl. I S. 469)
VerschG	Verschollenheitsgesetz vom 15.1.1951 (BGBl. I S. 59)
VersR	Versicherungsrecht, Juristische Rundschau für die Individualversicherung
VerständigungsG	Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2353)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verfassungsgerichtshof; Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vhdlgen	s. Verh.
VIS	Visa-Informationen-System
VIZ	Vermögens- und Immobilienrecht (Zeitschrift)
VO	Verordnung; s. auch AusnVO
VOBl.	Verordnungsblatt
VOR	Zeitschrift für Verkehrs- und Ordnungswidrigkeitenrecht

## Abkürzungsverzeichnis

VR	Verwaltungsrundschau
VRR	VerkehrsRechtsReport
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VStGBG	Gesetz vom 26.6.2002 zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuches (BGBl. I S. 2254)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVStVollzG	Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz (bundeseinheitlich) vom 1.7.1976
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung, neugefasst durch Bek. vom 19.3.1991 (BGBl. I S. 686); zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 12.7.2018 (BGBl. I S. 1151)
VwRehaG	Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1311)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25.5.1976 (BGBl. I S. 1253)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz vom 3.7.1952 (BGBl. I S. 379)
WDO	Wehrdisziplinarordnung vom 15.3.1957 i.d.F. der Bek. vom 9.6.1961 (BGBl. I S. 697)
WehrbeauftragtG	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages i.d.F. der Bek. vom 16.6.1982 (BGBl. I S. 673)
WeinG	Gesetz über Wein, Likörwein, Schaumwein, weinhaltige Getränke und Branntwein aus Wein (Weingesetz) vom 14.1.1971 (BGBl. I S. 893)
Wiener Übereinkommen	1. Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.4.1961 (Zustimmungsgesetz vom 6.8.1964, BGBl. II S. 957) 2. Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24.4.1963 (Zustimmungsgesetz vom 26.8.1969, BGBl. II S. 1585)
Wij	Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V.
1. WiKG	Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 29.7.1976 (BGBl. I S. 2034)
2. WiKG	Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 15.5.1986 (BGBl. I S. 721)
WiStG	Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954) vom 9.7.1954 i.d.F. der Bek. vom 3.6.1975 (BGBl. I S. 1313)
WisteV	Wirtschaftsstrafrechtliche Vereinigung e.V.
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WLR	Weekly Law Reports (Zeitschrift)
WoÜbG	Gesetz zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 (akustische Wohnraumüberwachung) vom 24.6.2005 (BGBl. I S. 1841)
WRV	Weimarer Verfassung, Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 (RGBl. S. 1383)
WStG	Wehrstrafgesetz vom 30.3.1957 i.d.F. der Bek. vom 24.5.1974 (BGBl. I S. 1213)
WM	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift)
WuV	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WuW	Entscheidungssammlung der Zeitschrift Wirtschaft und Wettbewerb
WÜD	s. 1. Wiener Übereinkommen
WÜK	s. 2. Wiener Übereinkommen
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23.5.1969 (BGBl. 1985 II S. 926)
WWSUV	Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18.5.1990 (BGBl. II S. 537)
WWSUVG	Gesetz zu dem Vertrag vom 18.5.1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ... vom 25.6.1990 (BGBl. II S. 518)
WZG	Warenzeichengesetz vom 5.5.1936 i.d.F. der Bek. vom 2.1.1968 (BGBl. I S. 29)

YEL	Yearbook of European Law
YB	Yearbook of the European Convention of the Human Rights, the European Commission and the European Court of Human Rights/Annuaire de la Convention Européenne des Droits de l'Homme; Commission et Cour Européenne des Droits de l'Homme, hrsg. vom Europarat
ZAG	Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz
ZahlVGJG	Gesetz über den Zahlungsverkehr mit Gerichten und Justizbehörden vom 22.12.2006 = Art. 2 des 2. Justizmodernisierungsgesetzes (BGBl. 2006 I S. 3416)
ZAKDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht (1934–44)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZBJJugR	Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZCG	Zeitschrift für Corporate Governance
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZDRW	Zeitschrift für Didaktik der Rechtswissenschaft
ZER	Zeitschrift für Europarecht (Österreich)ZERP Zentrum für europäische Rechtspolitik (Universität Bremen)
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEUP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfC	Zeitschrift für Compliance
ZfDG	Gesetz über das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsämter (Zollfahndungsdienstgesetz) vom 16.8.2002 (BGBl. I S. 3202)
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZFSH SGB	Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (jetzt: FS – Forum Strafvollzug)
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIR	Zeitschrift für Interne Revision
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (Online-Zeitschrift)
ZJJ	Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium (Online-Zeitschrift)
ZKA	Zollkriminalinstitut
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZLR	Zeitschrift für Lebensmittelrecht
ZOV	Zeitschrift für offene Vermögensfragen
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZollG.	Zollgesetz vom 14.6.1961 i.d.F. der Bek. vom 18.5.1970 (BGBl. I S. 529)
ZP	Zusatzprotokoll
ZPO	Zivilprozeßordnung vom 30.1.1877 i.d.F. der Bek. vom 12.9.1950 (BGBl. I S. 533)
ZRFC	Zeitschrift für Risk, Fraud & Compliance
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

## Abkürzungsverzeichnis

ZSchG	Gesetz vom 30.4.1998 zum Schutz von Zeugen bei Vernehmungen im Strafverfahren und zur Verbesserung des Opferschutzes (Zeugenschutzgesetz – ZSchG) (BGBl. I S. 820)
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 26.7.1957 i.d.F. der Bek. vom 1.10.1969 (BGBl. I S. 1756); abgelöst durch das JVEG vom 5.5.2004
ZSHG	Gesetz zur Harmonisierung des Schutzes gefährdeter Zeugen (Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetz) vom 11.12.2001 (BGBl. I S. 3510)
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZST	Zeitschrift für Schweizer Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht – Rechtssprechungsdiens
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZusatzAbk.	Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut vom 3.8.1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218)
Zusatzvereinb.	Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31.8.1990 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 18.9.1990 (BGBl. II S. 1239)
ZuSEntschG zust.	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen zustimmend
ZustErgG	Gesetz zur Ergänzung von Zuständigkeiten auf den Gebieten des Bürgerlichen Rechts, des Handelsrechts und des Strafrechts (Zuständigkeitsergänzungsgesetz) vom 7.8.1952 (BGBl. I S. 407)
ZustG	Gesetz über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderung der Gerichtseinteilung vom 6.12.1933 (RGBl. I S. 1037)
ZustRG	Gesetz zur Reform des Verfahrens bei Zustellung im gerichtlichen Verfahren (Zustellungsreformgesetz – ZustRG) vom 25.6.2001 (BGBl. I S. 1206)
ZustVO	Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften vom 21.2.1940 (RGBl. I S. 405)
Zuwanderungs- gesetz	Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern vom 30.7.2004 (BGBl. I S. 1950)
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (Zwangsversteigerungsgesetz) vom 24.3.1897 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 369, 713)
ZWehrR	Zeitschrift für Wehrrecht (1936/37–44)
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen
ZwHeiratBekG	Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften vom 23.6.2011 (BGBl. I S. 1266)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

## Literaturverzeichnis

- Achenbach/Ransiek/Rönnau Achenbach/Ransiek/Rönnau, Handbuch Wirtschaftsstrafrecht, 4. Aufl. (2015)
- AE-EV Alternativ-Entwurf Reform des Ermittlungsverfahrens (AE-EV); Entwurf eines Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer (2001)
- AE-EuStV Alternativentwurf Europäische Strafverfolgung; hrsg. von Schünemann (2004)
- AE-StuM Alternativ-Entwurf Strajustiz und Medien (AE-StuM: Entwurf eines Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer (2004)
- Ahlbrecht/Böhm/Esser/  
Eckelmans Ahlbrecht/Böhm/Esser/Eckelmans, Internationales Strafrecht, 2. Aufl. (2017)
- AK Alternativkommentar zur Strafprozessordnung, Bd. I (§§ 1 bis 93; 1988), Bd. II 1 (§§ 94 bis 212b; 1992), Bd. II 2 (§§ 213 bis 275; 1993), Bd. III (§§ 276 bis 477; 1996)
- AK-GG Alternativkommentar zum Grundgesetz, 2. Aufl., Bd. I (Art. 1 bis 37; 1989), Bd. II (Art. 38 bis 146; 1989)
- AK-StGB Alternativkommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. I (§§ 1 bis 21; 1990), Bd. III (§§ 80 bis 145d; 1986)
- AnwK-StGB Leipold/Tsambikakis/Zöller (Hrsg.), AnwaltKommentar StGB, 2. Aufl. (2015)
- AnwK-StPO Krekeler/Löffelmann/Sommer, AnwaltKommentar zur Strafprozessordnung, 2. Aufl. (2010)
- AnwK-UHaft König (Hrsg.), AnwaltKommentar Untersuchungshaft (2011)
- Albrecht Albrecht, Jugendstrafrecht, 3. Aufl. (2000)
- Albrecht (Krim.) Albrecht, Kriminologie, 4. Aufl. (2010)
- Alsberg Alsberg, Der Beweisantrag im Strafprozess, 6. Aufl. (2013)
- Ambos Ambos, Internationales Strafrecht, 5. Aufl. (2018)
- Ambos/König/Rackow Ambos/König/Rackow (Hrsg.), Rechtshilferecht in Strafsachen (2014)
- Arloth Arloth, Strafprozeßrecht (1995)
- Arloth/Krä Arloth/Krä, Strafvollzugsgesetz, 4. Aufl. (2017)
- Aschrott Reform des Strafprozesses, kritische Besprechung der von der Kommission für die Reform des Strafprozesses gemachten Vorschläge, hrsg. von Aschrott (1906)
- Artkämper Artkämper, Die „gestörte“ Hauptverhandlung, 5. Aufl. (2017)
- Artkämper/Esders/Jakobs/  
Sotelsek Artkämper/Esders/Jakobs/Sotelsek, Praxiswissen Strafverfahren bei Tötungsdelikten (2012)
- Aubert Aubert, Fernmelderecht I, 3. Aufl. (1976)
- Barton Barton, Mindeststandards der Strafverteidigung (1994)
- Barton (Verfahrensg.) Barton, Verfahrensgerechtigkeit und Zeugenbeweis (2002)
- Barton (Strafverteidigung) Barton, Einführung in die Strafverteidigung, 2. Aufl. (2013)
- Baumann Baumann, Grundbegriffe und Verfahrensprinzipien des Strafprozeßrechts, 3. Aufl. (1979)
- Baumann/Weber/Mitsch/  
Eisele Baumann/Weber/Mitsch/Eisele, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Lehrbuch, 12. Aufl. (2016)
- Baumbach/Lauterbach/  
Albers/ Hartmann Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Zivilprozessordnung, Kurz-Kommentar, 76. Aufl. (2018)
- Beck/Berr/Schäpe Beck/Berr/Schäpe, OWi-Sachen im Straßenverkehrsrecht, 7. Aufl. (2017)
- Beck/Bemmann Beck/Bemmann, Fälle und Lösungen zur StPO (2004)
- Beck'sches Formularbuch Hamm/Leipold (Hrsg.), Beck'sches Formularbuch für den Strafverteidiger, 6. Aufl. (2018)
- Beling Beling, Deutsches Reichsstrafprozeßrecht (1928)

## Literaturverzeichnis

- Bender/Nack/Treuer  
Benfer/Bialon  
Bernsmann/Gatzweiler  
Berz/Burmam  
Beulke/Swoboda  
Beulke/Ruhmannseder  
Birkenstock  
Birkmeyer  
Bock  
Bockemühl  
Bohnert  
Bohnert/Bülte  
Bonn.Komm.  
Booß  
Bosbach  
Bouska/Laeveren  
Böhm/Feuerhelm  
Böhm (Strafvollzug)  
Böse  
Brandstetter  
Brenner  
Brettel/Schneider  
Breyer/Mehle/Osnabrügge/  
Schaefer  
von Briel/Ehlscheid  
Bringewat  
Brodag  
Brunner  
Brunner/Dölling  
Bruns/Schröder/Tappert  
Brüssow/Gatzweiler/  
Krekeler/Mehle  
Buddendiek/Rutkowski  
Burchardi/Klempahn/  
Wetterich  
Burhoff (Ermittlungsv.)  
Burhoff (Hauptv.)  
Burhoff/Stephan  
Burhoff/Kotz  
Burmam/Heß/Hühnermann/  
Jahnke  
Ciolek-Krepold
- Bender/Nack/Treuer, Tatsachenfeststellung vor Gericht, 4. Aufl. (2014)  
Benfer/Bialon, Rechtseingriffe von Polizei und Staatsanwaltschaft, 4. Aufl. (2010)  
Bernsmann/Gatzweiler, Verteidigung bei Korruptionsfällen, 2. Aufl. (2014)  
Berz/Burmam, Handbuch des Straßenverkehrsrechts, Loseblattausgabe, 2 Bände, 38. Aufl. (2017)  
Beulke, Strafprozessrecht, 14. Aufl. (2018)  
Beulke/Ruhmannseder, Die Strafbarkeit des Verteidigers 2. Aufl. (2010)  
Birkenstock, Verfahrensrügen im Strafprozess – Rechtsprechungs-sammlung, 2 Bände (2004)  
Birkmeyer, Deutsches Strafprozessrecht (1898)  
Bock, Criminal Compliance, 2. Aufl. (2013)  
Handbuch des Fachanwalts Strafrecht, hrsg. von Bockemühl, 7. Aufl. (2018)  
Bohnert, Beschränkungen der strafprozessualen Revision durch Zwischen-verfahren (1983)  
Bohnert/Bülte, Ordnungswidrigkeitenrecht, 5 Aufl. (2016)  
Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Loseblattausgabe (ab 1950)  
Booß, Straßenverkehrsordnung, Kommentar, 3. Aufl. (1980)  
Bosbach, Verteidigung im Ermittlungsverfahren 8. Aufl. (2015)  
Bouska/Laeveren, Fahrerlaubnisrecht, 3. Aufl. (2004)  
Böhm/Feuerhelm, Einführung in das Jugendstrafrecht, 4. Aufl. (2004)  
Böhm, Strafvollzug 3. Aufl. (2002)  
Böse (Hrsg.), Europäisches Strafrecht, Enzyklopädie Europarecht, Band 9 (2013)  
Brandstetter, Straffreiheitsgesetz, Kommentar (1956)  
Brenner, Ordnungswidrigkeitenrecht (1996)  
Brettel/Schneider, Wirtschaftsstrafrecht, 2. Aufl. 2018  
Breyer/Mehle/Osnabrügge/Schaefer, Strafprozessrecht (2005)  
von Briel/Ehlscheid, Steuerstrafrecht, 2. Aufl. (2000)  
Bringewat, Strafvollstreckung, Kommentar zu den §§ 449 bis 463d StPO (1993)  
Brodag, Strafverfahrensrecht, 13. Aufl. (2014)  
Brunner, Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft, 13. Aufl. (2016)  
Brunner/Dölling, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 13. Aufl. (2017)  
Bruns/Schröder/Tappert, Kommentar zum strafrechtlichen Rehabilitie-rungsgesetz (1993)  
Brüssow/Gatzweiler/Krekeler/Mehle, Strafverteidigung in der Praxis, 4. Aufl. (2007)  
Buddendiek/Rutkowski, Lexikon des Nebenstrafrechts, zugleich Register-band zum Erbs/Kohlhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, 41. Aufl. (2018)  
Burchardi/Klempahn/Wetterich, Der Staatsanwalt und sein Arbeitsgebiet, 5. Aufl. (1982)  
Burhoff, Handbuch für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren, 8. Aufl. (2018)  
Burhoff, Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung, 9. Aufl. (2018)  
Burhoff/Stephan, Strafvereitelung durch Strafverteidiger (2008)  
Burhoff/Kotz, Handbuch für strafrechtliche Rechtsmittel und Rechts-behelfe, 2. Aufl. (2016)  
Burmam/Heß/Hühnermann/Jahnke, Straßenverkehrsrecht, 25. Aufl. (2018)  
Ciolek-Krepold, Durchsuchung und Beschlagnahme in Wirtschaftsstraf-sachen (2000)

- Corstens/Pradel European Criminal Law (2002)
- Cramer Straßenverkehrsrecht StVO – StGB, Kommentar, 2. Aufl. (1977)
- Cramer/Bürgle Die strafprozessualen Beweisverwertungsverbote, 2. Aufl. (2004)
- Cramer/Cramer Anwalts-Handbuch Strafrecht (2002)
- Cryer/Friman/Robinson/Wilmshurst Cryer/Friman/Robinson/Wilmshurst, An Introduction to International Criminal Law and Procedure, 3<sup>rd</sup> ed. (2014)
- Cullen/Jund Strafrechtliche Zusammenarbeit in der Europäischen Union nach Tampere (2002)
- Dahs (Hdb.) Dahs, Handbuch des Strafverteidigers, 8. Aufl. (2015)
- Dahs (Rechtl. Gehör) Dahs, Rechtliches Gehör im Strafverfahren (1963)
- Dahs Dahs, Die Revision im Strafprozess, 9. Aufl. (2017)
- Dalcke/Fuhrmann/Schäfer Dalcke/Fuhrmann/Schäfer, Strafrecht und Strafverfahren, Kommentar, 37. Aufl. (1961)
- Dallinger/Lackner Dallinger/Lackner, Jugendgerichtsgesetz und ergänzende Vorschriften, Kommentar, 2. Aufl. (1965)
- Dannecker/Knierim Dannecker/Knierim, Insolvenzstrafrecht, 3. Aufl. (2018)
- Deckers Deckers, Der strafprozessuale Beweisantrag, 3. Aufl. (2013)
- Delmas-Marty Delmas-Marty, Corpus Juris der strafrechtlichen Regelungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union (1998)
- Delmas-Marty/Verwaele Delmas-Marty/Verwaele, The Implementation of the Corpus Juris in the Member States, 4 Bände (2001)
- Detter Detter, Revision im Strafverfahren (2011)
- Diemer/Schatz/Sonnen Diemer/Schatz/Sonnen, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 7. Aufl. (2015)
- Dölling/Duttge/Rössner/König Dölling/Duttge/Rössner/König, Gesamtes Strafrecht – Handkommentar 4. Aufl. (2017) (zit.: HK-GS/Verfasser)
- Dörndorfer Dörndorfer, Rechtspflegergesetz, Kommentar, 2. Aufl. 2014
- Doswald-Beck/Kolb Doswald-Beck/Kolb, Judicial Process and Human Rights – United Nations, European, American and African Systems – Texts and summaries of international case law, 2004
- Eb. Schmidt Eberhard Schmidt, Lehrkommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, Teil I: Die rechtstheoretischen und die rechtspolitischen Grundlagen des Strafverfahrensrechts, 2. Aufl. (1964); Teil II: Erläuterungen zur Strafprozeßordnung und zum Einführungsgesetz (1957); Teil III: Erläuterungen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zum Einführungsgesetz (1960), Nachtrag I: Nachträge und Ergänzungen zu Teil II (1967), Nachtrag II: Nachtragsband II (1970)
- Eb. Schmidt (Geschichte) Schmidt, Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, 3. Aufl. (1965)
- Eb. Schmidt (Kolleg) Schmidt, Deutsches Strafprozeßrecht, ein Kolleg (1967)
- Eberth/Müller/Schütrumpf Eberth/Müller/Schütrumpf, Verteidigung in Betäubungsmittelsachen, 7. Aufl. (2018)
- Eidam Eidam, Unternehmen und Strafe, 5. Aufl. (2018)
- Eisenberg Eisenberg, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 20. Aufl. (2018)
- Eisenberg (Beweismittel) Eisenberg, Persönliche Beweismittel in der StPO, 2. Aufl. (1996)
- Eisenberg (Beweisrecht) Eisenberg, Beweisrecht der StPO, Spezialkommentar, 10. Aufl. (2017)
- Eisenberg/Kölbel Eisenberg/Kölbel, Kriminologie, 7. Aufl. (2017)
- Endriß (BtM-Verfahren) Endriß, Verteidigung in Betäubungsmittelverfahren (1998)
- Engländer Engländer, Examensrepetitorium Strafprozessrecht, 9. Aufl. (2018)
- Erbs/Kohlhaas Erbs/Kohlhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, Kurzkommentar, Loseblattausgabe, 222. Aufl. (2019)
- ERST Esser/Rübenstahl/Saliger/Tsambikakis (Hrsg.), Wirtschaftsstrafrecht, 2017
- Eser Eser, Einführung in das Strafprozeßrecht (1983)
- Eser/Hassemer/Burkhardt Eser/Hassemer/Burkhardt, Die deutsche Strafrechtswissenschaft vor der Jahrtausendwende (2000)

## Literaturverzeichnis

Esser	Esser, Auf dem Weg zu einem europäischen Strafverfahrensrecht (2002)
Esser, EuSTR	Esser, Europäisches und Internationales Strafrecht, 2. Aufl. (2018)
Fahl	Fahl, Rechtsmißbrauch im Strafprozeß (2004)
Feest/Lesting/Lindemann	Feest/Lesting/Lindemann (Hrsg.), Kommentar zum Strafvollzugsgesetz (AK-StVollzG), 7. Aufl. (2017)
Fehn/Wamers	Fehn/Wamers, ZfdG – Zollfahndungsdienstgesetz – Handkommentar (2003)
Feisenberger	Feisenberger, Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz (1926)
Ferner	Ferner, Strafzumessung (2005)
Feuerich/Weyland	Feuerich/Weyland, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, 9. Aufl. (2016)
Fezer	Fezer, Strafprozeßrecht, 2. Aufl. (1995)
FG Beulke	Strafverteidigung – Grundlagen und Stolpersteine: Symposion für Werner Beulke (2012)
Fischer	Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, Kommentar, 66. Aufl. (2019)
Flore/Tsambikakis	Flore/Tsambikakis (Hrsg.), Steuerstrafrecht, 2. Aufl. (2016)
Franke/Wienroeder	Franke/Wienroeder, BtMG, 3. Aufl. (2007)
Freyschmidt/Krumm	Freyschmidt/Krumm, Verteidigung in Straßenverkehrssachen, 10. Aufl. (2013)
Fromm	Fromm, Verteidigung in Straßenverkehrs- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, 2. Aufl. (2015)
Frowein/Peukert	Frowein/Peukert, Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK-Kommentar, 3. Aufl. (2009)
FS 45. DJT	Festschrift für den 45. Deutschen Juristentag (1964)
FS Achenbach	Festschrift für Hans Achenbach zum 70. Geburtstag (2011)
FS Adamovich	Staatsrecht und Staatswissenschaften in Zeiten des Wandels – Festschrift für Ludwig Adamovich zum 60. Geburtstag (1992)
FS AG Strafrecht DAV	Strafverteidigung im Rechtsstaat – 25 Jahre Arbeitsgemeinschaft Strafrecht des Deutschen Anwaltvereins (2009)
FS Amelung	Grundlagen des Straf- und Strafverfahrensrechts – Festschrift für Knut Amelung zum 70. Geburtstag (2009)
FS Androulakis	Festschrift für Nikolaos Androulakis zum 70. Geburtstag (2003)
FS Augsburg	Recht in Europa – Festgabe zum 30-jährigen Bestehen der Juristischen Fakultät Augsburg (2002)
FS Baudenbacher	Economic law and justice in times of globalisation – Festschrift für Carl Baudenbacher (2007)
FS Baumann	Festschrift für Jürgen Baumann zum 70. Geburtstag (1992)
FS Baumgärtel	Festschrift für Gottfried Baumgärtel zum 70. Geburtstag (1990)
FS BayVerfGH	Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs (1997)
FS Bemann	Festschrift für Günther Bemann zum 70. Geburtstag (1997)
FS Bernhardt	Recht zwischen Umbruch und Bewahrung – Festschrift für Rudolf Bernhardt (1995)
FS Beulke	Ein menschengerechtes Strafrecht als Lebensaufgabe – Festschrift für Werner Beulke zum 70. Geburtstag (2015)
FS Binding	Festschrift für Karl Binding zum 4. Juni 1911
FS BGH	Festschrift aus Anlass des 50-jährigen Bestehens von Bundesgerichtshof, Bundesanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft beim Bundesgerichtshof (2000)
FS II BGH	50 Jahre Bundesgerichtshof, Festgabe aus der Wissenschaft, hrsg. von Roxin/Widmaier, Bd. IV: Strafrecht (2000)
FS Blau	Festschrift für Günter Blau zum 70. Geburtstag (1985)
FS Bockelmann	Festschrift für Paul Bockelmann zum 70. Geburtstag (1979)
FS Böhm	Festschrift für Alexander Böhm zum 70. Geburtstag (1999)

- FS Böttcher                   Recht gestalten – dem Recht dienen, Festschrift für Reinhard Böttcher zum 70. Geburtstag (2007)
- FS Boujong                   Verantwortung und Gestaltung, Festschrift für Karlheinz Boujong zum 65. Geburtstag (1996)
- FS BRAK                      Festschrift zu Ehren des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer (2006)
- FS Brauneck                 Ehregabe für Anne-Eva Brauneck (1999)
- FS Breidling                 Festschrift für Ottmar Breidling zum 70. Geburtstag (2017)
- FS Bruns                     Festschrift für Hans-Jürgen Bruns zum 70. Geburtstag (1978)
- FS Burgstaller              Festschrift für Manfred Burgstaller zum 65. Geburtstag (2004)
- FS Carstens                 Einigkeit und Recht und Freiheit, Festschrift für Karl Carstens zum 70. Geburtstag (1984)
- FS Dahs                     Festschrift für Hans Dahs zum 70. Geburtstag (2005)
- FS Damaska                 Festschrift for Mirjan Damaska (2008)
- FS Delbrück                 Liber Amicorum Jost Delbrück (2005)
- FS Dencker                 Festschrift für Friedrich Dencker zum 70. Geburtstag (2012)
- FS Doehring                Staat und Völkerrechtsordnung – Festschrift für Karl Doehring; Beiträge zum ausländischen Recht und Völkerrecht Bd. 98 (1989)
- FS Dreher                   Festschrift für Eduard Dreher zum 70. Geburtstag (1977)
- FS Dünnebieber             Festschrift für Hanns Dünnebieber zum 75. Geburtstag (1982)
- FS Eide                      Human rights and criminal justice for the downtrodden; Essays in honour of Asbjørn Eide (2003)
- FS Eisenberg              Festschrift für Ulrich Eisenberg zum 70. Geburtstag (2009)
- FS Eisenberg II           Für die Sache – Kriminalwissenschaften aus unabhängiger Perspektive – Festschrift für Ulrich Eisenberg zum 80. Geburtstag (2019)
- FS Engisch                 Festschrift für Karl Engisch zum 70. Geburtstag (1969)
- FS Ermacora                Fortschritt im Bewußtsein der Grund- und Menschenrechte, Festschrift für Felix Ermacora zum 65. Geburtstag (1988)
- FS Eser                     Menschengerechtes Strafrecht, Festschrift für Albin Eser zum 70. Geburtstag (2005)
- FS Eser II                  Scripta amicitiae – Freundschaftsgabe für Albin Eser zum 80. Geburtstag (2015)
- FS Europa-Institut         Europäische Integration und Globalisierung, Festschrift zum 60-jährigen Bestehen des Europa-Instituts (2011)
- FS Everling                 Festschrift für Ulrich Everling (1993)
- FS Faller                   Festschrift für Hans Joachim Faller (1984)
- FS Fezer                    Festschrift für Gerhard Fezer zum 70. Geburtstag (2008)
- FS Fiedler                 Verfassung – Völkerrecht – Kulturgüterschutz, Festschrift für Wilfried Fiedler zum 70. Geburtstag (2011)
- FS Fischer                 Festschrift für Thomas Fischer (2018)
- FS Flume                    Festgabe für Werner Flume zum 90. Geburtstag (1998)
- FS Friauf                    Festschrift für Karl Heinrich Friauf (1996)
- FS Friebertshäuser        Festgabe für den Strafverteidiger Dr. Heino Friebertshäuser (1997)
- FS Frisch                  Grundlagen und Dogmatik des gesamten Strafrechtssystems – Festschrift für Wolfgang Frisch zum 70. Geburtstag (2013)
- FS Fuchs                    Festschrift für Helmut Fuchs zum 65. Geburtstag (2014)
- FS Gallas                  Festschrift für Wilhelm Gallas zum 70. Geburtstag (1973)
- FS Geerds                  Kriminalistik und Strafrecht, Festschrift für Friedrich Geerds zum 70. Geburtstag (1995)
- FS Geiger                  Verantwortlichkeit und Freiheit. Die Verfassung als wertbestimmende Ordnung; Festschrift für Willi Geiger zum 80. Geburtstag (1989)
- FS Geiß                    Festschrift für Karlmann Geiß zum 65. Geburtstag (2000)
- FS Geppert                 Festschrift für Klaus Geppert zum 70. Geburtstag (2011)
- FS Gollwitzer              Verfassungsrecht – Menschenrechte – Strafrecht, Kolloquium für Dr. Walter Gollwitzer zum 80. Geburtstag (2004)

## Literaturverzeichnis

- FS Gössel Festschrift für Karl Heinz Gössel zum 70. Geburtstag (2002)
- FS Graf-Schlicker Festschrift zu Ehren von Marie Luise Graf-Schlicker (2018)
- FS Graßhoff Der verfasste Rechtsstaat, Festgabe für Karin Graßhoff (1998)
- FS Grünwald Festschrift für Gerald Grünwald zum 70. Geburtstag (1999)
- FS Grützner Aktuelle Probleme des Internationalen Strafrechts, Festschrift für Heinrich Grützner zum 65. Geburtstag (1970)
- FS Hacker Wandel durch Beständigkeit, Festschrift für Jens Hacker (1998)
- FS Haffke Das Dilemma des rechtsstaatlichen Strafrechts: Symposium für Bernhard Haffke zum 65. Geburtstag (2009)
- FS Hamm Festschrift für Rainer Hamm zum 65. Geburtstag (2008)
- FS Hanack Festschrift für Ernst-Walter Hanack zum 70. Geburtstag (1999)
- FS Hassemer Festschrift für Winfried Hassemer zum 70. Geburtstag (2010)
- FS Heinitz Festschrift für Ernst Heinitz zum 70. Geburtstag (1972)
- FS Heintschel-Heinegg Festschrift für Bernd von Heintschel-Heinegg zum 70. Geburtstag (2015)
- FS Heinz Festschrift für Wolfgang Heinz zum 70. Geburtstag (2012)
- FS Heldrich Festschrift für Andreas Heldrich zum 70. Geburtstag (2005)
- FS Helmrich Für Staat und Recht, Festschrift für Herbert Helmrich zum 60. Geburtstag (1994)
- FS Henkel Grundfragen der gesamten Strafrechtswissenschaft, Festschrift für Heinrich Henkel zum 70. Geburtstag (1974)
- FS Herzberg Strafrecht zwischen System und Telos, Festschrift für Rolf Dietrich Herzberg zum 70. Geburtstag (2008)
- FS Heusinger Ehrengabe für Bruno Heusinger (1968)
- FS Hilger Datenübermittlungen und Vorermittlungen, Festgabe für Hans Hilger (2003)
- FS Hirsch Berliner Festschrift für Ernst E. Hirsch (1968)
- FS B. Hirsch Mit Recht für Menschenwürde und Verfassungsstaat, Festgabe für Burkhard Hirsch (2007)
- FS H. J. Hirsch Festschrift Hans Joachim Hirsch zum 70. Geburtstag (1999)
- FS Höpfel Vielfalt des Strafrechts im internationalen Kontext – Festschrift für Frank Höpfel zum 65. Geburtstag (2018)
- FS HU Berlin Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin (2010)
- FS Hubmann Beiträge zum Schutz der Persönlichkeit und ihrer schöpferischen Leistung, Festschrift für Heinrich Hubmann zum 70. Geburtstag (1985)
- FS Huber Recht als Prozess und Gefüge, Festschrift für Hans Huber zum 80. Geburtstag (1981)
- FS Imme Roxin Festschrift für Imme Roxin zum 75. Geburtstag (2012)
- FS Ismayr Analyse demokratischer Regierungssysteme, Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag (2010)
- FS Jahrreiß Festschrift für Hermann Jahrreiß zum 70. Geburtstag (1964)
- FS II Jahrreiß Festschrift für Hermann Jahrreiß zum 80. Geburtstag (1974)
- FS Jakobs Festschrift für Günther Jakobs zum 70. Geburtstag (2007)
- FS Jescheck Festschrift für Hans-Heinrich Jescheck zum 70. Geburtstag (1985)
- FS Jung Festschrift für Heike Jung zum 65. Geburtstag (2007)
- FS JurGes. Berlin Festschrift zum 125jährigen Bestehen der Juristischen Gesellschaft zu Berlin (1984)
- FS Kaiser Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht, Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag (1998)
- FS Kargl Festschrift für Walter Kargl zum 70. Geburtstag (2015)
- FS Katoh Blick über den Tellerrand, Festschrift für Hisao Katoh (2008)
- FS Arthur Kaufmann Strafgerechtigkeit, Festschrift für Arthur Kaufmann zum 70. Geburtstag (1993)
- FS Kern Tübinger Festschrift für Eduard Kern (1968)

- FS Kerner Kriminologie – Kriminalpolitik – Strafrecht, Festschrift für Hans-Jürgen Kerner zum 70. Geburtstag (2013)
- FS Kielwein Dogmatik und Praxis des Strafverfahrens, Beiträge anlässlich des Colloquiums zum 65. Geburtstag von Gerhard Kielwein (1989)
- FS Kirchberg Festschrift für Christian Kirchberg zum 70. Geburtstag (2017)
- FS Klecatsky Auf dem Weg zur Menschenwürde und Gerechtigkeit, Festschrift für Hans Klecatsky zum 60. Geburtstag (1980)
- FS Klein Festschrift für Franz Klein zum 60. Geburtstag (1914)
- FS Kleinknecht Strafverfahren im Rechtsstaat, Festschrift für Theodor Kleinknecht zum 75. Geburtstag (1985)
- FS Klug Festschrift für Ulrich Klug zum 70. Geburtstag (1983)
- FS Koch Strafverteidigung und Strafprozeß, Festgabe für Ludwig Koch (1989)
- FS Kohlmann Festschrift für Günter Kohlmann zum 70. Geburtstag (2003)
- FS Kralik Festschrift für Winfried Kralik zum 65. Geburtstag (1986)
- FS Krause Festschrift für Friedrich-Wilhelm Krause zum 70. Geburtstag (1990)
- FS Krauss Prozessuales Denken als Innovationsanreiz für das materielle Strafrecht, Kolloquium zum 70. Geburtstag von Detlef Krauss (2006)
- FS Kreuzer Mittler zwischen Recht und Wirklichkeit – Festschrift für Arthur Kreuzer zum 80. Geburtstag (2018)
- FS Krey Festschrift für Volker Krey zum 70. Geburtstag (2010)
- FS Kriele Staatsphilosophie und Rechtspolitik, Festschrift für Martin Kriele zum 65. Geburtstag (1997)
- FS Kunert Freiheit, Gesetz und Toleranz, Symposium zum 75. Geburtstag von Karl Heinz Kunert (2006)
- FS Kühl Festschrift für Kristian Kühl zum 70. Geburtstag (2014)
- FS Kühne Festschrift für Hans-Heiner Kühne zum 70. Geburtstag (2013)
- FS Küper Festschrift für Wilfried Küper zum 70. Geburtstag (2007)
- FS Lackner Festschrift für Karl Lackner zum 70. Geburtstag (1987)
- FS Lampe Jus humanum: Grundlagen des Rechts und Strafrechts, Festschrift für Ernst-Joachim Lampe zum 70. Geburtstag (2003)
- FS Landau Grundgesetz und Europa – Liber Amicorum für Herbert Landau zum Ausscheiden aus dem Bundesverfassungsgericht (2016)
- FS Lange Festschrift für Richard Lange zum 70. Geburtstag (1976)
- FS Leferenz Kriminologie – Psychiatrie – Strafrecht, Festschrift für Heinz Leferenz zum 70. Geburtstag (1983)
- FS Lenckner Festschrift für Theodor Lenckner zum 70. Geburtstag (1998)
- FS Lerche Wege und Verfahren des Verfassungslebens, Festschrift für Peter Lerche zum 65. Geburtstag (1993)
- FS Loebenstein Der Rechtsstaat in der Krise – Festschrift für Edwin Loebenstein zum 80. Geburtstag (1991)
- FS Loewenstein Festschrift für Karl Loewenstein zum 80. Geburtstag (1971)
- FS von Lübtow De iustitia et iure – Festschrift für Ulrich von Lübtow zum 80. Geburtstag (1980)
- FS Lüderssen Festschrift für Klaus Lüderssen zum 70. Geburtstag (2002)
- FS Machacek und Matscher Rechtsschutz gestern – heute – morgen, Festgabe zum 80. Geburtstag für Rudolf Machacek und Franz Matscher (2008)
- FS Maelicke Wertschöpfung durch Wertschätzung, Festschrift für Bernd Maelicke zum 70. Geburtstag (2011)
- FS Maihofer Festschrift für Werner Maihofer zum 70. Geburtstag (1988)
- FS Maiwald Fragmentarisches Strafrecht, Für Manfred Maiwald aus Anlass seiner Emeritierung (2003)
- FS Maiwald II Gerechte Strafe und legitimes Strafen, Festschrift für Manfred Maiwald zum 75. Geburtstag (2010)
- FS Mangakis Festschrift für Georgios Mangakis (1999)
- FS Manoledakis Festschrift für Ioannis Manoledakis (2005)

- FS Maurach Festschrift für Reinhard Maurach zum 70. Geburtstag (1972)
- FS Mayer Beiträge zur gesamten Strafrechtswissenschaft, Festschrift für Hellmuth Mayer zum 70. Geburtstag (1966)
- FS Mehle Festschrift für Volkmar Mehle zum 65. Geburtstag (2009)
- FS Meyer-Goßner Festschrift für Lutz Meyer-Goßner zum 65. Geburtstag (2001)
- FS Mezger Festschrift für Edmund Mezger zum 70. Geburtstag (1954)
- FS Middendorf Festschrift für Wolf Middendorf zum 70. Geburtstag (1986)
- FS Miebach NSTZ-Sonderheft – Zum Eintritt in den Ruhestand für Klaus Miebach (2009)
- FS Miklau Strafprozessrecht im Wandel, Festschrift für Roland Miklau zum 65. Geburtstag (2006)
- FS Miyazawa Festschrift für Koichi Miyazawa (1995)
- FS Möhring Festschrift für Philipp Möhring zum 65. Geburtstag (1965)
- FS Mosler Völkerrecht als Rechtsordnung, Internationale Gerichtsbarkeit, Menschenrechte; Festschrift für Hermann Mosler zum 70. Geburtstag (1983)
- FS E. Müller Opuscula Honoraria, Egon Müller zum 65. Geburtstag (2003)
- FS E. Müller II Festschrift für Egon Müller zum 70. Geburtstag (2008)
- FS Müller-Dietz Grundlagen staatlichen Strafens, Festschrift für Heinz Müller-Dietz zum 70. Geburtstag (2001)
- FS Nehm Strafrecht und Justizgewährung, Festschrift für Kay Nehm zum 65. Geburtstag (2006)
- FS Neumann Rechtsstaatliches Strafrecht, Festschrift für Ulfrid Neumann zum 70. Geburtstag (2017)
- FS Nishihara Festschrift für Harua Nishihara zum 70. Geburtstag (1998)
- FS Odersky Festschrift für Walter Odersky zum 65. Geburtstag (1996)
- FS Oehler Festschrift für Dietrich Oehler zum 70. Geburtstag (1985)
- FS Ostendorf Strafrecht – Jugendstrafrecht – Kriminalprävention in Wissenschaft und Praxis – Festschrift für Heribert Ostendorf zum 70. Geburtstag (2015)
- FS Otto Festschrift für Harro Otto zum 70. Geburtstag (2007)
- FS Paarhammer In mandatis meditari, Festschrift für Hans Paarhammer zum 65. Geburtstag (2012)
- FS Paeffgen Strafe und Prozess im freiheitlichen Rechtsstaat – Festschrift für Hans-Ullrich Paeffgen zum 70. Geburtstag (2015)
- FS Partsch Des Menschen Recht zwischen Freiheit und Verantwortung, Festschrift für Karl Josef Partsch zum 75. Geburtstag (1989)
- FS Paulus Festgabe des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg für Rainer Paulus zum 70. Geburtstag (2009)
- FS Pavisic Kazneno Pravo, Kazneno Postupovno I Kriminalistika, Festschrift für Berislav Pavisic zum 70. Geburtstag (2014)
- FS Peters Einheit und Vielfalt des Strafrechts, Festschrift für Karl Peters zum 70. Geburtstag (1974)
- FS Peters II Wahrheit und Gerechtigkeit im Strafverfahren, Festgabe für Karl Peters zum 80. Geburtstag (1984)
- FS Chr. Pfeiffer Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft, Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag (2014)
- FS Pfeiffer Strafrecht, Unternehmensrecht, Anwaltsrecht, Festschrift für Gerd Pfeiffer zum Abschied aus dem Amt als Präsident des Bundesgerichtshofes (1988)
- FS Pfenniger Strafprozeß und Rechtsstaat, Festschrift zum 70. Geburtstag von H. F. Pfenniger (1976)
- FS Platzgummer Festschrift für Winfried Platzgummer zum 65. Geburtstag (1995)
- FS Pöttering Processus Criminalis Europeus, Festschrift für Hans-Gert Pöttering (2008)
- FS Puppe Strafrechtswissenschaft als Analyse und Konstruktion, Festschrift für Ingeborg Puppe zum 70. Geburtstag (2011)
- FS Rebmann Festschrift für Kurt Rebmann zum 65. Geburtstag (1989)

- FS Reichsgericht Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben, Festgabe der juristischen Fakultäten zum 50jährigen Bestehen des Reichsgerichts, Bd. 5, Strafrecht und Strafprozeß (1929)
- FS Reichsjustizamt Vom Reichsjustizamt zum Bundesministerium der Justiz, Festschrift zum 100jährigen Gründungstag des Reichsjustizamtes am 1.1.1877 (1977)
- FS Remmers Vertrauen in den Rechtsstaat, Beiträge zur deutschen Einheit im Recht, Festschrift für Walter Remmers (1995)
- FS Rengier Festschrift für Rudolf Rengier zum 70. Geburtstag (2018)
- FS Ress Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte, Festschrift für Georg Ress zum 70. Geburtstag (2005)
- FS Richter Verstehen und Widerstehen, Festschrift für Christian Richter II zum 65. Geburtstag (2006)
- FS Rieß Festschrift für Peter Rieß zum 70. Geburtstag (2002)
- FS Rill Grundfragen und aktuelle Probleme des öffentlichen Rechts – Festschrift für Heinz Peter Rill zum 60. Geburtstag (1995)
- FS Rissing-van Saan Festschrift für Ruth Rissing-van Saan zum 65. Geburtstag (2011)
- FS Rittler Festschrift für Theodor Rittler zu seinem achtzigsten Geburtstag (1957)
- FS Rogall Systematik in Strafrechtswissenschaft und Gesetzgebung – Festschrift für Klaus Rogall zum 70. Geburtstag (2018)
- FS Rolinski Festschrift für Klaus Rolinski zum 70. Geburtstag (2002)
- FS Rosenfeld Festschrift für Ernst Heinrich Rosenfeld zu seinem 80. Geburtstag (1949)
- FS Rowedder Festschrift für Heinz Rowedder zum 75. Geburtstag (1994)
- FS Roxin Festschrift für Claus Roxin zum 70. Geburtstag (2001)
- FS Roxin II Festschrift für Claus Roxin zum 80. Geburtstag (2011)
- FS Rössner Über allem: Menschlichkeit – Festschrift für Dieter Rössner zum 70. Geburtstag (2015)
- Rudolphi-Symp. Zur Theorie und Systematik des Strafprozeßrechts, Symposium zu Ehren von Hans-Joachim Rudolphi zum 60. Geburtstag (1995)
- FS Rudolphi Festschrift für Hans-Joachim Rudolphi zum 70. Geburtstag (2004)
- FS Rüping Recht und Macht: zur Theorie und Praxis von Strafe, Festschrift für Hinrich Rüping zum 65. Geburtstag (2008)
- FS Rüter Festschrift für C. F. Rüter zum 65. Geburtstag (2003)
- FS Salger Straf- und Strafverfahrensrecht, Recht und Verkehr, Recht und Medizin, Festschrift für Hannskar Salger zum Abschied aus dem Amt als Vizepräsident des Bundesgerichtshofes (1995)
- FS Samson Festschrift für Erich Samson zum 70. Geburtstag (2010)
- FS Sarstedt Festschrift für Werner Sarstedt zum 70. Geburtstag (1981)
- FS Sauer Festschrift für Wilhelm Sauer zu seinem 70. Geburtstag (1949)
- FS G. Schäfer NJW-Sonderheft für Gerhard Schäfer zum 65. Geburtstag (2002)
- FS Schäfer Festschrift für Karl Schäfer zum 80. Geburtstag (1980)
- FS W. Schiller Festschrift für Wolf Schiller zum 65. Geburtstag (2014)
- FS Schindler Im Dienst an der Gemeinschaft, Festschrift für Dietrich Schindler zum 65. Geburtstag (1989)
- FS Schmidt Festschrift für Eberhard Schmidt zum 70. Geburtstag (1961)
- FS Schlochauer Staatsrecht – Völkerrecht – Europarecht, Festschrift für Hans Jürgen Schlochauer (1981)
- FS Schlothauer Festschrift für Reinhold Schlothauer zum 70. Geburtstag (2018)
- FS Schlüchter Freiheit und Verantwortung in schwieriger Zeit, Kritische Studien aus vorwiegend straf(prozess-)rechtlicher Sicht zum 60. Geburtstag von Ellen Schlüchter (1998)
- FS H. Schmidt Kostenerstattung und Streitwert, Festschrift für Herbert Schmidt (1981)
- FS Schmidt-Leichner Festschrift für Erich Schmidt-Leichner zum 65. Geburtstag (1975)
- FS Schmitt-Glaeser Recht im Pluralismus, Festschrift für Walter Schmitt-Glaeser zum 70. Geburtstag (2003)

## Literaturverzeichnis

- FS Schneider Kriminologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Festschrift für Hans Joachim Schneider zum 70. Geburtstag (1998)
- FS Schomburg Justice Without Borders – Essays in Honour of Wolfgang Schomburg (2018)
- FS Schöch Festschrift für Heinz Schöch zum 70. Geburtstag (2010)
- FS Schreiber Strafrecht, Biorecht, Rechtsphilosophie, Festschrift für Hans-Ludwig Schreiber zum 70. Geburtstag (2003)
- FS Schroeder Festschrift für Friedrich-Christian Schroeder zum 70. Geburtstag (2006)
- FS Schüler-Springorum Festschrift für Horst Schüler-Springorum zum 65. Geburtstag (1993)
- FS Schünemann Festschrift für Bernd Schünemann zum 70. Geburtstag (2014)
- FS Schultz Lebendiges Strafrecht. Festgabe zum 65. Geburtstag von Hans Schultz (1977)
- FS Schwind Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, Festschrift für Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag (2006)
- FS Seebode Festschrift für Manfred Seebode zum 70. Geburtstag (2008)
- FS Seidl-Hohenveldern Völkerrecht, Recht der Internationalen Organisationen, Weltwirtschaftsrecht; Festschrift für Ignaz Seidl-Hohenveldern zum 70. Geburtstag (1988)
- FS Sandler Bürger-Richter-Staat, Festschrift für Horst Sandler zum Abschied aus seinem Amt (1991)
- FS Spendel Festschrift für Günter Spendel zum 70. Geburtstag (1992)
- FS Spinellis Festschrift für Dionysios Spinellis zum 70. Geburtstag (1999–2003)
- FS StA Schleswig-Holstein Strafverfolgung und Strafverzicht, Festschrift zum 125jährigen Bestehen der Staatsanwaltschaft Schleswig-Holstein (1992)
- FS Steinberger Tradition und Weltoffenheit des Rechts, Festschrift für Helmut Steinberger (2002)
- FS Steinhilper Kriminologie und Medizinrecht, Festschrift für Gernot Steinhilper zum 70. Geburtstag (2013)
- FS Stober Festschrift für Rolf Stober, Wirtschaft – Verwaltung – Recht (2008)
- FS Stock Studien zur Strafrechtswissenschaft, Festgabe für Ulrich Stock zum 70. Geburtstag (1966)
- FS Stöckel Strafrechtspraxis und Reform, Festschrift für Heinz Stöckel zum 70. Geburtstag (2010)
- FS Strauda Festschrift zu Ehren des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer anlässlich seiner 196. Tagung vom 13.–15.10.2006 in Münster (2006)
- FS Stree/Wessels Beiträge zur Rechtswissenschaft, Festschrift für Walter Stree und Johannes Wessels zum 70. Geburtstag (1993)
- FS Streng Festschrift für Franz Streng zum 70. Geburtstag (2017)
- FS Szwarc Vergleichende Strafrechtswissenschaft, Frankfurter Festschrift für Andrzej J. Szwarc zum 70. Geburtstag (2009)
- FS Tepperwien NJW-Festheft zum 65. Geburtstag von Ingeborg Tepperwien (2010)
- FS Tiedemann Strafrecht und Wirtschaftsstrafrecht, Festschrift für Klaus Tiedemann zum 70. Geburtstag (2008)
- FS Tondorf Festschrift für Günter Tondorf zum 70. Geburtstag (2004)
- FS Trechsel Strafrecht, Strafprozessrecht und Menschenrechte, Festschrift für Stefan Trechsel zum 65. Geburtstag (2002)
- FS Triffterer Festschrift für Otto Triffterer zum 65. Geburtstag (1996)
- FS Tröndle Festschrift für Herbert Tröndle zum 70. Geburtstag (1989)
- FS Trusen Festschrift für Winfried Trusen zum 70. Geburtstag (1994)
- FS Verdross Völkerrecht und zeitliches Weltbild, Festschrift für Alfred Verdross zum 70. Geburtstag (1960)
- FS Verdross II Ius humanitas, Festschrift für Alfred Verdross zum 90. Geburtstag (1980)
- FS Verosta Völkerrecht und Rechtsphilosophie, Internationale Festschrift für Stephan Verosta zum 70. Geburtstag (1980)
- FS Volk In dubio pro libertate, Festschrift für Klaus Volk zum 65. Geburtstag (2009)
- FS von Simson Grundrechtsschutz im nationalen und internationalen Recht – Festschrift für Werner von Simson zum 75. Geburtstag (1983)

- FS Vormbaum Strafrecht und Juristische Zeitgeschichte – Symposium anlässlich des 70. Geburtstages von Thomas Vormbaum
- FS Wassermann Festschrift für Rudolf Wassermann zum 60. Geburtstag (1985)
- FS v. Weber Festschrift für Hellmuth von Weber zum 70. Geburtstag (1963)
- FS Weber Festschrift für Ulrich Weber zum 70. Geburtstag (2004)
- FS Weißbauer Ärztliches Handeln – Verrechtlichung eines Berufsstandes; Festschrift für Walther Weißbauer zum 65. Geburtstag (1986)
- FS Welp Strafverteidigung in Forschung und Praxis, Kriminalwissenschaftliches Kolloquium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Jürgen Welp (2006)
- FS Welzel Festschrift für Hans Welzel zum 70. Geburtstag (1974)
- FS Wessing Unternehmensstrafrecht – Festschrift für Jürgen Wessing zum 65. Geburtstag (2015)
- FS Widmaier Strafverteidigung, Revision und die gesamten Strafrechtswissenschaften – Festschrift für Gunter Widmaier zum 70. Geburtstag (2008)
- FS Winkler Beiträge zum Verfassungs- und Wirtschaftsrecht, Festschrift für Günther Winkler (1989)
- FS Wolff Festschrift für Ernst Amadeus Wolff zum 70. Geburtstag (1998)
- FS Wolter Festschrift für Jürgen Wolter zum 70. Geburtstag (2013)
- FS Würtenberger Kultur, Kriminalität, Strafrecht, Festschrift für Thomas Würtenberger zum 70. Geburtstag (1977)
- FS Würtenberger II Verfassungsstaatlichkeit im Wandel, Festschrift für Thomas Würtenberger zum 70. Geburtstag (2013)
- FS Würzburger Raum und Recht, Festschrift 600 Jahre Würzburger Juristenfakultät (2002)
- Juristenfakultät
- FS Yamanaka Rechtsstaatliches Strafen, Festschrift für Keiichi Yamanaka zum 70. Geburtstag (2017)
- FS Zeidler Festschrift für Wolfgang Zeidler (1987)
- FS Zoll Rechtsstaat und Strafrecht, Festschrift für Andrzej Zoll zum 70. Geburtstag (2012)
- Full/Möhl/Rüth s. Rüth/Berr/Berz
- Gaede Gaede, Fairness als Teilhabe – das Recht auf konkrete und wirksame Teilhabe durch Verteidigung gemäß Art. 6 EMRK (2007)
- Gaier/Wolf/Göcken Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Aufl. (2014)
- GedS Bleckmann Rechtsstaatliche Ordnung Europas – Gedächtnisschrift für Albert Bleckmann (2007)
- GedS Blomeyer Recht der Wirtschaft und Arbeit in Europa. Gedächtnisschrift für Wolfgang Blomeyer (2004)
- GedS Blumenwitz Iustitia et Pax, Gedächtnisschrift für Dieter Blumenwitz (2008)
- GedS Bruns Gedächtnisschrift für Rudolf Bruns (1980)
- GedS Eckert Gedächtnisschrift für Jörn Eckert (2008)
- GedS Geck Verfassungsrecht und Völkerrecht, Gedächtnisschrift für Wilhelm Karl Geck (1989)
- GedS Heine Strafrecht als ultima ratio – Gießener Gedächtnisschrift für Günter Heine (2015)
- GedS Joecks Strafrecht – Wirtschaftsstrafrecht – Steuerrecht – Gedächtnisschrift für Wolfgang Joecks (2018)
- GedS A. Kaufmann Gedächtnisschrift für Armin Kaufmann (1986)
- GedS H. Kaufmann Gedächtnisschrift für Hilde Kaufmann (1986)
- GedS Keller Gedächtnisschrift für Rolf Keller (2003)
- GedS Küchenhoff Recht und Rechtsbesinnung, Gedächtnisschrift für Günter Küchenhoff (1987)
- GedS Lisken Lauschen im Rechtsstaat – Zu den Konsequenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum großen Lauschangriff, Gedächtnisschrift für Hans Lisken (2004)
- GedS Meurer Gedächtnisschrift für Dieter Meurer (2002)

## Literaturverzeichnis

- GedS Meyer Gedächtnisschrift für Karlheinz Meyer (1990)  
 GedS Noll Gedächtnisschrift für Peter Noll (1984)  
 GedS H. Peters Gedächtnisschrift für Hans Peters (1967)  
 GedS Ryssdal Protection des droits de l'homme: la perspective européenne/Protecting Human Rights: The European Perspective, Gedächtnisschrift für Rolv Ryssdal (2000)
- GedS Schlüchter Gedächtnisschrift für Ellen Schlüchter (2002)  
 GedS Schröder Gedächtnisschrift für Horst Schröder (1978)  
 GedS Seebode Im Zweifel für die Freiheit – Gedächtnisschrift für Manfred Seebode (2015)  
 GedS Trzaskalik Gedächtnisschrift für Christoph Trzaskalik (2005)  
 GedS Walter Kriminologie – Jugendkriminalrecht – Strafvollzug, Gedächtnisschrift für Michael Walter (2014)
- GedS Weßlau Rechtsstaatlicher Strafprozess und Bürgerrechte – Gedächtnisschrift für Edda Weßlau (2016)
- GedS Vogler Gedächtnisschrift für Theo Vogler (2004)  
 GedS Zipf Gedächtnisschrift für Heinz Zipf (1999)  
 Geerds Handbuch der Kriminalistik, begr. von H. Groß, neubearbeitet von Geerds, 10. Aufl. (Bd. I 1977, Bd. II 1978)
- Geiger/Khan/Kotzur Geiger/Khan/Kotzur, EUV/AEUV, Kommentar, 6. Aufl. (2017)  
 Gerland Gerland, Der Deutsche Strafprozeß (1927)  
 Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert/Müller-Rabe Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert/Müller-Rabe, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, Kommentar, 23. Aufl. (2017)  
 Glaser Glaser, Handbuch des Strafprozesses, in Binding, Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtswissenschaft (Bd. I 1883, Bd. II 1885)
- Göbel Göbel, Strafprozess, 8. Aufl. (2013)  
 Göhler Ordnungswidrigkeitengesetz, Kurzkommentar erläutert von Erich Göhler, fortgef. von Peter König und Helmut Seitz, 17. Aufl. (2017)
- Götz/Tolzmann Götz/Tolzmann, Bundeszentralregistergesetz, Kommentar, 4. Aufl. (2000); Nachtrag zur 4. Auflage (2003)
- Gössel Gössel, Strafverfahrensrecht, Studienbuch (1977)  
 Gössel/Dölling Gössel/Dölling, Strafrecht, Besonderer Teil 1, 2. Aufl. (2004)  
 Goldschmidt Goldschmidt, Der Prozeß als Rechtslage (1925)  
 Grabenwarter/Pabel Grabenwarter/Pabel, Europäische Menschenrechtskonvention, 6. Aufl. (2016)
- Grabitz/Hilf/Nettesheim Grabitz/Hilf/Nettesheim, Das Recht der Europäischen Union, begr. von Grabitz, Loseblattausgabe, 65. Aufl. (2018)
- Graf Graf, Strafprozessordnung, 3. Aufl. (2018)  
 Graf/Goers (BGH Jahr) Graf, BGH-Rechtsprechung Strafrecht 2010 (2011); 2011 (2012); 2012/2013 (2013); 2014 (2014); 2015 (2015); 2016 (2016); 2017 (2017)
- Graf/Jäger/Wittig Graf/Jäger/Wittig, Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, 2. Aufl. (2017)  
 Graf zu Dohna Graf zu Dohna, Das Strafprozeßrecht, 3. Aufl. (1929)  
 Greeve/Leipold Greeve/Leipold, Handbuch des Baustrafrechts (2004)  
 Grote/Marauhn/Dörr Grote/Marauhn/Dörr, EMRK/GG, Konkordanzkommentar zum europäischen und deutschen Grundrechtsschutz, 2. Aufl. (2013)
- Grunau/Tiesler Grunau/Tiesler, Strafvollzugsgesetz, Kommentar, 2. Aufl. (1982)  
 Grützner/Pötz/Kreß/Gazeas Grützner/Pötz/Kreß/Gazeas, Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen, Loseblattausgabe, 3. Aufl. (ab 2008)
- Guradze Guradze, Die Europäische Menschenrechtskonvention, 1968  
 Gürtner Das kommende deutsche Strafverfahren, Bericht der amtlichen Strafprozeßkommission, hrsg. von Gürtner (1938)
- Habschick Habschick, Erfolgreich Vernehmen, 4. Aufl. (2016)  
 Hackner/Schierholt Hackner/Schierholt, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, 3. Aufl. (2017)
- Hahn Hahn, Die gesamten Materialien zur Strafprozeßordnung und dem Einführungsgesetz, Bd. I (1880), Bd. II (1881)

- Haller/Conzen  
Hamm/Hassemer/Pauly  
Hamm  
Hanack-Symp.  
  
Hansens  
Hartmann  
Hartung/Schons/Enders  
  
Haupt/Weber/Bürner/  
Frankfurth/Luxemburger/  
Marth  
HdbStR  
HdbVerfR  
  
Hecker  
Heghmanns/Herrmann  
  
Heghmanns, Verteidigung  
  
Heghmanns/Scheffler  
  
Hellebrand  
Hellmann  
Henkel  
Henssler/Prütting  
  
Hentschel  
  
Hentschel/König/Dauer  
Herrmann  
Heselhaus/Nowak  
Herzog/Mülhausen  
  
von Hippel  
HK  
HK-GS  
Höflich/Schriever/Bartmeier  
Hömig/Wolff  
  
Hofmann  
  
von Holtzendorff  
HRRS-FG Fezer  
Ignor/Mosbacher  
IK-EMRK  
  
Ipsen  
Isele  
Jacobs/White/Ovey  
Jahn/Krehl/Löffelmann/  
Güntge  
Jahn/Nack (I)
- Haller/Conzen, Das Strafverfahren, 8. Aufl. (2018)  
Hamm/Hassemer/Pauly, Beweisanztragsrecht, 2. Aufl. (2007)  
Hamm, Die Revision in Strafsachen, 7. Aufl. (2010)  
Aktuelle Probleme der Strafrechtspflege, Beiträge eines Symposions anlässlich des 60. Geburtstags von Ernst Walter Hanack (1991)  
Hansens, RVG, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 9. Aufl. (2018)  
Hartmann, Kostengesetze, 48. Aufl. (2018)  
Hartung/Schons/Enders, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), Kommentar, 3. Aufl. (2017)  
Haupt/Weber/Bürner/Frankfurth/Luxemburger/Marth, Handbuch Opfer-schutz und Opferhilfe, 2. Aufl. (2003)  
Handbuch des Strafrechts, hrsg. von Hilgendorf/Kudlich/Valerius, ab 2018  
Handbuch des Verfassungsrechts, hrsg. von Benda/Maihofer/Vogel, 2. Aufl. (1994)  
Hecker, Europäisches Strafrecht, 5. Aufl. (2015)  
Heghmanns/Herrmann, Das Arbeitsgebiet des Staatsanwalts, 5. Aufl. (2017)  
Heghmanns, Verteidigung in Strafvollstreckung und Strafvollzug, 2. Aufl. (2012)  
Heghmanns/Scheffler, Handbuch zum Strafverfahren (2008) (zit.: HbStrVf/Verfasser)  
Hellebrand, Die Staatsanwaltschaft (1999)  
Hellmann, Strafprozessrecht, 2. Aufl. (2005)  
Henkel, Strafverfahrensrecht, Lehrbuch, 2. Aufl. (1968)  
Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, hrsg. von Henssler/Prütting, 4. Aufl. (2014)  
Hentschel, Trunkenheit, Fahrerlaubnisentziehung, Fahrverbot im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, 10. Aufl. (2006)  
Hentschel/König/Dauer, Straßenverkehrsrecht, 45. Aufl. (2019)  
Herrmann, Untersuchungshaft (2007)  
Heselhaus/Nowak, Handbuch der Europäischen Grundrechte (2006)  
Herzog/Mülhausen, Geldwäschebekämpfung und Gewinnabschöpfung (2006)  
von Hippel, Der deutsche Strafprozeß, Lehrbuch (1941)  
Heidelberger Kommentar zur Strafprozessordnung, 6. Aufl. (2019)  
siehe Dölling/Duttge/Rössner  
Höflich/Schriever/Bartmeier, Grundriss Vollzugsrecht, 4. Aufl. (2014)  
Hömig/Wolff, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 12. Aufl. (2018)  
Hofmann, IPBPR Erläuterung, in: Das Deutsche Bundesrecht I A 10c (1986)  
von Holtzendorff, Handbuch des deutschen Strafprozesses (1879)  
HRRS-Festgabe für Gerald Fezer zum 70. Geburtstag (2008)  
Ignor/Mosbacher, Handbuch Arbeitsstrafrecht, 3. Aufl. (2016)  
Pabel/Schmahl (Hrsg.), Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention, Loseblattausgabe, 19. Lfg., Kommentar, 8. Aufl. (2015)  
Ipsen, Völkerrecht, 7. Aufl. 2018  
Isele, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar (1976)  
Jacobs/White/Ovey, The European Convention on Human Rights, 7ed. 2017  
Jahn/Krehl/Löffelmann/Güntge, Die Verfassungsbeschwerde in Strafsachen, 2. Aufl. (2017)  
Jahn/Nack (Hrsg.), Strafprozessrechtspraxis und Rechtswissenschaft, 1. Karlsruher Strafrechtsdialog (2007)

## Literaturverzeichnis

- Jahn/Nack (II) Jahn/Nack (Hrsg.), Rechtsprechung, Gesetzgebung, Lehre: Wer regelt das Strafrecht?, 2. Karlsruher Strafrechtsdialog (2009)
- Jahn/Nack (III) Jahn/Nack (Hrsg.), Gegenwartsfragen des europäischen und deutschen Strafrechts, 3. Karlsruher Strafrechtsdialog (2011)
- Jahn/Nack (IV) Jahn/Nack (Hrsg.), Rechtsprechung in Strafsachen zwischen Theorie und Praxis – zwei Seiten einer Medaille?, 4. Karlsruher Strafrechtsdialog (2013)
- Jahn/Radtke (V) Deutsche Strafprozessreform und Europäische Grundrechte – Herausforderungen auch für die Rechtsprechung des BGH in Strafsachen? – Referate und Diskussionen auf dem 5. Karlsruher Strafrechtsdialog (2015)
- Jahn/Radtke (VI) Der Bundesgerichtshof im Spiegel der Öffentlichkeit – Referate und Diskussionen auf dem 6. Karlsruher Strafrechtsdialog (2017)
- Jakobs Jakobs, Strafrecht Allg. Teil, Lehrbuch, 2. Aufl. (1991)
- Janiszewski Janiszewski, Verkehrsstrafrecht, 5. Aufl. (2004)
- Jansen Jansen, Zeuge und Aussagepsychologie, 2. Aufl. (2012)
- Janssen Janssen, Gewinnabschöpfung im Strafverfahren (2007)
- Jarass Jarass, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 3. Aufl. (2016)
- Jarass/Pieroth Jarass/Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 15. Aufl. (2018)
- Jescheck/Weigend Jescheck/Weigend, Lehrbuch des Strafrechts, Allgemeiner Teil, 5. Aufl. (1996)
- Jessnitzer/Ulrich Jessnitzer/Ulrich, Der gerichtliche Sachverständige, Handbuch für die Praxis, 12. Aufl. (2007)
- Joachimski/Haumer Joachimski/Haumer, Strafverfahrensrecht, 7. Aufl. (2015)
- Joecks Joecks, Studienkommentar StPO, 4. Auflage (2015)
- Joecks/Jäger/Randt Joecks/Jäger/Randt, Steuerstrafrecht mit Zoll- und Verbrauchsteuerstrafrecht, 8. Aufl. (2015)
- Johann Johann, Möglichkeiten und Grenzen des neuen Vermögensabschöpfungsrechts (2019)
- John John, Strafprozeßordnung, Kommentar, Bd. I (1884), Bd. II (1888), Bd. III Lfg. 1 (1889)
- Jung Jung, Praxiswissen Strafverteidigung von Ausländern (2009)
- Junker Junker, Beweisanztragsrecht im Strafprozess, 3. Aufl. (2019)
- Junker/Armatage Junker/Armatage, Praxiswissen Strafverteidigung (2009)
- Kaiser Kaiser, Kriminologie, Lehrbuch, 3. Aufl. (1996)
- Kaiser/Schöch/Kinzig Kaiser/Schöch/Kinzig, Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug, Lehrbuch, 8. Aufl. (2015)
- Kamann Kamann, Handbuch für die Strafvollstreckung und den Strafvollzug, 2. Aufl. (2008)
- Kammeier Kammeier, Kommentar zum Maßregelvollzugsrecht, hrsg. von Kammeier, 3. Aufl. (2010)
- Karpenstein/Mayer Karpenstein/Mayer (Hrsg.) EMRK – Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, 2. Aufl. (2015)
- Katholnigg Katholnigg, Strafgerichtsverfassungsrecht, 3. Aufl. (1999)
- Kämmerer/Eidenmüller Kämmerer/Eidenmüller, Post- und Fernmeldewesen (1971)
- Kindhäuser Kindhäuser, Strafgesetzbuch, Lehr- und Praxiskommentar, 7. Aufl. (2017)
- Kindhäuser/Schumann Kindhäuser/Schumann, Strafprozessrecht, 5. Aufl. (2019)
- Kinzig Kinzig, Die rechtliche Bewältigung von Erscheinungsformen organisierter Kriminalität (2004)
- Kirsch Kirsch (Hrsg.), Internationale Strafgerichtshöfe (2005)
- Kissel/Mayer Kissel/Mayer, Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), 9. Aufl. 2018
- KK Karlsruher Kommentar zur Strafprozeßordnung, hrsg. von Hannich, 7. Aufl. (2013)
- KK-OWiG Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz, hrsg. von Senge, 5. Aufl. (2018)
- Klein/(Orlopp) Klein, Abgabenordnung, Kommentar, 14. Aufl. (2018)

- Klemke/Elbs Klemke/Elbs, Einführung in die Praxis der Strafverteidigung, 3. Aufl. (2013)
- Klesczewski Klesczewski, Strafprozessrecht, 2. Aufl. (2013)
- KMR Kommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, hrsg. von Heintschel-Heinegg/Stöckel, Loseblattausgabe (ab 1998)
- Knierim/Rübenstahl/ Tsambikakis Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis (Hrsg.), Internal Investigations, 2. Aufl. (2016)
- Koch/Scholtz Koch/Scholtz, Abgabenordnung, Kommentar, 5. Aufl. (1996)
- König König, Anwaltkommentar Untersuchungshaft (2011)
- Koeniger Koeniger, Die Hauptverhandlung in Strafsachen (1966)
- Körner/Patzak/Volkmer Körner/Patzak/Volkmer, Betäubungsmittelgesetz, Kommentar, 9. Aufl. (2019)
- Kohlmann Kohlmann, Steuerstrafrecht mit Ordnungswidrigkeitenrecht und Verfahrensrecht, Loseblattausgabe, Stand April 2017
- Kohlrausch Kohlrausch, Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz, Kommentar, 24. Aufl. (1936)
- Krack Krack, Die Rehabilitierung des Beschuldigten im Strafverfahren (2002)
- Kramer Kramer, Grundbegriffe des Strafverfahrensrechts, 8. Aufl. (2014)
- Krause/Nehring Krause/Nehring, Strafverfahrensrecht in der Polizeipraxis (1978)
- Krekeler/Werner Krekeler/Werner, Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen, 2. Aufl. (2013)
- Krenberger/Krumm Krenberger/Krumm, Ordnungswidrigkeitengesetz, 5. Aufl. (2018)
- Krey/Heinrich Krey/Heinrich, Deutsches Strafverfahrensrecht, 2. Aufl. (2018)
- von Kries von Kries, Lehrbuch des Deutschen Strafprozeßrechts (1892)
- Kühne Kühne, Strafprozessrecht, 9. Aufl. (2015)
- Kunz Kunz, StrEG – Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, 4. Aufl. (2010)
- Kunz/Zellner/Gelhausen/ Weiner Kunz/Zellner/Gelhausen/Weiner, Opferentschädigungsgesetz, 6. Aufl. (2015)
- Lackner/Kühl Lackner/Kühl, Strafgesetzbuch, Kommentar, 29. Aufl. (2018)
- Laubenthal Laubenthal, Strafvollzug, 7. Aufl. (2015)
- Laubenthal/Baier/Nestler Laubenthal/Baier/Nestler, Jugendstrafrecht, 3. Aufl. (2015)
- Laubenthal/Nestler Laubenthal/Nestler, Strafvollstreckung, 2. Aufl. (2018)
- Laubenthal/Nestler/ Neubacher/ Verrel Laubenthal/Nestler/Neubacher/Verrel, Strafvollzugsgesetze, Kommentar, 12. Aufl. (2015)
- Leitner/Michalke Leitner/Michalke, Strafprozessuale Zwangsmaßnahmen (2007)
- Lemke/Mosbacher Lemke/Mosbacher, Ordnungswidrigkeitengesetz, 2. Aufl. (2005)
- Lesch Lesch, Strafprozeßrecht, 2. Aufl. (2002)
- von Lilienthal von Lilienthal, Strafprozeßrecht, Lehrbuch (1923)
- Lindemann Lindemann, Voraussetzungen und Grenzen legitimen Wirtschaftsstrafrechts (2012)
- Lingens/Korte Lingens/Korte, Wehrstrafgesetz, 5. Aufl. (2012)
- Lisken/Denninger Handbuch des Polizeirechts, hrsg. von Lisken/Denninger, 6. Aufl. (2018)
- LK Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 12. Aufl., hrsg. von Laufhütte/Rissing-van Saan/Tiedemann (ab 2006)
- Löffler Löffler, Presserecht, 6. Aufl. (2015)
- LR<sup>25</sup> Löwe-Rosenberg, Die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, hrsg. von Rieß, 26. Aufl. (2012)
- LR<sup>26</sup> Löwe-Rosenberg, Die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, hrsg. von Erb, Esser, Franke, Graalman-Scheerer, Hilger, Ignor, 26. Aufl. (2006 bis 2014), 27. Aufl. (ab 2016)
- MAH Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung, hrsg. von Widmaier/Müller/Schlothauer, 2. Aufl. (2014)
- MAH (WSS) Münchener Anwaltshandbuch Verteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen, hrsg. von Volk, 2. Aufl. (2014)
- Malek Malek, Verteidigung in der Hauptverhandlung, 5. Aufl. (2017)

## Literaturverzeichnis

- Malek (BtMG) Malek, Betäubungsmittelstrafrecht, 4. Aufl. (2014)  
Malek/Popp (Internet) Malek/Popp, Strafsachen im Internet, 2. Aufl. (2015)  
von Mangoldt/Klein/Starck von Mangoldt/Klein/Starck, Das Bonner Grundgesetz, 6. Aufl. (2010 ff.), 3. Bd.
- Marberth-Kubicki Marberth-Kubicki, Computer- und Internetstrafrecht, 2. Aufl. (2010)  
Marschner/Volckart/Lesting Marschner/Volckart/Lesting, Freiheitsentziehung und Unterbringung, 5. Aufl. (2010)
- Marx/Roderfeld Marx/Roderfeld, Rechtsschutz bei überlangen Gerichts- und Ermittlungsverfahren (2013)
- Marxen/Tiemann Marxen/Tiemann, Die Wiederaufnahme in Strafsachen, 3. Aufl. (2014)  
Matt/Renzikowski Matt/Renzikowski, StGB, Kommentar (2013)  
Maunz/Dürig Maunz/Dürig, Grundgesetz, Kommentar, Loseblattausgabe, 84. Aufl. (2018)  
Maurach/Zipf Maurach/Zipf, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Teilbd. 1, 8. Aufl. (1992)  
Maurach/Gössel/Zipf Maurach/Gössel/Zipf, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Teilbd. 2, 8. Aufl. (2014)
- Maurach/Schroeder/Maiwald Maurach/Schroeder/Maiwald, Strafrecht, Besonderer Teil, Teilbd. 1, 10. Aufl. (2009), Teilbd. 2, 10. Aufl. (2013)
- Mayer/Kroiß Mayer/Kroiß, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 7. Aufl. (2018)  
Meier (Kriminologie) Meier, Kriminologie, 5. Aufl. (2016)  
Meier (Sanktionen) Meier, Strafrechtliche Sanktionen, 4. Aufl. (2014)  
Meier/Rössner/Trüg/Wulf Meier/Rössner/Trüg/Wulf, Jugendgerichtsgesetz, 2. Aufl. (2014)  
Mellinghoff Mellinghoff, Fragestellung, Abstimmungsverfahren und Abstimmungsgeheimnis im Strafverfahren (1988)
- Mende Mende, Grenzen privater Ermittlungen durch den Verletzten einer Straftat (2001)
- Merten/Papier Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa (ab 2004)
- Mertens/Stuff/Mück Mertens/Stuff/Mück, Verteidigervergütung, 2. Aufl. (2016)  
Meyer D. Meyer D., Strafrechtsentschädigung, 10. Aufl. (2016)  
Meyer D. (GKG) Meyer D., GKG/FamGKG, Kommentar, 16. Aufl. (2017)  
Meyer/Höver/Bach/Oberlack Meyer/Höver/Bach/Oberlack, Die Vergütung und Entschädigung von Sachverständigen, Zeugen, Dritten und von ehrenamtlichen Richtern nach dem JVEG, 27. Aufl. (2017)
- Meyer-Goßner (Prozess) Meyer-Goßner, Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse (2011)  
Meyer-Goßner/Schmitt Meyer-Goßner/Schmitt, Strafprozessordnung mit GVG, Nebengesetzen und ergänzenden Bestimmungen, Kommentar, 62. Aufl. (2019)
- Meyer-Goßner/Appel Meyer-Goßner/Appel, Die Urteile in Strafsachen sowie Beschlüsse und Protokoll der Hauptverhandlung, 29. Aufl. (2014)
- Meyer-Ladewig/Nettesheim/Raumer Meyer-Ladewig/Nettesheim/Raumer, Handkommentar zur EMRK, 4. Aufl. (2017)
- Minoggio Minoggio, Unternehmensverteidigung, 3. Aufl. (2016)  
Mitsch Mitsch, Recht der Ordnungswidrigkeiten, Lehrbuch, 2. Aufl. (2005)  
Momsen/Grützner Momsen/Grützner, Wirtschaftsstrafrecht (2013)
- Möller/Warg Möller/Warg, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 6. Aufl. (2011)  
Möhrath/Rüther/Bahr Möhrath/Rüther/Bahr, Verteidigung ausländischer Beschuldigter (2012)  
Müller Müller, Der Sachverständige im gerichtlichen Verfahren, Handbuch des Sachverständigenbeweises, 3. Aufl. (1988)
- Müller (Beiträge) Müller, Beiträge zum Strafprozessrecht 1969–2001 (2003)  
Müller/Sax s. KMR  
Müller-Gugenberger Müller-Gugenberger, Wirtschaftsstrafrecht, 6. Aufl. (2015)  
von Münch/Kunig von Münch/Kunig, Grundgesetz, Kommentar, 2 Bände, 6. Aufl. (2012)  
Münchhalffen/Gatzweiler Münchhalffen/Gatzweiler, Das Recht der Untersuchungshaft, 3. Aufl. (2009)  
Murmamm Murmann, Prüfungswissen Strafprozessrecht, 3. Aufl. (2015)  
MüKo Münchener Kommentar zur Strafprozessordnung, hrsg. von Knauer/Kudlich/Schneider (ab 2014)

- MüKo-ZPO Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, hrsg. von Krüger/  
Rauscher, Band 1-2, 5. Aufl. (2016); Band 3, 4. Aufl. (2012)
- MüKo-BGB Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, hrsg. von Rixecker/  
Säcker/Limberg/Oetker, 8. Aufl. (2018)
- MüKo-StGB Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, hrsg. von Joecks/Miebach  
(ab 2003), 3. Aufl. (ab 2016)
- Niese Niese, Doppelfunktionelle Prozeßhandlungen (1950)
- Nipperdey/Scheuner Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, 4 Bände (ab 1954)
- NK-StGB Nomos-Kommentar zum Strafgesetzbuch, hrsg. von Kindhäuser/Neumann/  
Paeffgen, 5. Aufl. (2017)
- Nobis Nobis, Strafverteidigung vor dem Amtsgericht (2011)
- Nobis/Schlothauer/Weider Nobis/Schlothauer/Weider, Untersuchungshaft, 5. Aufl. (2016)
- Nowak Nowak, CCPR – Commentary – Commentary on the U.N. Covenant on Civil  
and Political Rights, 2nd Edition (2005)
- Oetjen/Endriß Oetjen/Endriß, Leitfaden Untersuchungshaft (1999)
- OK-GG Beck-Online-Kommentar zum GG
- OK-StGB Beck-Online-Kommentar zum StGB
- OK-StPO Beck-Online-Kommentar zur StPO
- Ostendorf Ostendorf, Strafprozessrecht, 3. Aufl. (2018)
- Ostendorf (U-Haft) Ostendorf, Untersuchungshaft und Abschiebehaft (2012)
- Ostendorf (JStVollzR) Ostendorf (Hrsg.), Jugendstrafvollzugsrecht, 3. Aufl. (2016)
- Ostendorf Ostendorf, Jugendgerichtsgesetz, 10. Aufl. (2016)
- (Jugendgerichtsgesetz)
- Ostendorf/Drenkhahn Ostendorf/Drenkhahn, Jugendstrafrecht, 9. Aufl. (2017)
- Palandt Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, Kurzkommentar, 77. Aufl. (2018)
- Park Park, Handbuch Durchsuchung und Beschlagnahme 4. Aufl. (2018)
- Park (Kapitalmarkt) Park, Kapitalmarktstrafrecht, Handkommentar, 4. Aufl. (2017)
- Partsch Partsch, Die Rechte und Freiheiten der Europäischen Menschenrechts-  
konvention, 1966 (Sonderdruck aus Bettermann/Neumann/Nipperdey  
(Hrsg.), Die Grundrechte der Welt Bd. I 1)
- Peter (Opferanwalt) Peter, Das 1x1 des Opferanwalts, 3. Aufl. (2017)
- Peter Peter, Das 1x1 der Hauptverhandlung, 2. Aufl. (2011)
- Peters/Altwicker (EMRK) Peters/Altwicker, Europäische Menschenrechtskonvention, 2. Aufl. (2012)
- Peters Peters, Strafprozeß, Lehrbuch, 4. Aufl. (1985)
- Peters (Fehlerquellen) Peters, Fehlerquellen im Strafprozeß, Band I (1970), Band II (1972), Band III  
(1974)
- Pfeiffer Pfeiffer, Strafprozessordnung, Kommentar, 5. Aufl. (2005)
- Pfordte/Degenhard Pfordte/Degenhard, Der Anwalt im Strafrecht (2005)
- Piller/Hermann Piller/Hermann, Justizverwaltungsvorschriften, Loseblattsammlung
- Plötz (Fürsorgepflicht) Plötz, Die gerichtliche Fürsorgepflicht im Strafverfahren (1980)
- Pohlmann/Jabel/Wolf Pohlmann/Jabel/Wolf, Strafvollstreckungsordnung, Kommentar, 9. Aufl.  
(2015)
- Poller/Teubel Poller/Teubel, Gesamtes Kostenhilferecht, 3. Aufl. (2018)
- Popp Popp, Grundzüge der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen (2001)
- Potrykus Potrykus, Kommentar zum Jugendgerichtsgesetz, 4. Aufl. (1955)
- Protokolle Protokolle der Kommission für die Reform des Strafprozesses (1905)
- Püschel/Bartmeier/Mertens Püschel/Bartmeier/Mertens, Untersuchungshaft in der anwaltlichen Praxis  
(2011)
- Putzke/Scheinfeld Putzke/Scheinfeld, Strafprozessrecht, 7. Aufl. (2017)
- Quedenfeld/Füllsack Quedenfeld/Füllsack, Verteidigung in Steuerstrafsachen, 5. Aufl. (2016)
- Quellen Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozeßrechts, hrsg. von Schu-  
bert/Regge/Rieß/Schmid, I. Abt. – Weimarer Republik, II. Abt. NS-Zeit –  
Strafgesetzbuch, III. Abt. NS-Zeit – Strafverfahrensrecht (ab 1988)
- Radtke/Hohmann Radtke/Hohmann, Strafprozessordnung, Kommentar (2011)
- Randt Randt, Der Steuerfahndungsfall (2004)

## Literaturverzeichnis

- Ranft Ranft, Strafprozeßrecht, 3. Aufl. (2005)
- Rebmann/Roth/Hermann Rebmann/Roth/Hermann, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, Kommentar, Loseblattausgabe (2016)
- Rebmann/Uhlig/Pieper Rebmann/Uhlig/Pieper, Bundeszentralregistergesetz, Kommentar (1985)
- Reisert Reisert, Anwaltsgebühren im Straf- und Bußgeldrecht, 2. Aufl. (2014)
- Ricker/Weberling Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 6. Aufl. (2012)
- Riedel/Sußbauer Riedel/Sußbauer, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 10. Aufl. (2015)
- Rieß Rieß, Beiträge zur Entwicklung der deutschen Strafprozessordnung (2012)
- Rode/Legnaro Rode/Legnaro, Psychiatrische Sachverständige im Strafverfahren (1994)
- Röttle/Wagner Röttle/Wagner, Strafvollstreckung, 8. Aufl. (2009)
- Rolletschke Rolletschke, Steuerstrafrecht, 4. Aufl. (2012)
- Rolletschke/Kemper Rolletschke/Kemper, Steuerstrafrecht – Kommentar zum Steuerstrafrecht, Loseblattausgabe (2016)
- Rosenberg/Schwab/Gottwald Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht, 18. Aufl. (2018)
- Rosenfeld Rosenfeld, Deutsches Strafprozeßrecht, 2 Bände (1926)
- Rostek Rostek, Verteidigung in Kapitalstrafsachen, 2. Aufl. (2012)
- Rotberg Rotberg, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, Kommentar, 5. Aufl., bearbeitet von Kleinwefers, Boujong und Wilts (1975)
- Rotsch Rotsch (Hrsg.), Criminal Compliance (2015)
- Roxin/Schünemann Roxin/Schünemann, Strafverfahrensrecht, 29. Aufl. (2017)
- Roxin (StrafR) Roxin, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Bd. I, 4. Aufl. (2006), Bd. II (2003)
- Roxin-Symp. Bausteine des Europäischen Strafrechts, Coimbra-Symposium für Claus Roxin, hrsg. von Schünemann/de Figueiredo Dias (1995)
- Roxin (I.) Roxin, I., Die Rechtsfolgen schwerwiegender Rechtsstaatsverstöße in der Strafrechtspflege, 4. Aufl. (2005)
- Rönnau Rönnau, Vermögensabschöpfung in der Praxis, 2. Aufl. (2015)
- Rösch (Jugendrichter) Rösch, Handbuch für den Jugendrichter (2001)
- Rösch Rösch, Das Urteil in Straf- und Bußgeldsachen, 3. Aufl. (2015)
- Rüping Rüping, Das Strafverfahren, 3. Aufl. (1997)
- Rüth/Berr/Berz Rüth/Berr/Berz, Straßenverkehrsrecht, 2. Aufl. (1988)
- Sachs Sachs, Grundgesetz, Kommentar, 8. Aufl. (2018)
- Sack Sack, Umweltschutz-Strafrecht, Erläuterungen der Straf- und Bußgeldvorschriften, Loseblattausgabe (ab 2003)
- Satzger Satzger, Die Europäisierung des Strafrechts (2001)
- Satzger (Intern. Strafrecht) Satzger, Internationales und Europäisches Strafrecht, 8. Aufl. (2018)
- Sauer Sauer, Allgemeine Prozeßrechtslehre (1951)
- Sauer/Münkel (Absprachen) Sauer/Münkel, Absprachen im Strafprozess, 2. Aufl. (2014)
- Schäfer Schäfer, Die Praxis des Strafverfahrens, 7. Aufl. (2018)
- Schäfer/Sander/van Gemmeren Schäfer/Sander/van Gemmeren, Praxis der Strafzumessung, 6. Aufl. (2017)
- Schaffstein/Beulke/Swoboda Schaffstein/Beulke/Swoboda, Jugendstrafrecht, 15. Aufl. (2015)
- Schellenberg Schellenberg, Die Hauptverhandlung im Strafverfahren, 2. Aufl. (2000)
- Schenke Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht, 10. Aufl. (2018)
- Schenke/Graulich/Ruthig Schenke/Graulich/Ruthig, Sicherheitsrecht des Bundes 2. Aufl. (2019)
- Schilken Schilken, Gerichtsverfassungsrecht, Lehrbuch, 4. Aufl. (2007)
- Schlüchter Schlüchter, Das Strafverfahren, Lehrbuch, 2. Aufl. (1983)
- Schlothauer/Weider/Wollschläger Schlothauer/Weider/Wollschläger, Verteidigung im Revisionsverfahren, 3. Aufl. (2017)
- Schmid Schmid, Die Verwirkung von Verfahrensrügen im Strafprozess (1967)
- Schmid s. Eb. Schmidt
- Schmid (Ausländer) Schmid, Verteidigung von Ausländern, 4. Aufl. (2016)
- Schmid (Vermögensabschöpfung) Schmid, Vermögensabschöpfung, Handbuch für das Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, 2. Aufl. (2019)
- Schmid-Bleibtreu/Hofmann/Henneke Schmid-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, Kommentar zum Grundgesetz, 14. Aufl. (2017)

- Schmidt-Räntsch  
Schneider  
Schneider (JVEG)  
  
Schneider/Volpert/Fölsch  
Schomburg/Lagodny/Gleiß/  
Hackner  
Schönke/Schröder  
Schorn  
  
Schorn/Stanicki  
  
Schroeder/Verrel  
Schröder  
Schröder (KapitalStR)  
Schroth  
Schulz/Berke-Müller/Händel  
Schünemann-Symp.  
  
Schwind  
Schwind/Böhm/Jehle/  
Laubenthal  
Schwinge  
Seier  
Simma/Fastenrath  
  
Sieber/Satzger/  
v. Heintschel-Heinegg  
SK  
  
SK-StGB  
  
Sommer  
Sowada  
SSW-StGB  
  
SSW  
  
Stein/Jonas  
Stern  
Strauda-Denschrift  
  
Streinzi/Ohler/Herrmann  
  
Streng  
Tettinger/Stern  
  
Thomas/Putzo  
Tondorf/Tondorf  
  
Trechsel  
Ulsenheimer
- Schmidt-Räntsch, Deutsches Richterrecht, Kommentar, 6. Aufl. (2009)  
Schneider, Kriminologie, Lehrbuch, 3. Aufl. (1992)  
Schneider, JVEG, Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, 3. Aufl. (2018)  
  
Schneider/Volpert/Fölsch (Hrsg.), Gesamtes Kostenrecht, 2. Aufl. (2016)  
Schomburg/Lagodny/Gleiß/Hackner, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, 5. Aufl. (2012)  
Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, Kommentar, 30. Aufl. (2019)  
Schorn, Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und ihr Zusatzprotokoll in Einwirkung auf das deutsche Recht (1965)  
  
Schorn/Stanicki, Die Präsidialverfassung der Gerichte aller Rechtswege, 2. Aufl. (1975)  
  
Schroeder/Verrel, Strafprozessrecht, 7. Aufl. (2017)  
Schröder, Europäische Richtlinien und deutsches Strafrecht (2002)  
Schröder, Handbuch Kapitalmarktstrafrecht, 3. Aufl. (2015)  
Schroth, Die Rechte des Opfers im Strafprozess, 3. Aufl. (2018)  
Schulz/Berke-Müller/Händel, Strafprozeßordnung, 7. Aufl. (1983)  
Schünemann-Symp., Empirische und dogmatische Fundamente, kriminalpolitischer Impetus, Symposium für Bernd Schünemann zum 60. Geburtstag, hrsg. von Hefendehel (2005)  
  
Schwind, Kriminologie und Kriminalpolitik, 23. Aufl. (2016)  
Schwind/Böhm/Jehle/Laubenthal, Strafvollzugsgesetz, Kommentar, hrsg. von Schwind/Böhm/Jehle/Laubenthal, 6. Aufl. (2013)  
Schwinge, Grundlagen des Revisionsrechts, 2. Aufl. (1960)  
Seier, Verteidigung in Straßenverkehrssachen (2012)  
Simma/Fastenrath, Menschenrechte. Ihr Internationaler Schutz, Textsammlung, 7. Aufl. (2018)  
  
Sieber/Satzger/v. Heintschel-Heinegg, Europäisches Strafrecht, 2. Aufl. (2014)  
SK, Systematischer Kommentar zur Strafprozeßordnung. Mit GVG und EMRK, 5. Aufl. (ab 2016)  
  
Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. 1, Allgemeiner Teil, Bd. 2, Besonderer Teil, Loseblattausgabe (ab 1975)  
  
Sommer, Effektive Strafverteidigung, 3. Aufl. (2016)  
Sowada, Der gesetzliche Richter im Strafverfahren (2002)  
Satzger/Schluckebier/Widmaier (Hrsg.), Strafgesetzbuch, Kommentar, 4. Aufl. (2019)  
  
Satzger/Schluckebier/Widmaier (Hrsg.), Strafprozessordnung, Kommentar, 3. Aufl. (2018)  
  
Stein/Jonas, Zivilprozessordnung, 23. Aufl. (ab 2017)  
Stern, Verteidigung in Mord- und Totschlagsverfahren, 3. Aufl. (2013)  
Strauda-Denschrift, Reform der Verteidigung im Ermittlungsverfahren – Thesen mit Begründung, vorgelegt vom Strafrechtsausschuss der Bundesrechtsanwaltskammer (2004)  
  
Streinzi/Ohler/Herrmann, Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, 3. Aufl. 2010  
  
Streng, Strafrechtliche Sanktionen, 3. Aufl. (2012)  
Tettinger/Stern, Kölner Gemeinschaftskommentar zur Europäischen Grundrechte-Charta (2006)  
  
Thomas/Putzo, Zivilprozessordnung, Kommentar, 39. Aufl. (2018)  
Tondorf, Psychologische und psychiatrische Sachverständige im Strafverfahren, 3. Aufl. (2011)  
  
Trechsel, Human Rights in Criminal Proceedings (2005)  
Ulsenheimer, Arztstrafrecht in der Praxis, 5. Aufl. (2015)

## Literaturverzeichnis

- Umbach/Clemens/Dollinger Umbach/Clemens/Dollinger, Bundesverfassungsgerichtsgesetz: Mitarbeiterkommentar und Handbuch, 2. Aufl. (2005)
- Verdross/Simma Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl. (1984)
- Villiger Villiger, Handbuch der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), 2. Aufl. 1999
- Vogler/Walter/Wilkitzki Vogler/Walter/Wilkitzki, Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Kommentar (1983)
- Volckart/Pollähne/Woynar Volckart/Pollähne/Woynar, Verteidigung in der Strafvollstreckung und im Vollzug, 5. Aufl. (2014)
- Volk Volk, Prozeßvoraussetzungen im Strafrecht (1978)
- (Prozessvoraussetzungen)
- Volk/Engländer Volk/Engländer, Grundkurs StPO, 9. Aufl. (2018)
- (Strafprozessrecht)
- Vordermayer/v. Heintschell-Heinegg Handbuch für den Staatsanwalt, hrsg. von Vordermayer/v. Heintschell-Heinegg, 6. Aufl. (2018)
- Wabnitz/Janovsky Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts, 4. Aufl. (2014)
- Wagner/Kallin/Kruse Wagner/Kallin/Kruse, Betäubungsmittelstrafrecht, 2. Aufl. (2004)
- Wankel Wankel, Zuständigkeitsfragen im Haftrecht (2002)
- Wasmeier/Möhlig Wasmeier/Möhlig, Strafrecht der Europäischen Union, 2. Aufl. (2008)
- Weber Weber, Betäubungsmittelgesetz: BtMG, 5. Aufl. (2017)
- Weidemann/Scherf Weidemann/Scherf, Die Revision im Strafrecht, 3. Aufl. (2017)
- Weiner/Ferber Weiner/Ferber, Handbuch des Adhäsionsverfahrens, 2. Aufl. (2016)
- Welzel Welzel, Das Deutsche Strafrecht, 11. Aufl. (1969)
- Wendler/Hoffmann Wendler/Hoffmann, Technik und Befragung im Gerichtsverfahren, 2. Aufl. (2015)
- Werle/Jeßberger Werle/Jeßberger, Völkerstrafrecht, 4. Aufl. (2016)
- Wieczorek/Schütze Wieczorek/Schütze, Zivilprozessordnung und Nebengesetze, 4. Aufl. (ab 2012)
- Wiesneth Wiesneth, Handbuch für das ermittlungsrichterliche Verfahren (2006)
- Wiesneth (U-Haft) Wiesneth, Untersuchungshaft (2010)
- Wiesneth (Bereitschaftsdienst) Wiesneth, Der amtsgerichtliche Bereitschaftsdienst, 2. Aufl. (2012)
- Wolf Wolf, Gerichtsverfassungsrecht aller Verfahrenszweige, 6. Aufl. (1987)
- Zieschang/Hilgendorf/ Laubenthal Strafrecht und Kriminalität in Europa, hrsg. von Zieschang/Hilgendorf/ Laubenthal (2003)
- Zieger/Nöding Zieger/Nöding, Verteidigung in Jugendstrafsachen, 7. Aufl. (2018)
- Ziegert Ziegert, Grundlagen der Strafverteidigung (2000)
- Zipf Zipf, Kriminalpolitik, 2. Aufl. (1980)
- Zöllner (ZPO) Zöllner, Zivilprozessordnung, Kommentar, 32. Aufl. (2018)
- Zöllner Terrorismusstrafrecht, 2009
- Zwiehoff Zwiehoff, Der Befangenheitsantrag im Strafverfahren, 2. Aufl. (2013)

# Strafprozessordnung

Vom 1. Februar 1877 in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987  
(BGBl. I S. 1074, 1319)

## ERSTES BUCH

### Allgemeine Vorschriften

## NEUNTER ABSCHNITT

### Verhaftung und vorläufige Festnahme

#### Vorbemerkungen

#### Schrifttum

**1. Allgemein.** *Abenhausen* Statistische und empirische Untersuchungen zur Untersuchungshaft, in: Jung/Müller-Dietz, Reform der Untersuchungshaft (1983) 99; *Alsberg* Festnahme und Untersuchungshaft, JW **1925** 1433; *Ambos* Europarechtliche Vorgaben für das (deutsche) Strafverfahren, NStZ **2003** 14; *Amelung* Die Entscheidung des BVerfG zur „Gefahr im Verzug“ i.S. des Art. 13 II GG, NStZ **2001** 337; *Amelung* (Mitverf.) Die Untersuchungshaft, Gesetzentwurf und Begründung, Arbeitskreis Strafprozessreform (1983); *Amelung/Wirth* Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seit 1990 zum Schutz der materiellen Grundrechte im Strafverfahren, StV **2002** 161; *Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)* Thesen zur Reform des Rechts der Untersuchungshaft (1984); *Aschaffenburg* Die Bedeutung der Untersuchungshaft für die Ermittlung des Tatbestandes, MSchrKrimPsych. **1932** 257; *Bauer* Frühzeitige Verteidigerbestellung, ZRP **2002** 85; *Baumann* Entwurf eines Untersuchungshaftvollzugsgesetzes (1981); *Baumann* Zur Revisibilität von Haftentscheidungen, FS Pfeiffer (1988) 255; *Baumann* Gesetzliche Regelung des Vollzugs der Untersuchungshaft, JZ **1990** 107; *Beese* „Haftentscheidungshilfe“, ein zukunftssträchtiges Experiment für den weiteren Auf- und Ausbau der Gerichtshilfe für Erwachsene, BewHi. **1984** 7; *Benfer* Voraussetzungen der Untersuchungshaft, JuS **1983** 110; *Bittmann* Gesetz zur Änderung des Untersuchungshaftrechts, NStZ **2010** 13; *Bittmann* Änderungen im Untersuchungshaftrecht, JuS **2010** 510; *Bleckmann* Zur Verfassungsbeschwerde gegen Untersuchungshaftbeschlüsse, NJW **1995** 2192; *Bleckmann* Verbotene Diskriminierung von EG-Ausländern bei der Untersuchungshaft, StV **1995** 552; *Bleckmann* Zum Sonderstatus insbesondere der Straf- und Untersuchungsgefangenen, DVBl. **1984** 991; *Böing* Der Schutz der Menschenrechte im Strafverfahren – Eine Darstellung des Rechts der Untersuchungshaft und anderer strafprozessualer Eingriffe, ZStW **91** (1979) 379; *Bohnert* Untersuchungshaft, Akteneinsicht und Verfassungsrecht, GA **1995** 468; *Bosch* Akteneinsicht, Aussageverweigerung und U-Haft – ein in der Strafprozessordnung nicht vorgesehenes Theater? StV **1999** 333; *BRAK* Reform der Verteidigung im Ermittlungsverfahren (2004); *Brand* Dolmetschrechte für Beschuldigte: Magerer zweiter Versuch, DRiZ **2010** 94; *Brocke/Heller* Das neue Untersuchungshaftrecht aus der Sicht der Praxis – Zwischenbilanz nach einem Jahr, StraFo **2011** 1; *Brockhaus/Ullrich* Ungeahnte Möglichkeiten in Haftsachen – Eine Erinnerung an Art. 5 Abs. 5 EMRK, StV **2016** 678; *Brodowski* Strafrechtsrelevante Entwicklungen in der Europäischen Union – ein Überblick, ZIS **2010** 376, 749; **2011** 940; *Broß* Untersuchungshaft im Rechtsstaat, FS AG-Strafrecht DAV (2009) 962; *Brüssow* Strafprozessreform in Raten? FS Koch (1989) 57; *Buckow* Das Untersuchungshaftreformgesetz – Was hat es verändert? Kriminalist **2011** 19; *Burhoff* Neuregelungen in der StPO durch das Gesetz zur Änderung des Untersuchungshaftrechts, ZAP **2010** F. 22, 489; *Burhoff* Das Akteneinsichtsrecht des Strafverteidigers nach § 147, HRRS **2003** 182; *Burhoff* Untersuchungshaft des Beschuldigten – eine Übersicht zur neueren Rechtsprechung, StraFo **2006** 51; *Burmann* Die Sicherungshaft gemäß § 453c StPO (1984); *Busse* Frühe Strafverteidigung und Untersuchungshaft (2008); *Carstensen* Zur Dauer von Untersuchungshaft, MSchrKrim. **63** (1980) 289; *Carstensen* Dauer von Untersuchungshaft, Krim. Forschungen **13** 1981; *Conze* Die Freiheitsbeschränkung durch Verhaftung und vorläufige Festnahme, Diss. Göttingen 1928; *Cornel* Vermeidung und Reduzierung von Untersuchungshaft (1987); *Cornel* Die Praxis der Verhängung von Untersuchungshaft und Möglichkeiten, sie durch das Angebot sozialpädagogischer ambulanter Hilfen zu vermeiden oder zu reduzieren, MSchrKrim. **1987** 65; *Cornel* Alternativen zur U-Haft, NKrimpol. **1989** 41; *Cornel* Untersuchungshaftvermeidung und -reduzierung bei Erwachsenen durch Kooperation von Strafver-

teidigung und Sozialarbeit, StV **1994** 202; *Cornel* Der Beitrag der Sozialarbeit zur Vermeidung von Untersuchungshaft, BewHi. **1994** 393; *Cornel* Neuere Entwicklungen hinsichtlich der Anzahl der Inhaftierten in Deutschland, NKrimpol. **2002** 42; *Czerner* Inter partes- versus erga omnes-Wirkung der EGMR-Judikate in den Konventionsstaaten gemäß Art. 46 EMRK – Eine Problemanalyse auch aus strafverfahrensrechtlicher Perspektive, AVR **46** (2008) 345; *Dahs* Der Haftgrund der Fluchtgefahr, AnwBl. **1983** 418; *Dahs sen.* Recht und Unrecht der Untersuchungshaft, NJW **1959** 505; *Dahs sen.* Verfassungswidrige Untersuchungshaft? NJW **1966** 761; *Danckert* Zur Reform der Untersuchungshaft, BRAK-Mitt. **1988** 116; *DAV AG* Strafrecht/Strafrechtsausschuß Beschlusspapier, StraFo **2000** 145; *Deckers* Einige Bemerkungen zum Gesetz zur Änderung des Untersuchungshaftrechts vom 29.7.2009, das am 1.1.2010 in Kraft tritt, StraFo **2009** 441; *Deckers* Untersuchungshaft, in: Brüßow/u.a., Strafverteidigung in der Praxis 365; *Deckers* Die Vorschrift des § 112 Abs. 3 StPO, sogenannter „Haftgrund der Tatschwere“, AnwBl. **1983** 420; *Deckers* Verteidigung in Haftsachen, NJW **1994** 2261; *Deckers* Reform der Untersuchungshaft, FS Koch (1989) 151; *Deckers/Lederer* Überprüfung von Haftentscheidungen während einer Hauptverhandlung, StV **2009** 139; *Dessecker* Die Begrenzung langer Untersuchungshaft, HRRS **2007** 112; *Dettmers/Dimter* Aktuelle Justizvorhaben in Europa, SchlHA **2011** 349; *Diemer-Nicolaus* Das geänderte Haftrecht, NJW **1972** 1692; *Dreves* Die Bestimmungen des Strafprozeßänderungsgesetzes über den Haftbefehl, DRiZ **1965** 110; *Dünkel* Zur Situation und Entwicklung von Untersuchungshaft und Untersuchungshaftvollzug in der Bundesrepublik Deutschland, ZfStrVo **1985** 334; *Dünkel* Untersuchungshaft als Krisenmanagement? NKrimpol. **1994** 20; *Dünkel* Praxis der Untersuchungshaft in den 90er Jahren, StV **1994** 610; *Dünnebieber* Reform der Untersuchungshaft? in: Probleme der Strafprozeßreform (1975) 29; *Ebermayer* Die Haftunfähigkeit, JW **1925** 1453; *Eidam* Das Apokryphe an den apokryphen Haftgründen, HRRS **2013** 292; *Eidam* Zur Selbstverständlichkeit von Rechtsbrüchen beim Vollzug von Untersuchungshaft, HRRS **2008** 241; *Ender* Zur – erneuten – Reformbedürftigkeit des § 112 StPO, Kriminalistik **1968** 523; *Eser/Kaiser/Weigend* Viertes deutsch-polnisches Kolloquium über Strafrecht und Kriminologie. Strafrechtsreform in Polen und Deutschland – Untersuchungshaft, Hilfeleistungspflicht und Unfallflucht (1991); *Esser* Europäische Initiativen zur Begrenzung der Untersuchungshaft in: Joerden/Szwarc (Hrsg.) Europäisierung des Strafrechts in Polen und Deutschland (2007) 233; *Esser* Grenzen für verdeckte Ermittlungen gegen inhaftierte Beschuldigte aus dem europäischen nemo-tenetur-Grundsatz, JR **2004** 98; *Esser* Auf dem Weg zu einem europäischen Strafverfahrensrecht (2002); *Feest* Untersuchungshaft: Beugung, Bestrafung, Vorbeugung? KJ **1977** 308; *Feest/Pollähne* Haftgründe und Abgründe, FS **2009** 30; *Fezer* Effektiver Rechtsschutz bei Verletzung der Anordnungsvoraussetzung „Gefahr im Verzug“, FS Rieß (2002) 93; *Frister* Der Anspruch des Beschuldigten auf Mitteilung der Beschuldigung aus Art. 6 Abs. 3 lit. a EMRK, StV **1998** 159; *Fülber* Die Hauptverhandlungshaft (2000); *Gärditz* Das Strafrecht in der Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte, AöR **129** (2004) 584; *Gärditz* Strafprozess und Prävention (2003); *Gärditz./Gusy* Zur Wirkung europäischer Rahmenbeschlüsse im innerstaatlichen Recht, GA **2006** 225; *Gärtner* Untersuchungshaft zur Sicherung der Zurückgewinnungshilfe? NStZ **2005** 544; *Gallandi* Das nicht vollständige Geständnis als Haftgrund der Verdunkelungsgefahr, StV **1987** 87; *C. Gatzweiler* Die neuen EU-Richtlinien zur Stärkung der Verfahrensrechte (Mindestmaß) des Beschuldigten oder Angeklagten in Strafsachen, StraFo **2011** 293; *N. Gatzweiler* Möglichkeiten und Risiken einer effizienten Strafverteidigung, StraFo **2001** 187; *N. Gatzweiler* Unerträgliche Realität – Zwang zur Totalreform der Untersuchungshaft in der Bundesrepublik Deutschland, StraFo **1999** 325; *Gebauer* Die Rechtswirklichkeit der Untersuchungshaft in der Bundesrepublik Deutschland (1987); *Gebauer* Untersuchungshaft – „Verlegenheitslösung“ für nicht-deutsche Straftäter? KrimPäd. **1993** 20; *Gebauer* Chancengleichheit und U-Haft-Verkürzung durch frühe Verteidigermitwirkung, StV **1994** 622; *Geerds* Festnahme und Untersuchungshaft bei Antrags- und Privatklagedelikten, GA **1982** 237; *Gegenfurtner* Das Strafprozeß-Änderungsgesetz in der Praxis, DRiZ **1965** 334; *Gehrlein* Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Untersuchungshaft, FS Boujong (1996) 751; *Geiter* Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen (1998); *Grau* Der Haftgrund der Fluchtgefahr bei Beschuldigten mit ausländischem Wohnsitz, NStZ **2007** 10; *Gropp* Zum verfahrenslimitierenden Wirkungsgehalt der Unschuldsumutung, JZ **1991** 804; *Gusy* Freiheitsentziehung und Grundgesetz, NJW **1992** 457; *Gusy* Wirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Deutschland, JA **2009** 406; *Hamm* Verteidigung bei Zwangsmaßnahmen – Untersuchungshaft, in: Arbeitsgemeinschaft Strafrecht des DAV, Der Bürger im Ermittlungsverfahren (1988) 61; *Hardraht* Modellversuch „Haftentscheidungshilfe“ in Hamburg, BewHi. **1980** 182; *Harms* Der Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Untersuchungshaftrechts, FS **2009** 13; *Hartung* Das Recht der Untersuchungshaft (1927); *Hassemer* Die Voraussetzungen der Untersuchungshaft, StV **1984** 38 und AnwBl. **1984** 64; *Heinz* Recht und Praxis der Untersuchungshaft in der Bundesrepublik Deutschland, BewHi. **1987** 5; *Hengsberger* Untersu-

chungshaft und Strafprozeßänderungsgesetz, JZ **1966** 209; v. *Hentig* Die Bedeutung der Untersuchungshaft für die Ermittlung des Tatbestandes, MschrKrimPsych. **1932** 268; *Hermes* Der Haftgrund der Verdunklungsgefahr im deutschen Strafverfahren (1992); *Herrmann* Zur Reform des Rechts der Untersuchungshaft, StRR **2010** 4; *Hetzer* Anordnung und Vollzug der Untersuchungshaft unter verfassungsrechtlichen Aspekten, in: Jung/Müller-Dietz, Reform der Untersuchungshaft (1983) 47; *Hilger* Die Entwicklung der Untersuchungshaft-Zahlen von 1981 bis 1987, NSTZ **1989** 107; *Hilger* § 147 V StPO – Untersuchungshaft, GA **2006** 294; *Hiltl* Die richterliche Praxis der Untersuchungshaft, Diss. Heidelberg 1977; *Hindte* Die Verdachtsgrade im Strafverfahren, Diss. Kiel 1973; *Hinüber* Schutz der Menschenwürde im Vollzug der Freiheitsentziehung aufgrund strafrichterlicher Entscheidung, StV **1994** 212; *Jabel* Die Rechtswirklichkeit der Untersuchungshaft in Niedersachsen (1988); *Jahn* Stürmt Karlsruhe die Bastille? – Das Bundesverfassungsgericht und die überlange Untersuchungshaft, NJW **2006** 652; *Jahn* Untersuchungshaft und frühe Strafverteidigung in zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, FS Rissing-van Saan (2011) 275; *Jehle* Untersuchungshaft zwischen Unschuldsumutung und Wiedereingliederung (1985); *Jehle* Entwicklung der Untersuchungshaft aus rechtstatsächlicher und rechtspolitischer Perspektive, FS Schöch (2010) 839; *Jehle* Voraussetzungen und Entwicklungstendenzen der Untersuchungshaft, BewHi. **1994** 373; *Jehle/Hoch* (Hrsg.) Oberlandesgerichtliche Kontrolle langer Untersuchungshaft, KUP Bd. 23 (1998); *Jescheck* Recht und Praxis der Untersuchungshaft in Deutschland, GA **1962** 65; *Jung/Müller-Dietz* Reform der Untersuchungshaft (1983); *Kaiser* Die gesetzliche Regelung über den Vollzug der Untersuchungshaft und ihre Reform, FS JurGes. Berlin (1984) 299; *Kalsbach* Das Recht auf Beistand eines Rechtsanwalts während des Verfahrens in der Bundesrepublik Deutschland, ZStW **83** (1971) 112; *Kamp* Der Haftbefehl nach § 230 Abs. 2 StPO aus der Sicht der Praxis, FS Rudolphi 661; *Kastendieck* Die Voraussetzungen der Untersuchungshaft, Diss. Göttingen 1965; *Kawamura* Zur Praxis der Vermeidung von Untersuchungshaft durch Angebote der Sozialarbeit, BewHi. **1994** 409; *Kay* Der Haftbefehl in polizeilicher Wertung und Sicht, Die Polizei **1990** 151; *Kazele* Änderungen im Recht der Untersuchungshaft, NJ **2010** 1; *Kempff* Die Rechtsprechung des EGMR zum Akteneinsichtsrecht und §§ 114, 115 Abs. 3, 115a Abs. 3 StPO, FS Rieß (2002) 217; *Kerner* Untersuchungshaft und Strafurteil, Analyse von Zusammenhängen nach neueren amtlichen Angaben, GedS Schröder (1978) 549; *Kieschke/Osterwald* Art. 5 IV EMRK contra § 147 II StPO, NJW **2002** 2003; *Kleifisch* Zur Reform der Untersuchungshaft, JW **1925** 1449; *Kleinknecht* Entscheidungen über die Untersuchungshaft, MDR **1965** 781; *Kleinknecht/Janischowsky* Das Recht der Untersuchungshaft (1977); *König* Untersuchungsgefangene bekommen mehr Rechte, AnwBl. **2010** 50; *Kohlrausch* Untersuchungshaft, JW **1925** 1440; *Koop/Kappenberg* Praxis der Untersuchungshaft (1988); *Köbel* Strafrestaussetzung bei Überhaft, StV **1998** 236; *Krehl/Eidam* Die überlange Dauer von Strafverfahren, NSTZ **2006** 1; *Kropp* Rechtswidrigkeit des gegenwärtigen Gefangenentransports ZRP **2005** 96; *Krümpelmann* Aktuelle Probleme des Haftrechts in empirischer und verfahrensrechtlicher Sicht, in: Göppinger/Kaiser Kriminologie und Strafverfahren (1976) 44; *Kühl* Zur Göttinger Untersuchungshaft-Studie, StV **1988** 355; *Kühl* Der Einfluß der europäischen Menschenrechtskonvention auf das Strafrecht und Strafverfahrensrecht der Bundesrepublik Deutschland (Teil II) ZStW **100** (1988) 601; *Kühne* Europäische Methodenvielfalt und nationale Umsetzung von Entscheidungen Europäischer Gerichte, GA **2005** 195; *Kühne/Esser* Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zur Untersuchungshaft, StV **2002** 383; *Lammer* Verteidigungsstrategie zur Vermeidung von Untersuchungshaft, StraFo **1999** 366; *Lammer* Zwischenhaft – unzulässig und ungerecht, FS AG Strafrecht DAV (2009) 1003; *Langner* Untersuchungschaftanordnung bei Flucht- und Verdunklungsgefahr (2003); v. *Lilienthal* Zur Reform der Untersuchungshaft, JW **1925** 1448; *Linke* Zwischenhaft, Vollstreckungshaft, Organisationshaft: Haftinstitut ohne Rechtsgrundlage? JR **2001** 358; *Lobe/Alsberg* Die Untersuchungshaft (1927); *Lübbe-Wolff/Frotz* Neuere Rechtsprechung des BVerfG zum Straf-, Untersuchungshaft- und Maßregelvollzug, NSTZ **2009** 616 und 677; *Lübbe-Wolff/Geisler* Neuere Rechtsprechung des BVerfG zum Vollzug von Straf- und Untersuchungshaft, NSTZ **2004** 478; *Marberth-Kubicki* Die Akteneinsicht in der Praxis, StraFo **2003** 366; *Mayer* Modellprojekt elektronische Fußfessel (2004); *Meyer* Grenzen der Unschuldsumutung, FS Tröndle (1989) 61; *Michalke* Reform der Untersuchungshaft – Chance vertan? NJW **2010** 17; *Michel* Der Haftbefehl in der Berufungsinanz, MDR **1991** 933; *Morgenstern* Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben für den Untersuchungshaftvollzug, StV **2013** 529; *Müller-Dietz* Das Strafvollzugsgesetz, NJW **1976** 919; *Müller-Dietz* Grundlagen der Untersuchungshaft, in: Ev. Akademie Hessen-Nassau, Probleme der Untersuchungshaft (1977) 4; *Müller-Dietz* Problematik und Reform des Vollzuges der Untersuchungshaft, StV **1984** 79; *Müller-Dietz* Kritik und Reform der Untersuchungshaft, in: 9. Strafverteidigertag (1986) 117; *Müller-Dietz* Untersuchungshaft und Festnahme im Lichte der Menschenrechtsstandards, in: Eser/Kaiser/Weigend, Viertes deutsch-polnisches Kolloquium über Strafrecht und Kriminologie (1991) 219; *Münchhalf-*

fen Behinderung der Verteidigung bei Untersuchungshaft, StraFo **2003** 150; *Münchhalffen* Apokryphe Haftgründe in Wirtschaftsstrafverfahren, StraFo **1999** 332; *Münchhalffen/Gatzweiler*<sup>3</sup> Das Recht der Untersuchungshaft (2009); v. *Nerée* Zur Zulässigkeit der Sicherungshaft gemäß § 112a StPO, insbesondere bei Anwendung von Jugendstrafrecht, StV **1993** 212; *Neumann, U.* Die „Zwischenhaft“ – ein verfassungswidriges Institut der Rechtspraxis, in: *Jenseits des rechtsstaatlichen Strafrechts* (2007) 601; *Nix* Der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr, StV **1992** 445; *Nordhues* Untersuchungshaft im Spannungsverhältnis von Recht und Praxis – Zur Bewertung und Bekämpfung von apokryphen Haftgründen, Diss. Münster 2013; *Oetjen/Endriß* Leitfaden zur Untersuchungshaft (1999); *Ohm* Persönlichkeitswandel unter Freiheitsentzug (1964); *Ollinger* Die Entwicklung des Richtervorbehalts im Verhaftungsrecht (1997); *Ostendorf* Die Praxis des U-Haft-Vollzugs – Daten und Fakten, NK **2009** 126; *Ostermann* Haft ohne Rechtsgrundlage – Zum Übergang von der Untersuchungshaft in den Maßregelvollzug, StV **1993** 52; *Paeffgen* § 119 StPO soll reformiert werden!? Anmerkungen zum U-HaftRÄG-Entwurf BT-Drs. 16/11644 vom 21.1.2009, GA **2009** 450; *Paeffgen* Vorüberlegungen zu einer Dogmatik des Untersuchungshaft-Rechts (1986); *Paeffgen* Apokryphe Haftverlängerungsgründe in der Rechtsprechung zu § 121 StPO, NJW **1990** 537; *Paeffgen* Haftgründe, Haftdauer, Haftprüfung, in: *Eser/Kaiser/Weigend*, Viertes deutsch-polnisches Kolloquium über Strafrecht und Kriminologie (1991) 113; *Paeffgen* Wem dient der Strafprozeß, NJ **1993** 152; *Paeffgen* Zwischenhaft, Organisationshaft, FS Fezer (2008) 35; *Paeffgen/Seebode* Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft (BR-Dr. 249/99 vom 30.4.1999) ZRP **1999** 524; *Parigger* Tendenzen im Haftrecht in der Rechtswirklichkeit, AnwBl. **1983** 423; *Parigger* Aus der Praxis des Rechts der Untersuchungshaft, NSTZ **1986** 211; *Park* Der Anspruch auf rechtliches Gehör im Rechtsschutzverfahren gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen, StV **2009** 276; *Peglau* Haftbefehlserlass im Unterbringungsverfahren nach dem Straftäterunterbringungsgesetz, NJW **2002** 3679; *Peglau* Das Gesetz zur Einführung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung, JR **2002** 449; *Peglau* Akteneinsichtsrecht des Verteidigers in Untersuchungshaftfällen, JR **2012** 231; *Pfordte* Verteidigungsinteressen im Zwiespalt zwischen Beschleunigungsgrundsatz und der unvollständigen Beweislage zu Beginn der Hauptverhandlung, FS Widmaier (2008) 411; *Philipp* Das künftige Haftrecht und seine Folgen, DRiZ **1965** 83; *Piel* Beschleunigungsgebot und wirksame Verteidigung, FS Widmaier (2008) 429; *Pieroth/Hartmann* Das verfassungsrechtliche Beschleunigungsgebot in Haftersachen, StV **2008** 276; *Plemper* Haftentscheidungshilfe – Kommentierung aus sozialwissenschaftlicher Sicht, BewHi. **1981** 32; *Plemper* U-Haft-Projekte: Mehr oder weniger soziale Kontrolle? in: *Cornel*, Vermeidung und Reduzierung von Untersuchungshaft (1987) 18; *Preusker* Zur Notwendigkeit eines Untersuchungshaftvollzugsgesetzes, ZfStrVo **1981** 131; *Prüllage* Zur Dauer der Untersuchungshaft, DRiZ **1979** 278; *Püschel* Vermeidung von Untersuchungshaft, StraFo **2009** 134; *Putzke* Der Richtervorbehalt als Garantie der Unschuldsvermutung, StraFo **2016** 1; *Roesen* Voraussetzungen eines Haftbefehls, NJW **1953** 1733; *Rahlf* Verteidigerwahl und Beschleunigungsgebot, FS Widmaier (2008) 447; *Rau* Rechtliches Gehör auf Grund von Akteneinsicht in strafprozessualen Beschwerdeverfahren, StraFo **2008** 9; *Rössner* Praktische Grenzen einer Untersuchungshaftreform – vier Entwürfe im Vergleich, in: *Koop/Kappenberg*, Praxis der Untersuchungshaft (1988) 156; *Rössner* Auf dem Weg zu einem Untersuchungshaftvollzugsgesetz, JZ **1988** 116; *Rosenberg* Zur Reform der Untersuchungshaft, JW **1925** 1446; *Rosenberg* Die Reform der Untersuchungshaft ZStW **26** (1906) 339; *Rotthaus* Unzulänglichkeiten der heutigen Regelung der Untersuchungshaft, NJW **1973** 2269; *Rotthaus* Die Reform der inhaltlich-vollzuglichen Gestaltung der Untersuchungshaft, FS Rebmann (1989) 401; *I. Roxin* Ambivalente Wirkungen des Beschleunigungsgebots, GA **2010** 425; *Rückel* Handlungsmöglichkeiten des Strafverteidigers im Haftverfahren, StV **1985** 36; *Rüping* Rechtsfragen der „deutschen Magna Charta“, FS Hirsch (1968) 959; *Ruffert* Die Europäische Menschenrechtskonvention und innerstaatliches Recht, EuGRZ **2007** 245; *Rupp* Haftbefehl gemäß § 230 II StPO im Rahmen von Großverfahren, NSTZ **1990** 576; *Sarstedt* Reform der Untersuchungshaft, Justiz **1963** 184; *Sauer* Die Praxis der Untersuchungshaft, NJW **1959** 1933; *Schaefer/Rühl* Das Frankfurter Rechtsberatungsprojekt – Ein praktischer Beitrag zur U-Haft-Diskussion, StV **1986** 456; *Schenke* Die Gesetzgebungskompetenz für die Strafverfolgungsvorsorge, FS Paeffgen (2015) 393; *Schloth* Die Haftgründe der Wiederholungsgefahr und der Schwere der Taten (1999); *Schloth* Pflichtverteidigerbeordnung nach Inhaftierung, FS Samson (2010) 709; *Schlothauer* Die Verteidigung des inhaftierten Mandanten, StraFo **1995** 5; *Schlothauer* Die Bedeutung des materiellen Strafrechts für die Verteidigung in Untersuchungshaftfällen, StV **1996** 391; *Schlothauer* Zum Rechtsschutz des Beschuldigten nach dem StVÄG 1999 bei Verweigerung der Akteneinsicht durch die Staatsanwaltschaft, StV **2001** 192; *Schlothauer/Weider/Nobis* Untersuchungshaft (2016); *Schlüchter* Das neue Haftrecht: Bedeutung und Auslegung für die Praxis, MDR **1973** 96; *Eb. Schmidt* Repression und Prävention im Strafprozeß JR **1970** 204; *G. Schmidt* Die Untersuchungshaft nach dem Recht

der Bundesrepublik Deutschland, Dt. strafrechtl. Landesreferate zum VIII. Intern. Kongreß für Rechtsvergleichung, **1975** 77; *U. Schmidt* Das Beschleunigungsgebot in Haft Sachen, *NStZ* **2006** 313; *Schmidt-Leichner* Haftbefehl und Regreß, *NJW* **1959** 841; *Schmidt-Leichner* Untersuchungshaft und Kleine Strafprozeßreform, *NJW* **1961** 339; *Schmitt* Strafprozessuale Präventivmaßnahmen, *JZ* **1965** 193; *Schmitz* Das Recht auf Akten-einsicht bei Anordnung von Untersuchungshaft, *wistra* **1993** 319; *Schmolz* Die Untersuchungshaft in Theorie und Praxis, Diss. Köln 1930; *Schnarr* Besonderheiten des Rechtsinstituts der Haftprüfung nach §§ 121, 122 StPO und der Widerstreit richterlicher Kompetenzen im Rahmen dieses Verfahrens, *MDR* **1990** 89; *Schöch* Kurze Untersuchungshaft durch frühe Strafverteidigung? *StV* **1997** 323; *Schöch* Wird in der Bundesrepublik Deutschland zu viel verhaftet? *FS Lackner* (1987) 991; *Schöch* Untersuchungshaft im Übergang. Gegenwärtige Situation und Reformvorstellungen beim Vollzug der Untersuchungshaft. Dokumentation einer Tagung der Akademie Hofgeismar (1987); *Schöch/Schreiber* Rechtswirklichkeit der Untersuchungshaft – Zwischenergebnisse einer bundesweiten Untersuchung, *DRiZ* **1986** 276; *Schorn* Die Rechtsstellung der Untersuchungsgefangenen, *JR* **1967** 448; *Schreiber/Schilasky* Zum Haftgrund der Wiederholungsgesfahr, *Kriminalistik* **1969** 393; *Schroeder* Eine funktionelle Analyse der strafprozessualen Zwangsmittel, *JZ* **1985** 1028; *Schroeder* „Untersuchungshaft“ – Ein Gang durch die Grundprinzipien und die Geschichte des Strafprozesses, *JuS* **1990** 176; *Schubarth* Die zeitliche Begrenzung von Untersuchungshaft, *AnwBl.* **1984** 69; *Schwenn* Straferwartung – ein Haftgrund? *StV* **1984** 132; *Seebode* Keine Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Vorbeugehaft, *ZRP* **1969** 25; *Seebode* Der Vollzug der Untersuchungshaft (1985); *Seebode* Das Recht der Untersuchungshaft und seine Anwendung in der Praxis, in: *Koop/Kappenberg*, *Praxis der Untersuchungshaft* (1988) 28; *Seebode* Aktuelle Reformvorhaben: Weniger Untersuchungshaft, in: *Koop/Kappenberg*, *Praxis der Untersuchungshaft* (1988) 177; *Seebode* Recht und Wirklichkeit der Untersuchungshaft, *ZfStrVo* **1988** 268; *Seebode* Zwischenhaft, ein vom Gesetz nicht vorgesehener Freiheitsentzug (§ 345 StGB) *StV* **1988** 119; *Seebode* Zur Bedeutung der Gesetzgebung für die Haftpraxis, *StV* **1989** 118; *Seebode* Rechtswirklichkeit der Untersuchungshaft, in: *Eser/Kaiser/Weigend*, *Viertes deutsch-polnisches Kolloquium über Strafrecht und Kriminologie* (1991) 169; *Seebode* Wer regelt den Justizvollzug? *FS* **2009** 7; *Seebode* Das „Recht der Untersuchungshaftvollzugs“ im Sinne des Art. 74 GG, *HRRS* **2008** 236; *Seibert* Die Praxis in Haft Sachen, *DRiZ* **1949** 106; *Seibert* Der Haftbefehl, *NJW* **1950** 773; *Senge* Aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur zeitweiligen Beschränkung des Rechtes der Verteidigung auf Akteneinsicht nach § 147 Abs. 2 StPO, *FS Strauda* (2006) 459; *Sieverts* Die Wirkungen der Freiheitsstrafe und der Untersuchungshaft (1929); *Soiné* Zur Neuregelung der strafprozessualen Öffentlichkeitsfahndung, *ZRP* **1994** 392; *Sommer* Strafprozessordnung und Europäische Menschenrechtskonvention, in: *Brüssow/u.a.*, *Strafverteidigung in der Praxis* 1259; *Sommermeyer* Recht der Untersuchungshaft (Kritischer Überblick und Tendenzen) *NJ* **1992** 336; *Spaniol* Grundrechtsschutz im Ermittlungsverfahren durch qualifizierten Richter vorbehalt und wirksame richterliche Kontrolle, *FS Eser* (2005) 473; *Speck* Die Geschichte der Voraussetzungen für die Anordnung der Untersuchungshaft, der Art und Weise der Verhaftung und der Überprüfung der Dauer der Untersuchungshaft in der Gesetzgebung seit etwa 1800, Diss. Kiel 1969; *Spiecker* Reform der Haftjustiz, *MSchrKrim.* **1962** 97; *Staudinger* Dolmetscherzuziehung und/oder Verteidigerbeordnung bei ausländischen Beschuldigten, *StV* **2002** 327; *Strafrechtsausschuß der Bundesrechtsanwaltskammer* Reform der Verteidigung im Ermittlungsverfahren (2004); *Strate* Zur deutschen Haftpraxis gegenüber Unionsbürgern, *FS AG-Strafrecht DAV* (2009) 1048; *Stuckenberg* Die normative Aussage der Unschuldsvermutung, *ZStW* **111** (1999) 422; *Tepperwien* Beschleunigung über alles? *NStZ* **2009** 1; *Tsamidakis* Moderne Einwirkungen auf die Strafprozessordnung – Beispiel: Untersuchungshaft, *ZIS* **2009** 503; *Ufer/Ufer* Die Strafverteidigung des in U-Haft befindlichen Beschuldigten, in: *Ziegert*, *Grundlagen der Strafverteidigung* (2000) 121; *Ullenbruch* Nachträgliche Sicherungsverwahrung – Fragen über Fragen, *NStZ* **2002** 466; *Ullrich* Handlungsmöglichkeiten des Strafverteidigers im Haftverfahren? *StV* **1986** 268; *Wagner* Zur Anordnung von Untersuchungshaft in Ladendiebstahlsverfahren, *NJW* **1978** 2002; *Waldschmidt* Probleme des neuen Haftrechts, *NJW* **1965** 1575; *Wankel* Zuständigkeitsfragen im Haftrecht (2002); *Weider* Das Gesetz zur Änderung des Untersuchungshaftrechts, *StV* **2010** 102; *Weigend* Der Zweck der Untersuchungshaft, *FS Müller* (2008) 739; *Welp* Haft und Haftprüfung, *FS Richter II* (2006) 573; *Welp* Die Gestellung des verhandlungsunfähigen Angeklagten, *JR* **1991** 265; *Wendisch* Anfechtung von Beschlüssen, die Verhaftungen oder die einstweilige Unterbringung betreffen, *FS Dünnebier* (1982) 239; *Wiegand* Untersuchungshaft und Aburteilung – eine statistische Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Situation, *StV* **1983** 437; *Wohlens* Die „unverzügliche“ Beiordnung eines Pflichtverteidigers: Gefährdung des Anspruchs auf effektive Verteidigung? *StV* **2010** 151; *Wolf* Die Fluchtprognose im Untersuchungshaftrecht – Eine empirische Untersuchung der Fluchtgefahr nach § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO (2017), zugl. Diss.

Berlin 2016; *Wollweber* Datenschutz in der Untersuchungshaft, ZRP 1999 405; *Wolter* Untersuchungshaft, Vorbeugungshaft und vorläufige Sanktionen, ZStW 93 (1981) 452; *Wolter* Aspekte einer Strafprozessreform bis 2007 (1991); *Wolter* Allgemeiner Überblick über Ermittlungsmaßnahmen und Verfahrenssicherung, in: Viertes deutsch-polnisches Kolloquium über Strafrecht und Kriminologie (1991) 89; *Zieger* Akteneinsichtsrecht des Verteidigers bei Untersuchungshaft, StV 1993 320; *Zoellner* Das Verhältnis von Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte (2009).

**2. Jugendstrafrecht.** *Blumenberg* Jugendliche in der Untersuchungshaft, ZfStrVo 1978 139; *Böhm* Zur Reform der Untersuchungshaft an jungen Gefangenen, FS Dünnebieber (1982) 677; *Buchhierl* Einstweilige Unterbringung nach §§ 71, 72 JGG, MSchrKrim. 1969 329; *Cornel* Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden, StV 1994 628; Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. Die jugendrichterlichen Entscheidungen – Anspruch und Wirklichkeit (1981); *Dörlemann* Möglichkeiten einer Reduktion der Untersuchungshaft im Jugendstrafverfahren (2001); *Dünkel* Freiheitsentzug für junge Rechtsbrecher (1990); *Eberitzsch* Haftentscheidungshilfe, ZJJ 2012 296; *Echtler* Jugendliche in Untersuchungshaft – Ergebnisse einer zwei Jahre dauernden Fragebogenaktion, ZfStrVo 1982 150; *Eisenberg* Streitfragen in der Judikatur zum Jugendstrafrecht, NSTZ 2003 124; *Eisenberg/Tóth* Über Verhängung und Vollzug von Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden, GA 1993 293; *Eisenhardt* Der Erziehungsauftrag des Jugendgerichtsgesetzes und seine Durchführung in Untersuchungshaft und Jugendarrest, ZBlJugR 1971 240; *Giemulla/Barton* Die Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden aus verfassungsrechtlicher Sicht, RdJ 1982 289; *Heinz* Junge Menschen in Untersuchungshaft (1986); *Heßler* Vermeidung von Untersuchungshaft bei Jugendlichen (2001); *Hotter* Untersuchungshaftvermeidung für Jugendliche und Heranwachsende in Baden-Württemberg (2004); *Jehle* Entwicklung der Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden vor und nach der Wiedervereinigung (1995); *Kallien* Untersuchungshaft an jungen Gefangenen und die Grenzen ihrer erzieherischen Ausgestaltung, KrimJ 1980 116; *Klinger/Welt* Alternativen zur Untersuchungshaft für Jugendliche und Heranwachsende, in: *Cornel*, Vermeidung und Reduzierung von Untersuchungshaft (1987) 49; *Krause* Anordnung und Vollzug der Untersuchungshaft bei Jugendlichen, Diss. Kiel 1971; *Krebs* Über die Durchführung der Untersuchungshaft, insbesondere die an Minderjährigen, MSchrKrim. 1966 301 und ZfStrVo 1967 72; *Kreuzer* Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden, RdJ 1978 337; *Kury* Junge Rechtsbrecher und ihre Behandlung, ZStW 93 (1981) 319; *Kury* Untersuchungshaft – vorweggenommene Jugendstrafe? in: Die jugendrichterlichen Entscheidungen – Anspruch und Wirklichkeit (1981) 421; *Kury* Rechtliche und tatsächliche Situation der Untersuchungshaft, in: *Kury*, Prognose und Behandlung bei jungen Rechtsbrechern (1986) 87; *Lüthke* Vorläufige Maßnahmen nach §§ 71, 72 JGG, ZBlJugR 1982 125; *Matenaer* Haftentscheidungshilfen durch die Jugendgerichtshilfe, ZBlJugR 1985 158; *Mrozynski* Verfassungsrechtliche Probleme der Untersuchungshaft in Jugendstrafsachen, RdJB 1973 328; *Schütze* Jugendliche und Heranwachsende in der Untersuchungshaft, MSchrKrim. 1980 148; *Schulz* Untersuchungshaft – Erziehungsmaßnahme und vorweggenommene Jugendstrafe? in: Die jugendrichterlichen Entscheidungen – Anspruch und Wirklichkeit (1981) 399; *Steinhilper* Untersuchungshaft bei 14- und 15jährigen in Niedersachsen (1985); *Steinhilper* Untersuchungshaft bei 14- und 15jährigen in Niedersachsen, ZfStrVo 1985 140; *Villmow* Zur Untersuchungshaft und Untersuchungshaftvermeidung bei Jugendlichen, FS Schwind (2006) 469; *Villmow* Zur Untersuchungshaft und Untersuchungshaftvermeidung bei Jugendlichen, FS 2007 252; *Villmow* Junge Tatverdächtige in der Untersuchungshaft, ZJJ 2009 226; *Villmow/Savinsky* 14-/15-jährige Beschuldigte zwischen Jugenduntersuchungshaft und Untersuchungshaftvermeidung bzw. -verkürzung – Wie wirksam sind die §§ 71-72a JGG? ZJJ 2013 388; *Villmow/Savinsky/Woldmann* Praxis des Vollzugs der Jugenduntersuchungshaft – eine erste Bestandsaufnahme, BlStVKunde 2011 1; *Villmow/Robertz* Vermeidung von Untersuchungshaft bei Jugendlichen in Hamburg (2003); *Walter* Untersuchungshaft und Erziehung bei jungen Gefangenen, MSchrKrim. 1978 337; *Weinknecht* Die Situation der Untersuchungshaft und der Unterbringung an Jugendlichen und Heranwachsenden, Diss. Kiel 1988; *Wolff* Die benachteiligende Funktion der Untersuchungshaft, KrimJ 1975 20; *de Wyl* Die Wirkung der Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden, RdJ 1958 305; *Zender* Untersuchungshaft an weiblichen und männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden (1998); *Zirbeck* Die Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden, KrimStudien 1973 185.

**3. Rechtsvergleichung.** *Amendt* Die Verfassungsmäßigkeit der strafprozessualen Sicherheitsleistungsvorschriften (§§ 116, 116a, 127a; 132 StPO) (1986); *Bertel* Die Untersuchungshaft, ÖstAnwBl. 1981 199;

*Bertel* Die Reform der Untersuchungshaft im StrafrechtsänderungsG 1983, ÖstAnwBl. **1983** 513; *Brandstetter* Aktuelle Probleme des Strafprozessrechts, ÖstJZ **1994** 583; *Budde* Die zeitliche Begrenzung der Untersuchungshaft im italienischen Strafprozess, ZStW **98** (1986) 743; *Czczot/Grajewski/Skupinski* Untersuchungshaft und andere strafverfahrenssichernde Maßnahmen, in: Viertes deutsch-polnisches Kolloquium über Strafrecht und Kriminologie (1991) 89; *Dessecker/Geissler-Frank* Empirische Forschungsarbeiten zum Strafverfahren und Strafverfahrensrecht (1995); *Deu* Die Untersuchungshaft im spanischen Recht unter besonderer Berücksichtigung der Verfassung von 1978, ZStW **104** (1992) 201; *Dünkel* Neuere Entwicklungen im Bereich der Bewährungshilfe und -aufsicht im internationalen Vergleich, BewHi. **1984** 163; *Dünkel/Vagg* Untersuchungshaft und Untersuchungshaftvollzug (1994); *Eser* Entwicklung des Strafverfahrensrechts in Europa, ZStW **108** (1996) 86; *Frommel* Fremdenfeindliche Gewalt, Polizei und Strafrecht, KJ **1994** 323; *Gammeltoft/Hansen* Die Untersuchungshaft in Dänemark und Norwegen, ZStW **88** (1976) 516; *Grebing* Die Untersuchungshaft in Frankreich, Rechtsvergleichende Untersuchungen zur gesamten Strafrechtswissenschaft, N.F. 48 (1974); *Hetzel* Die Untersuchungshaft nach deutschem, österreichischem, französischem und englischem Recht (1899); *Jescheck/Krümpelmann* Die Untersuchungshaft im deutschen, ausländischen und internationalen Recht; III. Die Untersuchungshaft in rechtsvergleichender Darstellung (1971); *Jung* Das Institut der Untersuchungshaft im rechtsvergleichenden Überblick, in: Jung/Müller-Dietz, Reform der Untersuchungshaft (1983) 79; *Kain* Grundrechte und Untersuchungshaft, ÖstRiZ **1988** 81; *Kamiguchi* Zulässigkeit der polizeilichen Vernehmung des inhaftierten Beschuldigten in Japan, ZStW **96** (1984) 241; *Korinek/Kain* Grundrechte und Untersuchungshaft (1988); *Krümpelmann* Probleme der Untersuchungshaft im deutschen und ausländischen Recht, ZStW **82** (1970) 1052; *Marx/Grilli* Der neue italienische Strafprozess, GA **1990** 495; *Morawetz/Stangl* Untersuchungshaft in Österreich, MSchrKrim. **1986** 259; *Morawetz/Stangl* Über den Rückgang der Untersuchungshaft in Österreich, ÖstJZ **1991** 401; *Morgenstern* Die Stärkung prozessualer Garantien im Recht der Untersuchungshaft in Deutschland und Polen, ZIS **2011** 240; *Morgenstern* Untersuchungshaft in Europa: Probleme im Rechts(tatsachen)vergleich, MSchrKrim **94** (2011) 452; *Morgenstern* Von Straßburg nach Schwerin, von Brüssel nach Berlin: Jüngere Entwicklungen von Recht und Praxis der Untersuchungshaft in Deutschland und Europa, KUP **62** (2011) 69; *Morgenstern* Die Untersuchungshaft – Eine Untersuchung unter rechtsdogmatischen, rechtsvergleichenden und europarechtlichen Aspekten (2018); *Müller* Das beschleunigte Verfahren im französischen Strafprozeßrecht, GA **1995** 169; *Reindl* Untersuchungshaft und Menschenrechtskonvention (1997); *Rodriguez* Die Unschuldsvermutung und die materiellen Voraussetzungen der Untersuchungshaft (1995); *G. Schmidt* Die Reform der Untersuchungshaft in Schweden, FS Tröndle (1989) 871; *Soyer* Reform der Untersuchungshaft in Österreich – Rückblick und Ausblick, StV **2001** 536; *Spinellis* Erklärte und „apokryphe“ Ziele, Funktionen und Gründe der „vorläufigen Haft“ im griechischen Strafprozeßrecht, FS Schroeder (2006) 861; *Swoboda* Voraussetzungen der Außervollzugsetzung eines Haftbefehls vor dem Jugoslawientribunal, GA **2006** 629; *Venier* Zum Grundrecht auf ein gesetzmäßiges Verfahren in Haftsachen, ÖstJZ **1994** 798; *Venier* Das Recht der Untersuchungshaft (1999); *Weigend* Die Reform des Strafverfahrens, ZStW **104** (1992) 486.

### Entstehungsgeschichte

Das Recht der Untersuchungshaft und die Anwendung der Vorschriften in der Praxis sind seit langem<sup>1</sup> Gegenstand zum Teil heftiger Kritik und Anlass zahlreicher Reformforderungen (Rn. 109). Dennoch hat sich trotz vieler, zum Teil allerdings nur vorübergehender, Eingriffe in das Haftrecht der ursprüngliche Bestand des neunten Abschnitts<sup>2</sup> bis zum Strafprozessänderungsgesetz 1964 weitgehend erhalten, lässt man die bereits in den Jahren 1926 (§§ 114a bis 114d, 115a bis 115d) bzw. 1933 (§ 126a a.F.) eingeschobenen Bestimmungen unberücksichtigt. Namentlich die „klassischen“ Haftgründe des Fluchtverdachts und der Verdunkelungsgefahr sowie die Beschränkung auf sie, die erst das Strafprozessänderungsgesetz 1964 aufgegeben hat, waren ursprünglicher Inhalt des Ab-

<sup>1</sup> Vgl. zum Beispiel *Heinemann* ZStW **26** (1906) 507; *Peterson* GA **30** (1882) 322; *Rosenberg* ZStW **26** (1906) 339. Siehe zur Entstehungsgeschichte auch *Speck*; *Seebode* (Vollzug) 26; sowie *Müller-Dietz* (Kolloquium) 219.

<sup>2</sup> *Hahn* Mat. **2** 2393.

schnitts. Selbst die sonst tief in den Strafprozess eingreifende „Emminger-Verordnung“ hatte das Haftrecht unberührt gelassen. Erst der weite Kreise erregende Tod des ehemaligen Ministers *Höfle* in der Untersuchungshaft war Ansporn, das Haftkontrollverfahren durch ein periodisches Haftprüfungsverfahren neu zu regeln,<sup>3</sup> das freilich schon acht Jahre später wieder abgeschafft wurde.<sup>4</sup>

Kurze Zeit danach wurden die **klassischen Haftgründe** um zwei neue **erweitert**.<sup>5</sup> Die Untersuchungshaft wurde für zulässig erklärt, wenn zu befürchten war, dass der Beschuldigte die **Freiheit zu neuen Straftaten missbrauchen** werde, oder wenn es mit Rücksicht auf die Schwere der Tat und die durch sie hervorgerufene **Erregung der Öffentlichkeit** nicht erträglich wäre, den Beschuldigten in Freiheit zu lassen.

1946 wurde der Haftgrund der Erregung der Öffentlichkeit beseitigt und anschließend kehrte das VereinHG allgemein zu dem Rechtszustand von 1926 zurück. Erhalten blieb der 1933 eingefügte<sup>6</sup> § 126a über die **einstweilige Unterbringung von Schuldunfähigen**. Die §§ 114a (später 114b, nunmehr 114c), 128, 129 und 131 wurden an Art. 104 GG angepasst.

Tiefere Eingriffe brachte erst das **Strafprozessänderungsgesetz 1964** mit dem Ziel, sowohl die Zahl der Verhaftungen als auch die Dauer der Untersuchungshaft einzuschränken. Dazu bediente es sich im Wesentlichen folgender Mittel: Die **Voraussetzungen der Haft** wurden **bestimmter und enger** umschrieben; der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr wurde erheblich eingeschränkt, die Begründungspflicht verschärft. Bei **Bagatelldelikten** wurde die Untersuchungshaft weitergehend als früher ausgeschlossen. Der darin liegende Gedanke, die Untersuchungshaft müsse zu dem zu erwartenden Ergebnis des Verfahrens in einem angemessenen Verhältnis stehen, wurde darüber hinaus durch den Grundsatz der **Verhältnismäßigkeit** betont (§ 112 Abs. 1 Satz 2, § 120 Abs. 1 Satz 1, 2. Hs.).

Die **periodische Haftprüfung** wurde **abgeschafft**, jedoch die Regelung eingeführt, dass die Untersuchungshaft vor einem freiheitsentziehenden Urteil grundsätzlich nicht länger als sechs Monate dauern darf (§ 121 Abs. 1 und 2). Zu den bisherigen **sichernden Maßnahmen** vor dem Urteil (§ 111a: vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis; § 126a: einstweilige Unterbringung) fügte der Gesetzgeber den **Haftgrund der Wiederholungsgefahr** bei Sittlichkeitsdelikten an.

Das **Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung**<sup>7</sup> hat die Haftgründe der **Fluchtgefahr** und der **Verdunkelungsgefahr** wieder weiter gefasst sowie den Haftgrund der **Wiederholungsgefahr** ausgebaut und als selbstständige Vorschrift (§ 112a) ausgestaltet. Durch Art. 21 Nr. 34, 35 und 37 **EGStGB 1974** sind die §§ 126a Abs. 1, 127 Abs. 3 und 130, in der Substanz unverändert, neu gefasst worden.

Der Deliktskatalog des § 112a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 wurde durch Artikel 2 des **StGBÄndG 1989** erweitert und durch Art. 3 Nr. 10 des **OrgKG** Änderungen im BtMG angepasst. Durch das **VerbrbekG** wurde das Haftrecht weiter verschärft; durch Art. 4 Nr. 3 wurde der Deliktskatalog des § 112 Abs. 3 ergänzt und durch Art. 4 Nr. 4 wurde § 112a Abs. 1 Satz 2 aufgehoben. Des Weiteren wurde durch das **Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 17. Juli 1997**<sup>8</sup> die sog. **Hauptverhandlungshaft** (§ 127b) nebst Fest-

<sup>3</sup> Gesetz zur Abänderung der Untersuchungshaft vom 27.12.1926 (RGBl. I S. 529).

<sup>4</sup> Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24.4.1934 (RGBl. I 341).

<sup>5</sup> Art. 5 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafverfahrens und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 28.6.1935 (RGBl. I S. 844).

<sup>6</sup> AGGewVerbrG vom 24.11.1933 (RGBl. I S. 1000).

<sup>7</sup> Vom 7.8.1972 (BGBl. I S. 1361).

<sup>8</sup> BGBl. I S. 1822.

nahmebefugnis eingeführt. Spätere Änderungen in § 112 Abs. 3 und § 112a Abs. 1 durch weitere Gesetze folgten im Wesentlichen Änderungen im Strafgesetzbuch. Des Weiteren wurde § 116a Abs. 1 durch das **2. Justizmodernisierungsgesetz** ergänzt.<sup>9</sup> Schließlich wurde durch das **Gesetz zur Sicherung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt**<sup>10</sup> § 126a geändert.

**Im Jahr 2009** erfuhr § 112a weitere Ergänzungen: Durch Art. 1 Nr. 10 des Gesetzes zur Stärkung der Rechte von Verletzten und Zeugen im Strafverfahren (**2. Opferrechtsreformgesetz – ORRG**) vom 29.7.2009<sup>11</sup> wurde in § 112a Abs. 1 der neue Satz 2 eingefügt.<sup>12</sup> Das **Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten** vom 30.7.2009<sup>13</sup> bestimmte in Art. 3 Nr. 5 die Aufnahme des § 89a StGB in den Katalog der Anlasstaten nach Absatz 1 Nummer 2.<sup>14</sup>

Weitere wesentliche und umfangreiche Änderungen brachte das am 1.1.2010 in Kraft getretene **UHaftÄndG** vom 29.7.2009.<sup>15</sup> Schwerpunkt der Novelle war – neben den Änderungen zum Akteneinsichtsrecht (§ 147 Abs. 2, 7)<sup>16</sup> und zur notwendigen Verteidigung (§ 140 Abs. 1 Nr. 4)<sup>17</sup> – die vollständige **Neufassung des § 119**, die den Auswirkungen der Föderalismusreform geschuldet war.<sup>18</sup> Nachdem sich die (konkurrierende) Gesetzgebungskompetenz des Bundes nunmehr auf „das gerichtliche Verfahren (ohne das Recht des Untersuchungshaftvollzugs)“ beschränkt, ist mit der Neufassung des § 119 die Regelung der im Bereich der Gesetzgebungskompetenz des Bundes verbliebenen Inhalte des § 119 a.F. und der ihn ergänzenden UVollzO in der Strafprozessordnung erfolgt.<sup>19</sup> Weite Teile der Regelungsmaterie des § 119 a.F. und der ihn ergänzenden UVollzO fallen demgegenüber jetzt in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Diese haben in den **Landesuntersuchungshaftvollzugsgesetzen** die Anordnungs- und Ausführungskompetenz für Beschränkungen, die der Aufrechterhaltung der Sicherheit bzw. der Ordnung in der Anstalt dienen, in der Regel auf die Vollzugsanstalt übertragen. Bezüglich deren Entscheidungen und Maßnahmen war danach in Ausfüllung der Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG eine Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung zu schaffen, was der Bundesgesetzgeber, in dessen Zuständigkeit die Regelung der Rechtswegfrage nach wie vor fällt, mit der **Aufnahme des § 119a** in die Strafprozessordnung getan hat.<sup>20</sup> In den **neugefassten bzw. eingefügten §§ 114a bis 114c** wurden in Anlehnung an Art. 5 Abs. 2 EMRK sowie unter Berücksichtigung der Forderungen des CPT die Belehrungspflichten gegenüber dem festgenommenen Beschuldigten zeitlich vorverlagert und inhaltlich erweitert. Überdies wurde dessen (aktives) Benachrichtigungsrecht gestärkt. Aufgrund der **Verweisungen in den §§ 127 Abs. 4, 127b Abs. 1 Satz 2** und 163c Abs. 1 Satz 3 wurde die entsprechende Geltung der Informations-, Belehrungs- und Benachrichtigungspflichten für vorläufige Festnahmen durch Polizei oder Staatsanwaltschaft und das Festhalten zum Zweck der Identitätsfeststellung sichergestellt. Die **neu eingefügten §§ 114d und 114e** sollen – in Umsetzung der Föderation

9 S. die Entstehungsgeschichte zu diesen Vorschriften.

10 BGBl. I 2007 S. 2327.

11 BGBl. I S. 2280.

12 Vgl. die Erl. im Nachtrag zur 26. Aufl., § 112a, 1 ff.

13 BGBl. I S. 2437.

14 Vgl. die Erl. im Nachtrag zur 26. Aufl., § 112a, 4 ff.

15 BGBl. I S. 2274.

16 Vgl. die Erl. im Nachtrag zur 26. Aufl., § 147, 1 ff.

17 Vgl. die Erl. im Nachtrag zur 26. Aufl., § 140, 8 ff.

18 Kritik gegen die Kompetenzverlagerung findet sich bei SK/Paeffgen 2b.

19 Vgl. die Erl. im Nachtrag zur 26. Aufl., § 119, 1 ff.

20 Vgl. die Erl. im Nachtrag zur 26. Aufl., § 119a, 1 ff.

lismusreform – durch Übernahme früher in der UVollzO enthaltener Regelungen in die StPO gewährleisten, dass Gerichten, Staatsanwaltschaften und Vollzugsanstalten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten zur Verfügung stehen und legen zu diesem Zweck wechselseitige Informationspflichten fest. Mit der **Neufassung des § 115 Abs. 4** wurde klargestellt, dass bei Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft umfassend über alle Beschwerdemöglichkeiten und Rechtsbehelfe zu belehren ist. Die **Änderung des § 115a Abs. 2** soll eine Beschleunigung und Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen dem nächsten und dem zuständigen Gericht sowie der Staatsanwaltschaft bewirken. In dem **neu eingefügten § 116b** fand das früher nur unvollkommen geregelte Verhältnis der Vollstreckung der Untersuchungshaft zur Vollstreckung anderer freiheitsentziehender Maßnahmen eine ausdrückliche Regelung. Die **Neufassung des § 126 Abs. 1 Satz 1** stellte klar, dass das zuständige Haftgericht auch zu den Entscheidungen nach den neu eingefügten §§ 116b und 119a berufen ist. In den **§§ 117 und 126a** fanden sich **Folgeänderungen**, die wegen der Neuregelungen in § 140 Abs. 1 Nr. 4 bzw. in § 119a erforderlich waren.<sup>21</sup>

Durch das **Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Strafverfahren** vom 2.7.2013<sup>22</sup> wurden die Belehrungsinhalte in § 114b Abs. 2 nochmals erweitert.<sup>23</sup>

Das **Gesetz zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Straftaten** vom 12.6.2015<sup>24</sup> erbrachte die Aufnahme der in § 89c Abs. 1 bis 4 StGB neu normierten Straftaten der Terrorismusfinanzierung in den Katalog des § 112a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2.

Durch Art. 2 Abs. 5 Nr. 5 des **50. Gesetzes zur Änderung des StGB** vom 4.11.2016<sup>25</sup> wurde in § 112a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 der mit Wirkung zum 10.11.2016 weggefallene § 179 StGB aus dem Kreis der Katalogtaten gestrichen.

Art. 2 Nr. 2 des **Gesetzes zur Bekämpfung der Verbreitung neuer psychoaktiver Stoffe** vom 21.11.2016<sup>26</sup> erbrachte die Erweiterung des Katalogs in § 112a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 um den Tatbestand des § 4 Abs. 3 Nr. 1 lit. a des Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetzes (NpSG).

Das **Gesetz zur Änderung des Völkerstrafgesetzbuches** vom 22.12.2016<sup>27</sup> führte durch seinen Art. 2 Abs. 3 Nr. 4 mit Wirkung zum 1.1.2017 zur Aufnahme des § 13 Abs. 1 VStGB in den Katalog des § 112 Abs. 3 und zu dessen redaktioneller Neufassung (allerdings nur hier) durch Ausschreiben der Worte „Absatz“ und „Nummer“.

Durch Art. 1 Nr. 9 des **Gesetzes zur Einführung der elektronischen Akte** in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5.7.2017<sup>28</sup> wurde die (weggefallene) Nummer 4 des § 29 Abs. 1 BtMG aus dem Kreis der Katalogtaten des § 112a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 gestrichen, die Vorschrift auch sonst an die Änderung des BtMG angepasst und schließlich redaktionell durch – wiederum nur teilweises – Ausschreiben der Worte „Absatz“, „Satz“ und „Nummer“ neugefasst.

21 Wegen der Einzelheiten vgl. jeweils die Erl. zu den jeweiligen Normen im Nachtrag zur 26. Aufl.

22 BGBl. I S. 1938.

23 Vgl. hierzu die Erl. im Nachtrag zur 26. Aufl., § 114b, 4, 16 ff., 21 ff., 29.

24 BGBl. I S. 926.

25 BGBl. I S. 2460.

26 BGBl. I S. 2615.

27 BGBl. I S. 3150.

28 BGBl. I S. 2208.

**Übersicht**

- I. Arten freiheitsentziehender Maßnahmen
  - 1. Freiheitsentziehungen im 9. Abschnitt der StPO — 1
    - a) Untersuchungshaft — 2
    - b) Vorläufige Festnahme — 3
    - c) Einstweilige Unterbringung — 4
    - d) Hauptverhandlungshaft — 5
  - 2. Weitere Freiheitsentziehungen — 6
    - a) § 275a — 7
    - b) Ungehorsamshaft — 8
    - c) Vollstreckungssicherung — 9
    - d) Sitzungspolizeiliche Ordnungshaft — 10
    - e) Ordnungs- und Beugehaft gegen Zeugen — 11
    - f) § 71 JGG — 12
    - g) Maßnahmen des Rechtshilfeverkehrs — 13
    - h) Abschiebungshaft — 14
    - i) Gewahrsam nach Ordnungs- und Polizeirecht — 15
    - j) Sonstige kurzfristige Maßnahmen — 16
  - 3. Organisationshaft — 17
- II. Zweck der Untersuchungshaft
  - 1. Legitime Zwecke — 19
  - 2. Unzulässige Zwecke; apokryphe Haftgründe — 26
  - 3. Präventivhaft — 31
- III. Verfassungsrechtliche Fragen
  - 1. Allgemeines — 33
- 2. Untersuchungshaft als ultima ratio — 38
- 3. Rechtliches Gehör; Akteneinsicht — 42
- 4. Richtervorbehalt — 53
- 5. Haftgrund der Schwerekriminalität — 56
- 6. Haftgrund der Wiederholungsgefahr — 57
- 7. Regelungskompetenz § 126a — 58
- 8. Sonderopfer — 59
- 9. Verhältnismäßigkeit — 60
- 10. Beschleunigungsprinzip — 66
- 11. Unschuldsvermutung — 70
- 12. Nemo-tenetur-Grundsatz — 72
- 13. Vollzug der Untersuchungshaft — 73
- 14. Landesverfassungsrecht — 75

- IV. EMRK und IPBPR — 76
- V. Strafprozessuale Fragen
  - 1. Allgemeines — 79
  - 2. Vollzug — 83
  - 3. Praxis — 84
  - 4. Mehrfache Haft — 88
  - 5. Rechtskraft — 93
  - 6. Privatklage — 102
  - 7. JGG — 103
- VI. Haftentscheidungshilfe — 104
- VII. Nato-Truppenstatut — 105
- VIII. Anrechnung, Entschädigung — 106
- IX. Rechtswirklichkeit; Statistik — 107
- X. Reform — 109
- XI. Europäische Initiativen — 113

**Alphabetische Übersicht**

- Abwägung 38, 62
- Akteneinsicht 42 ff.
- Apokryphe Haftgründe 28
- Auslieferungshaft 68
- Begleitmaßnahmen 82
- Benachrichtigung 81, 89, 106
- Beschlagnahme 82
- Beschränkungen 74, 83
- Beschwerde 92
- Doppelakten 87
- Doppelhaft 90
- Einstweilige Unterbringung 4, 79, 111
- Einzelhaft 73
- EMRK 76
- Entschädigung 59
- Ermittlungen 65, 104
- Europäischer Haftbefehl 13
- Europäische Initiativen 113
- Faires Verfahren 42, 71
- Freiheitsanspruch 37
- Freiheitsentziehungen 6 ff.
- Gegenstandsloser Haftbefehl 98 ff.
- Gehör 42 ff.
- Gemeinwohl 38
- Grundrechtseingriffe 33, 42, 62, 74
- Haftgrund 21, 56, 99
- Haftvermeidungshilfe 104
- Haftvoraussetzungen 64, 79, 81, 99
- Haftzahlen 86, 107 f.
- Hauptverhandlungshaft 5, 79
- in dubio pro reo 64
- IPBPR 76
- JGG 103
- Klärung von Zweifeln 65, 71, 104
- Menschenwürde 71, 73
- Organisationshaft 17
- Praxis 36, 41, 61, 74, 84
- Privatklage 102
- Rechtskraft 93 ff.
- Regelungskompetenz 57, 58

Richtervorbehalt 53 ff.  
RiStBV 80  
Schadensersatz 106  
Schutzvorschriften 39, 75  
Sicherung 21, 93  
Sonderopfer 59  
Spannungsverhältnis 34, 74  
Strafbefehlsverfahren 21  
Überhaft 68, 89  
Überstellungshaftbefehl 13  
ultima ratio 38, 74  
Umkehr der Beweislast 56  
Ungehorsamshaft 8  
Unschuldsumutung 70  
Unterbrechung der Haft 90 f.  
Unterrichtungspflicht 42

Untersuchungshaftvollzugsgesetze 83  
Verfahrensstraffung 66, 87  
Verfolgung anderer Zwecke 26  
Verhältnismäßigkeit 60, 71, 74, 102  
Verteidigung 74, 85  
Verwertungsverbot 42 ff.  
Vollstreckungshaft 18, 98.  
Vollzug 73, 83  
Vorweggenommene Strafe 27, 71  
Wiederaufnahme 21  
Wiedereinsetzung 101  
Zurückgewinnungshilfe 26  
Zuständigkeit 90, 91  
Zwangsmaßnahmen 82  
Zweifelsgrundsatz 64  
Zwischenhaft 18

## I. Arten freiheitsentziehender Maßnahmen

- 1 **1. Freiheitsentziehungen im 9. Abschnitt der StPO.** Der 9. Abschnitt der StPO regelt mit der Untersuchungshaft, der einstweiligen Unterbringung, der vorläufigen Festnahme sowie der Hauptverhandlungshaft verschiedene freiheitsentziehende Zwangsmaßnahmen, die zum Teil unterschiedliche Zwecke verfolgen.
- 2 **a) Untersuchungshaft (§§ 112 ff.)** ist die Verwahrung eines Beschuldigten in einer Haftanstalt aufgrund eines richterlichen Haftbefehls zur Sicherstellung eines geordneten Strafverfahrens (näher zur Zielrichtung der Untersuchungshaft Rn. 19 ff.).
- 3 **b) Vorläufige Festnahme (§ 127)** bedeutet die einstweilige Freiheitsentziehung gegenüber einem Verdächtigen zur Sicherung der Strafverfolgung.
- 4 **c)** Die aufgrund richterlicher Anordnung vorgenommene **einstweilige Unterbringung (§ 126a)** gefährlicher Beschuldigter in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt stellt eine vorläufige Maßnahme zum Schutz der Allgemeinheit dar. Sie dient weder der Verfahrenssicherung noch der Sicherung des künftigen Vollzugs einer Freiheitsentziehung.<sup>29</sup> Ihr Zweck ist vielmehr rein **präventiv**, nämlich die Allgemeinheit vor weiteren rechtswidrigen Taten eines Schuldunfähigen (§ 20 StGB) oder eines vermindert Schuldfähigen (§ 21 StGB) zu schützen. Weil der einstweiligen Unterbringung der Charakter des Vorläufigen anhaftet, wird sie weitgehend wie die Untersuchungshaft behandelt (§ 126a Abs. 2 Satz 1). Ihrer Bestimmung nach gehört sie mit der vorläufigen Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 111a), dem vorläufigen Berufsverbot (§ 132a) und mit der Präventivhaft gemäß § 112a zu den vorläufigen Maßnahmen vor dem Urteil; diese nehmen – ungeachtet der Frage ihrer systematischen Einordnung – im Ergebnis die Wirkung des erwarteten Urteils vorweg, um die Öffentlichkeit zu schützen (vgl. auch § 112a, 10). Zu verfassungsrechtlichen Fragen siehe Rn. 58.

<sup>29</sup> Zur (analogen) Anwendung der §§ 112 ff. zur Sicherung einer Unterbringung nach einem Unterbringungsgesetz vgl. OLG Naumburg NStZ 2002 500; OLG Nürnberg NStZ 2002 500; Peglau NJW 2002 3679.

**d)** Die **Hauptverhandlungshaft (§ 127b)** als besondere Art der Untersuchungshaft **5** dient gleichfalls der Verfahrenssicherung, soll nämlich die Durchführung eines beschleunigten Verfahrens (§ 417) gewährleisten; sie ist daher systemgerecht.

**2. Weitere Freiheitsentziehungen.** Neben den genannten Formen freiheitsentziehender Zwangsmaßnahmen finden sich in der StPO und der übrigen Rechtsordnung **6** zahlreiche weitere Haft- und Festnahmearten sowie Freiheitsbeschränkungen, die unterschiedliche Zielrichtungen aufweisen.

**a)** Die **einstweilige Unterbringung nach § 275a Abs. 6 Satz 1 und 3**, nicht jedoch **7** die Untersuchungshaft,<sup>30</sup> dient der Sicherung der nachträglichen bzw. vorbehaltenen Sicherungsverwahrung. Die §§ 114 bis 115a, 117 bis 119a, 126a Abs. 3 gelten entsprechend (§ 275a Abs. 6 Satz 4).

**b)** Die sog. **Ungehorsamshaft** nach §§ 230 Abs. 2, 236, 329 Abs. 3, 412 Satz 1 **8** zweckt gleichfalls die Sicherung des Verfahrens. Sie soll bewirken, dass der Angeklagte nicht durch sein Ausbleiben eine Hauptverhandlung vereitelt.<sup>31</sup> Das Vorliegen eines Haftgrundes nach den §§ 112, 112a ist nicht erforderlich. Die Regelungen des Haftrechts sind auf diese Haft weitgehend, teils unmittelbar, sonst entsprechend anwendbar. Von § 112 gilt nur Absatz 1 Satz 2 (§ 112, 5). § 121 ist nicht anzuwenden (§ 121, 10). Von § 125 hat nur Absatz 2 Satz 1, erste Alternative, von § 126 nur Absatz 2 Satz 1 und 3 Bedeutung. Die §§ 127 bis 129 können ihrem Inhalt nach, § 130 des Zeitpunkts wegen (§ 130, 15), nicht angewendet werden. Im Übrigen gilt nahezu das gesamte Haftrecht, nämlich §§ 114 bis 116b, 123, 124, 117, 118, 118a, 118b, 119, 119a, 120, 131. Auf die Erläuterungen zu diesen Vorschriften wird verwiesen.

**c)** **Vollstreckungssicherung (§§ 453c, 457).** Die Haft, die der Sicherung (Durchführung) der Vollstreckung einer im rechtskräftigen Urteil verhängten Freiheitsentziehung dienen soll, ist in den §§ 453c, 457 Abs. 2 speziell geregelt. Die Haftvoraussetzungen weichen zum Teil von denen der §§ 112, 112a ab. Wegen der unterschiedlichen Ausgangslage und Zielsetzungen sind die weiteren Regelungen des Haftrechts (§§ 113ff.) bei der Haft gemäß § 453c nur teilweise und bei § 457 im Wesentlichen nicht (ausgenommen § 114) anwendbar. Wegen der Einzelheiten wird auf die Erl. zu den §§ 453c, 457 verwiesen. **9**

**d)** Als **sitzungspolizeiliche** Maßnahme ist **Ordnungshaft** auch gegen Zeugen, **10** Sachverständige und Zuhörer zulässig (§§ 177 Satz 1, 178 Abs. 1 Satz 1 GVG).

**e)** Die **Ordnungs-** (§§ 70 Abs. 1, 161a Abs. 2 Satz 2) und **Beugehaft** (§§ 70 Abs. 2, 161a **11** Abs. 2 Satz 2) gegen **Zeugen** hat den Zweck, die Aussage oder Eidesleistung zu erzwingen; ferner ist die **Vorführung** zur Erzwingung des Erscheinens zulässig (§§ 51, 161a Abs. 2 Satz 1).

**f)** Eine besondere Form der Freiheitsentziehung ist die einstweilige Unterbringung **12** gemäß **§ 71 Abs. 2 JGG** (s. Rn. 103).

**30** Meyer-Goßner/Schmitt § 275a, 16, 17.

**31** Gollwitzer StV 1996 255; s. auch Kamp FS Rudolphi 661ff.; zur Unanwendbarkeit der Haft nach § 230 Abs. 2 im beschleunigten Verfahren siehe OLG Hamburg NSTZ 1983 40.

- 13 g) Als freiheitsentziehende **Maßnahmen des Rechtshilfeverkehrs** sind zu nennen die vorläufige Festnahme des Verfolgten nach § 19 IRG sowie dessen Inhaftierung zur Sicherung der Auslieferung (§§ 15 ff. IRG), der Durchlieferung (§ 45 IRG) und der Rücklieferung (§ 68 IRG). Der Europäische Haftbefehl ist seinem Wesen nach kein Haftbefehl, sondern Element eines vereinfachten Auslieferungsverfahrens.<sup>32</sup> Der Überstellungshaftbefehl nach dem IstGHG ist Teil der internationalen Gerichtshilfe. Zu Einzelfragen (Fahndung, Festnahme, Haftprüfung, Zuständigkeit des OLG) s. Einl. D 95 ff.
- 14 h) Zur **Abschiebungshaft** s. § 62 AufenthG. Das Verhältnis der Abschiebungs- zur Untersuchungshaft regelt jetzt § 116b Satz 1 ausdrücklich dahin, dass die Untersuchungshaft vorrangig ist.<sup>33</sup>
- 15 i) Eine weitere Form der staatlichen Freiheitsentziehung ist der Gewahrsam nach dem **Ordnungs- und Polizeirecht**, der insbesondere auch zur Verhinderung von Straftaten angeordnet werden kann.
- 16 j) **Sonstige kurzfristige Maßnahmen.** Daneben gibt es zahlreiche kurzfristige Freiheitsentziehungen bzw. -beschränkungen aus verschiedenen Gründen, wie etwa
- die vorläufige Festnahme von Personen, die strafprozessuale Amtshandlungen außerhalb einer Hauptverhandlung stören (§ 164) oder in einer Hauptverhandlung eine Straftat begehen (§ 183 Satz 2 GVG),
  - die befristete Unterbringung des Beschuldigten in einem psychiatrischen Krankenhaus zur Beobachtung (§ 81),
  - das kurzzeitige Festhalten zur Durchführung sonstiger strafprozessualer Maßnahmen (§§ 81a, 81b, 102, 111 Abs. 1 Satz 2; §§ 163b, 163c),
  - die Vorführung des Beschuldigten (§§ 134, 163a Abs. 3 Satz 2),
  - das Festhalten des Angeklagten zur Sicherstellung seiner Anwesenheit in der Hauptverhandlung und seine Ingewahrsamnahme während deren Unterbrechung (§ 231 Abs. 1 Satz 2)
  - sowie (zum Teil) entsprechende polizeirechtliche Maßnahmen.
- 17 3. Die sog. **Organisationshaft**<sup>34</sup> ist keine Untersuchungshaft. Unter Organisationshaft, zum Teil auch **Vorbereitungshaft** genannt, wird der Zeitraum verstanden, in dem ein inhaftierter Verurteilter nach rechtskräftig gewordenem Urteil (und somit der h.M.<sup>35</sup> zufolge nach unmittelbar eintretender Beendigung der Untersuchungshaft) darauf wartet, dass der Vollzug einer Maßregel (in der Regel einer solchen nach § 64 StGB), die neben einer Freiheitsstrafe angeordnet ist und vor dieser vollstreckt werden soll (weil es an der Anordnung des Vorwegvollzuges der Freiheitsstrafe gemäß § 67 Abs. 2 StGB fehlt),

32 Vgl. Europäisches Haftbefehlsgesetz vom 20.7.2006, BGBl. I S. 1721; s. auch das EuHBG vom 21.7.2004, BGBl. I S. 1748 und dazu BVerfG NJW 2005 2289; Rahmenbeschluss des Rates vom 13.6.2002 über den Europäischen Haftbefehl – ABIEU Nr. L 190/1–20 vom 18.7.2002.

33 Wegen der Einzelheiten vgl. die Erl. zu § 116b; zum früheren Rechtszustand s. etwa BGH MDR 1995 536; KG StV 1996 107.

34 Vgl. dazu BVerfG NSTZ 1998 77; NJW 2006 427 mit Anm. Paeffgen NSTZ 2006 137; OLG Hamm NSTZ-RR 2004 381; OLG Celle NSTZ-RR 2002 349; OLG Dresden NSTZ 1993 511; OLG Brandenburg NSTZ 2000 500; LG Göttingen StV 2016 514; SK/Paeffgen § 120, 14 ff.; KK/Schultheis § 120, 22; KMR/Wankel § 120, 10; ausführlich Bartmeier NSTZ 2006 544 ff., auch zur Vollzugswirklichkeit und den Auswirkungen der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung auf die Vollstreckungspraxis. Zur Anrechnung der sog. Organisationshaft vgl. Fischer StGB § 51, 5 und § 67, 23a m.w.N.; Morgenstern StV 2007 441 ff.

35 Vgl. dazu Rn. 93 ff.

beginnen kann. Das **BVerfG** hat in einer ersten Entscheidung die vorübergehende Verwahrung des Verurteilten im Strafvollzug während der Wartezeit auf einen Platz im Maßregelvollzug zwar mit Blick auf die in § 67 Abs. 1 StGB vorgesehene Vollstreckungsreihenfolge („Therapie vor Strafe“) als „Regelwidrigkeit“ bezeichnet,<sup>36</sup> sich aber nicht zur Recht- oder Verfassungsmäßigkeit der Organisationshaft geäußert; es hat sich vielmehr nur mit deren Auswirkungen auf die Strafzeitberechnung befasst und hierzu ausgeführt, dem Verurteilten dürfe insoweit kein Nachteil entstehen. In einer späteren Entscheidung hat es in Bezug auf die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Organisationshaft ausgeführt, dass diese zur „Nutzung der therapeutisch fruchtbaren Zeit“ die zu vollziehende Maßregel vorbereite und in diesem Kontext durch die richterliche Maßregelanordnung gedeckt sei. Die Organisationshaft dürfe aber – ohne dass insoweit feste Fristen gelten würden<sup>37</sup> – nur für denjenigen Zeitraum aufrechterhalten werden, den die Vollstreckungsbehörde, die die Überstellung des Verurteilten in den Maßregelvollzug unverzüglich einzuleiten und herbeizuführen habe, unter Beachtung des Beschleunigungsgebotes zur Beschaffung eines Therapieplatzes, der sich unter Umständen auch außerhalb des jeweiligen Bundeslandes befinden könne, benötige.<sup>38</sup>

Zu der – unter den Stichworten **Zwischenhaft** und **Vollstreckungshaft** erörterten – **18** Frage, ob Haftbefehl und Untersuchungshaft nach Rechtskraft eines auf die Verhängung einer unbedingten Freiheitsstrafe lautenden Urteils bis zur förmlichen Einleitung der Vollstreckung fortbestehen, vgl. Rn. 98.

## II. Zweck der Untersuchungshaft

**1. Legitime Zwecke.** Zulässiger Zweck der Untersuchungshaft gemäß § 112 ist nach **19** herrschender Meinung<sup>39</sup> die Durchsetzung des Anspruchs der staatlichen Gemeinschaft auf vollständige Aufklärung der Tat und rasche Bestrafung des Täters; sie soll demnach die **Durchführung eines geordneten Verfahrens** und die sich möglicherweise anschließende **Vollstreckung eines Freiheitsentzuges** sichern.<sup>40</sup> Entgegen einer immer wieder zitierten, irreführenden Formulierung *Hassemers*<sup>41</sup> ist Untersuchungshaft, die zu diesem legitimen Zweck und unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen in dem dafür vorgesehenen rechtsförmlichen Verfahren angeordnet wird, keine „Freiheitsberaubung gegenüber einem Unschuldigen“, weil es bei dieser staatlichen Zwangsmaßnahme – jedenfalls – an der einer „Freiheitsberaubung“ innewohnenden Rechtswidrigkeit fehlt.<sup>42</sup>

**36** BVerfG NSTz 1998 77.

**37** Demgegenüber hat die Vollzugspraxis weitgehend eine „Organisationsfrist“ von drei Monaten angenommen, die der Vollstreckungsbehörde – im Sinne einer festen Zeitspanne – jedenfalls zustehe.

**38** BVerfG NJW 2006 427, 429; so auch schon OLG Brandenburg NSTz 2000 500 mit Anm. *Rautenberg* 502 = RuP 2000 150 mit Anm. *Volckart* 153; OLG Celle NSTz-RR 2002 349; OLG Hamm NSTz-RR 2004 381, 382 m.w.N.; grds. kritisch zur sog. Organisationshaft SK/*Paeffgen* 5b, 30b; Radtke/Hohmann/*Tsambikakis* § 112, 4 und § 120, 13.

**39** BVerfGE 19 342, 349; 20 49; 32 87, 93 („die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten und die spätere Strafvollstreckung sicherzustellen“); BVerfG NSTz 1991 142; BGHSt 34 362; KG NSTz 2012 230; OLG Frankfurt NJW 1958 1009; OLG Bremen NJW 1960 2260; OLG Karlsruhe MDR 1980 598; OLG Düsseldorf MDR 1986 956; *Hassemer* StV 1984 38; *Roxin/Schünemann* § 30, 1; *Seebode* (Vollzug) 70, 105; LR/*Hilger*<sup>26</sup> 1; KK/*Graf* 1, 11 sowie § 112, 2; Meyer-Goßner/*Schmitt* 4; KMR/*Wankel* 3; HK-GS/*Laue* § 112, 1; AnwK-StPO/*Lammer* § 112, 6; AK/*Deckers* § 112, 9; HK/*Posthoff* 8; *Wiesneth* (U-Haft) 6.

**40** Vgl. auch das Grünbuch der Kommission über die gegenseitige Anerkennung von Überwachungsmaßnahmen ohne Freiheitsentzug im Ermittlungsverfahren – KOM (2004) 562 endg., SEK (2004) 1046, Annex 2 sowie die Nachweise bei Rn. 113.

**41** *Hassemer* StV 1984 38, 40; vgl. etwa Meyer-Goßner/*Schmitt* 1; AnwK-StPO/*Lammer* § 112, 3; AnwK-UHaft/*König* § 112, 1.

**42** SK/*Paeffgen* 9; HK/*Posthoff* 6.

- 20 Der Zweck der Verfahrenssicherung, der in Rechtsprechung und Literatur unstreitig ist, bezieht sich grundsätzlich auf **alle Abschnitte des Verfahrens**. Eine Sicherung der Revisionsinstanz selbst ist zwar nicht erforderlich, weil das Revisionsverfahren grundsätzlich nicht die Anwesenheit des Angeklagten erfordert; notwendig kann die Verfahrenssicherung während dieses Abschnitts des Strafverfahrens aber schon wegen der Möglichkeit der Zurückverweisung der Sache in die Tatsacheninstanz sein.
- 21 **Sicherung** eines geordneten Verfahrens meint nicht nur die Sicherung der Durchführbarkeit, also der **Anwesenheit** des Angeklagten für die Hauptverhandlung<sup>43</sup> bei Flucht oder Fluchtgefahr oder gemäß § 127b, sondern nach § 112 Abs. 2 Nr. 3 auch die Sicherung der **Aufklärung**.<sup>44</sup> Dieser Sicherungszweck gilt auch für den Haftgrund der **Schwerkriminalität** (§ 112 Abs. 3).<sup>45</sup> Allerdings sollen mit dieser Haft außerdem oder auch nur Präventivzwecke verfolgt werden können (Rn. 32; § 112, 98). Der Zweck der Verfahrenssicherung bezieht sich grundsätzlich auch auf das **Strafbefehlsverfahren**<sup>46</sup> (s. aber § 112, 105ff.) und die **Wiederaufnahme** (§ 112, 11). Denn auch hier kann (wenn auch sehr selten) eine Sicherung, namentlich der Aufklärung (etwa bei Verdunklungsgefahr), erforderlich werden. In der Regel aber wird das Strafbefehlsverfahren als mildere Alternative zur Untersuchungshaft in Betracht kommen.<sup>47</sup>
- 22 Soweit eine **Mindermeinung**<sup>48</sup> **bestreitet**, dass Zweck der Untersuchungshaft gemäß § 112 auch die Sicherung der Vollstreckung einer im rechtskräftigen Urteil verhängten Freiheitsentziehung (Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehende Maßregel nach § 61 Nr. 1 bis 4 StGB) ist, legt sie wohl zugrunde,<sup>49</sup> dass die h.M. den **Nebenzweck der Vollstreckungssicherung** nicht nur bis zum rechtskräftigen Verfahrensabschluss, sondern auch für die Zeit danach anerkennt. Eine solche Annahme, insbesondere die Interpretation, die Ansicht der h.M. solle „den rechtskräftigen Strafausspruch umsetzen helfen“,<sup>50</sup> trifft jedoch in dieser Weise nicht zu. Denn nach der h.M. wird ein nach § 112 erlassener Haftbefehl mit dem Eintritt der Rechtskraft gegenstandslos und findet die Untersuchungshaft damit ihr Ende, woraus sich ergibt, dass ihr nicht die Aufgabe zugewiesen wird, die Strafvollstreckung über die Zeit des Erkenntnisverfahrens hinaus zu sichern. Die Diskussion über den mit „Sicherung der späteren Strafvollstreckung“ beschriebenen Teilaspekt der Untersuchungshaft wird von den Kritikern auch üblicherweise in einen Zusammenhang mit der Frage gestellt, ob und auf welcher rechtlichen Grundlage der nach Urteilserlass (weiterhin) in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte nach Rechtskraft des Urteils bis zur förmlichen Einleitung der Vollstreckung in Haft gehalten werden darf. Diese Problematik betrifft indessen nicht den von der h.M. hier gemeinten potenziell vollstreckungssichernden (Neben-)Zweck des Untersuchungshaftbefehls nach § 112, sondern das – in der Tat bislang dogmatisch nicht befriedigend geklärte – Stadium des Übergangs von der beendeten Untersuchungshaft bis zur förmlichen Einleitung der Vollstreckung einer im Urteil rechtskräftig ausgesprochenen freiheitentziehenden Sanktion (vgl. dazu Rn. 98).

43 Vgl. *Paeffgen* (Dogmatik) 87 ff., 163; s. auch *Michel* MDR 1991 933 (zur Berufung).

44 Vgl. *Paeffgen* (Dogmatik) 100 ff., 163.

45 BVerfGE 19 342, 349 ff.; BGHSt 34 362.

46 Vgl. auch *Gebauer* 12, 142; **a.A.** *Schlothauer/Weider/Nobis* Rn. 576 ff.

47 Vgl. OLG Rostock StV 2006 311; *Schlothauer/Weider/Nobis* Rn. 576 ff.

48 SK/*Paeffgen* 5 ff., 11; vgl. auch *Danckert* BRAK-Mitt. 1988 116, 118; *Gropp* JZ 1991 804, 810; *Krauß* in: *Müller-Dietz* Strafrechtsdogmatik und Kriminalpolitik (1971) 153, 162; dagegen *Gebauer* 12.

49 Dies bleibt aber unklar. So spricht etwa *Paeffgen* aaO. Rn. 5 von einer entsprechenden Aussage der h.M., „so wie sie (überwiegend) gemeint sein dürfte“, ohne den von ihm angenommenen Aussageinhalt konkret zu bezeichnen.

50 So SK/*Paeffgen* 5a.

Die **h.M.** legt mit Recht zugrunde, dass die §§ 112, 112a nach dem Eintritt der Rechtskraft unanwendbar sind. Sie nimmt andererseits – ebenfalls zutreffend – (lediglich) an, dass die Untersuchungshaft ihre **verfahrenssichernde Funktion** auch in der Zeit **nach dem nicht rechtskräftigen Abschluss einer Tatsacheninstanz** noch besitzt und in diesem Zusammenhang nicht mehr die (weitere oder ggf. erneute) Durchführung des Erkenntnisverfahrens sichern soll, sondern nur noch zu dem Zweck aufrechterhalten oder gar angeordnet werden kann, die Anwesenheit des Angeklagten auch beim Rechtskrafteintritt (und bei der nach h.M. hierdurch ohne weiteres Zutun unmittelbar eintretenden Vollstreckung) sicherzustellen. Dem kann nicht entgegen gehalten werden, dass auch das Strafvollstreckungsrecht mit dem Vollstreckungshaftbefehl (§ 457) ein Instrument für die Sicherung der Strafvollstreckung bereithält. Denn dessen Voraussetzung ist u.a. die bereits gegebene Rechtskraft, während deren Eintritt „die Untersuchung und damit die Untersuchungshaft“<sup>51</sup> erst beendet. Auch zeigen sich in der Praxis nicht selten Fälle, in denen es erforderlich ist, nach dem Erlass eines Urteils die Untersuchungshaft aufrechtzuerhalten, obgleich ein Rechtsmittel eingelegt ist. Um ein durchaus zugespitztes Beispiel anzuführen, denke man an den zur Tat eigens aus dem Ausland eingereisten Auftragsmörder, dessen Verurteilung zu lebenslanger Freiheitsstrafe mit der Feststellung besonderer Schuldschwere keinen Bedenken unterliegt, dessen gewöhnlicher Aufenthalt aber ebenso ungewiss ist, wie seine (wahre) Identität. Es kann nicht bezweifelt werden, dass dieser Angeklagte in Untersuchungshaft gehalten werden darf, auch wenn er eine Revision gegen das Urteil führt, die objektiv völlig aussichtslos ist (weshalb den Kritikern der h.M. zufolge im weiteren Verfahren aller Voraussicht nach nichts mehr „zu untersuchen“ sein wird, sondern – demnächst – nur noch die Vollstreckung ansteht).

Die **Mindermeinung** erscheint in der Anwendung ihrer Auffassung auch **wenig konsequent**. Zwar nimmt sie einerseits an,<sup>52</sup> dass es unzulässig wäre, einen Haftbefehl nach § 112 wegen Fluchtgefahr zu erlassen, wenn der Angeklagte eine offensichtlich aussichtslose Revision einlegt (zum Beispiel in Fällen des § 346) und die Gefahr besteht, dass er spätestens mit Eintritt der Rechtskraft fliehen werde, weshalb Staatsanwaltschaft und Gericht – da ein Haftbefehl gemäß § 457 Abs. 2 noch nicht ergehen kann – Flucht vorbereitungen des Verurteilten „tatenlos“ zur Kenntnis nehmen müssten.<sup>53</sup> Andererseits heißt es aber (richtig), dass ein Haftbefehl in jedem Verfahrensabschnitt und auf jeder Stufe bis zur Rechtskraft des Urteils zulässig und erst dann ausgeschlossen ist, wenn das Verfahren insgesamt rechtskräftig abgeschlossen ist.<sup>54</sup>

Eine andere – und ernsthaft zu prüfende – Frage ist diejenige, ob im Verfahrensstadium **nach Urteilserlass** mit Blick auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz grundsätzlich **strengere Anforderungen** für die Bejahung eines Haftgrundes zu gelten haben.<sup>55</sup>

**2. Unzulässige Zwecke; apokryphe Haftgründe.** Die Verfolgung anderer Zwecke mit der Untersuchungshaft sowie die Ausnutzung der besonderen Zwangssituation des Haftvollzuges sind unzulässig.<sup>56</sup> Kein Zweck der Untersuchungshaft ist, den Vollzug vor-

51 So die treffende Formulierung von LR/Wendisch<sup>24</sup> § 123, 6.

52 SK/Paeffgen 5d.

53 Beispiel von LR/Hilger<sup>26</sup> 5.

54 SK/Paeffgen § 112, 49.

55 Bejahend KG StraFo 2016 510; s. auch Danckert BRAK-Mitt. 1988 116, 118 („besonders strenge Anforderungen“).

56 SK/Paeffgen 11; Paeffgen (Dogmatik) 83 ff., 163; Gärtner NSTZ 2005 544 (zur Zurückgewinnungshilfe); Hassemer StV 1984 38; vgl. auch EGMR Allan v. UK, 48539/99, Urt. v. 5.11.2002 = JR 2004 127 (Nutzung für verdeckte Ermittlungen) – dazu auch Esser JR 2004 98; BVerfG NSTZ 1991 142; BGH NSTZ 1995 605 mit

behaltener und nachträglicher Sicherungsverwahrung gemäß § 275a (s. dazu Rn. 7),<sup>57</sup> nicht freiheitsentziehender Maßregeln (§ 61 Nr. 5, 6 StGB) oder einer **Geldstrafe** zu sichern.<sup>58</sup> Die Untersuchungshaft dient auch nicht der Sicherung des Verfahrens gegen andere Formen der „Verfahrenssabotage“ (als Flucht, Verdunkelung und der Gefahr dazu) durch den Beschuldigten (ausgenommen § 127b) oder sonstigen präventiven Zwecken. Sie ist insbesondere **keine „Ordnungsstrafe“** für einen Beschuldigten, der sich der Strafverfolgung nicht stellt.<sup>59</sup> Unzulässig ist grundsätzlich auch ein Haftbefehl im Vorfeld des § 230 Abs. 2 (Rn. 8), wenn also schon vor dem ersten Hauptverhandlungstermin zu befürchten ist, dass der Beschuldigte nicht zu diesem erscheinen werde (§ 112, 5ff., 48ff.), es sei denn, die Voraussetzungen des § 127b<sup>60</sup> sind erfüllt. Sie hat grundsätzlich auch nicht die Funktion, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen<sup>61</sup> (zu § 112 Abs. 3 siehe Rn. 32 und zu § 112a Rn. 31).

27 Untersuchungshaft ist namentlich **keine vorweggenommene Strafe** und darf nicht darauf abzielen.<sup>62</sup> Sie hat auch keine erzieherischen oder strafverhütenden Ziele. Ebenso wenig darf damit bezweckt werden, das **Aussageverhalten** des Beschuldigten oder Dritter – über eine Abwendung der Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3) hinausgehend – zu beeinflussen oder allgemein die **Ermittlungen zu erleichtern**.<sup>63</sup> Zum „nemo-tenetur“-Prinzip siehe Rn. 72.

28 Eine besondere Rolle bei der Frage nach der Legitimation von Untersuchungshaft spielt die Diskussion über deren möglichen Missbrauch, die mit dem Begriff der sog. **apokryphen Haftgründe** verbunden ist. Damit gemeint sind „die wahren (geheimen) Haftgründe“, die mit dem Erlass des Haftbefehls tatsächlich verbundenen, vom Gesetz nicht zugelassenen Zielvorstellungen, die sich hinter vorgeschobenen gesetzlichen Haftgründen mit entsprechend floskelhaften Begründungen verbergen können.<sup>64</sup> Als **Beispiele** werden genannt generalpräventive Strategien, etwa eine Strafvorwegnahme als abschreckender „Denkzettel“ bei wahrscheinlicher Strafaussetzung zur Bewährung, Krisenintervention oder soziale Hilfeleistung, Opferschutz, Rücksichtnahme auf eine öffentliche Erregung, eine bevorstehende Abschiebung des Beschuldigten, das Herbeiführen eines Geständnisdrucks beim Beschuldigten, etwa durch einen noch nicht vollstreckten sog. Haftbefehl „auf Vorrat“ (s. auch Rn. 53), die Förderung der Kooperations- oder The-

Anm. *Fezer StV 1996 77* und *Paeffgen NSTz 1997 119*; BGHSt 44 129; LG Hamburg StV 1994 593 sowie (probl.) OLG Hamburg StV 1994 590 mit Anm. *Rzepka*; Volk NJW 1996 879; s. aber BGHSt 44 139.

57 Vgl. Meyer-Goßner/Schmitt § 275a, 16, 17; s. auch *Peglau JR 2002 451*; *Ullenbruch NSTz 2002 469*.

58 H.M.; a.A. wohl *Gössel GA 1978 124*.

59 OLG Düsseldorf NJW 1969 439.

60 Vgl. Rn. 5; LR/Gärtner § 127b, 1, 3.

61 Siehe aber *Siebert JW 1925 930*; *Hartung 926*; *Kastendieck 63*.

62 BVerfG NSTz-RR 2007 379, 381; KK/Graf 12.

63 BGHSt 34 362; BGH NSTz 2005 279; OLG Düsseldorf StV 1988 390; OLG Frankfurt StV 1992 583 mit Anm. *Paeffgen NSTz 1993 533*; LG Bad Kreuznach StV 1993 629; KK/Graf 12; *Seebode (Vollzug) 65ff.*, 71; unklar *Peters § 47 A 1*: „Verwahrung zur Gewährleistung der Ermittlungsaufgaben“. Vgl. auch BGH MDR 1989 86.

64 Zu Definition und Problematik vgl. z.B. SK/Paeffgen § 112, 21c, 27; *Paeffgen (Kolloquium) 130*; NJ 1993 152; NJW 1990 537; NSTz 1995 21; *Gebauer 28, 30, 357ff.*; *Krey 502*; *Kühne 419.1, 427*; *Schlothauer/Weider/Nobis Rn. 680ff.*, die von Haftanordnung unter einem „Etikettenschwindel“ sprechen (Rn. 681); *Münchhalffen/Gatzweiler Rn. 7f.*, 248ff.; *Münchhalffen StraFo 1999 332*; *dies. FS Rieß 347ff.*; *dies. StraFo 2003 150*; *Cornel MSchrKrim. 1987 65ff.*; StV 1994 202; *Dahs FS Dünnebier 227ff.*; AnwBl. 1983 418ff.; *Deckers AnwBl. 1983 422*; NJW 1994 2261; *Dünkel StV 1994 610*; *Gallandi StV 1987 87ff.*; *Langner 115, 129, 182ff.*; *Lemme wistra 2004 288*; *Nix StV 1992 445*; *Parigger NSTz 1986 211*; *Seebode StV 1989 118*; (Vollzug) 65ff.; (Kolloquium) 169; *Theile wistra 2005 327*; *Widmaier/König S. 164 Rn. 48*; *Wolter ZStW 93 (1981) 452*.

rapiebereitschaft, die Vorsorge gegen Verfahrensverzögerungen,<sup>65</sup> oder die Sicherung der Zurückgewinnungshilfe.<sup>66</sup>

Solche Überlegungen spielen in der **Haftpraxis**, obwohl offensichtlich und unbestritten unzulässig, bei der Anordnung von Untersuchungshaft, nicht zuletzt aber auch bei Entscheidungen über deren Fortdauer, immer noch<sup>67</sup> eine Rolle, und zwar auch bei Haftbefehlen nach § 112a und im Jugendstrafverfahren.<sup>68</sup> Der **Umfang** eines solchen Missbrauchs des Haftrechts ist jedoch **schwer einzuschätzen**;<sup>69</sup> unmittelbare empirische Erkenntnisse fehlen,<sup>70</sup> was allerdings in der Natur der Sache liegen dürfte,<sup>71</sup> und nur selten treten solche „wahren Haftgründe“ in der (veröffentlichten) Rechtsprechung zutage.<sup>72</sup> Allerdings lässt das **Ausmaß** in der Haftpraxis feststellbarer **fehlerhafter Prognoseentscheidungen** insbesondere den Haftgrund der Fluchtgefahr betreffend<sup>73</sup> annehmen, dass dieser Haftgrund in nicht unerheblichem Umfang objektiv missbräuchlich angewendet wird. Nach Ansicht derer, die grundsätzlich von einer nicht nur geringen praktischen Relevanz apokrypher Haftgründe überzeugt sind, soll es **typische Anzeichen**, Täterkreise, Taten und tatbezogene Umstände geben, „bei denen sich der Verdacht ergeben kann, dass apokryphe Haftgründe beim Erlass des Haftbefehls berücksichtigt worden sein könnten“.<sup>74</sup> Dies lasse sich etwa annehmen, wenn als alleiniges Indiz für die Fluchtgefahr die Höhe der zu erwartenden Strafe genannt oder ähnliche „Leerformeln“ verwandt (vgl. § 112, 74), oder die „Gleichgültigkeit gegen Recht und Ordnung“ als Begründungselement angeführt würden. Der Verdacht der Wirksamkeit apokrypher Haftgründe entstehe oft auch in Fällen der Haftanordnung bei Bagatelldelikten und geringer Straferwartung (vgl. § 112, 116), gegen Rocker, Zuhälter oder Hausbesetzer, ferner bei der Begründung von Flucht- oder Verdunkelungsgefahr allein im Hinblick auf die „Natur der Straftat“ (vgl. § 112, 89f.), etwa bei Wirtschaftsstrafsachen (insbes.

65 Vgl. LR/Hilger<sup>26</sup> § 112, 54; Gebauer 357 ff.; Schlothauer/Weider/Nobis Rn. 683 ff.; Heidig/Langner StraFo 2002 156; MünchHalffen/Gatzweiler Rn. 248 ff.

66 Gärtner NStZ 2005 544; MünchHalffen/Gatzweiler Rn. 260 f.

67 Zum Versuch des Gesetzgebers, diese Haftgründe über § 112 Abs. 3 zurückzudrängen, s. BTDrucks. IV 1020, S. 2; Paeffgen (Dogmatik) 112; Gebauer 28 m.w.N.

68 Vgl. SK/Paeffgen 21; § 112a, 20; Dünkel StV 1994 610; Eisenberg/Tóth GA 1993 293 ff.; Giemulla/Barton RdJ 1982 293; Hotter 13 ff.; Kreuzer RdJ 1978 337 ff.; Kühl StV 1988 355; Kühne StV 1996 684, 689; v. Nerée StV 1993 212; Ostendorf NJ 1995 62; Schumann ZRP 1984 319; Gebauer 28, 30 m.w.N. S. auch OLG Hamburg StV 1994 590 mit Anm. Rzepka; LG Hamburg StV 1994 593.

69 Vgl. Gebauer 29 (m.w.N.), 235 ff., 357 ff.; KrimPäd. 1993 20; Theile wistra 2005 327.

70 HK/Posthoff 9.

71 MünchHalffen/Gatzweiler Rn. 8, 248.

72 Vgl. etwa OLG Karlsruhe StV 2000 91: unzulässige Haftverlängerung infolge – vermeintlicher – „prozessualer Fürsorge“ des Gerichts, das dem Angeklagten durch Verfahrensabtrennung den Entschluss zu einem Geständnis ermöglichen wollte; OLG Hamburg StV 1994 590 mit krit., im Ergebnis aber zust. Anm. Rzepka: U-Haft gegenüber Jugendlichen und Heranwachsenden sei auch dann zulässig, wenn Jugendstrafe nicht zu erwarten ist, sofern die Durchführung der Hauptverhandlung aus generalpräventiven Überlegungen erforderlich, aber ohne die Haft nicht erreichbar sei; anders mit Recht LG Hamburg StV 1994 593: Belange der Generalprävention dürfen bei Erlass eines Haftbefehls gegen Jugendliche und Heranwachsende keine Rolle spielen; s. dazu auch Böhm NStZ 1995 538.

73 Vgl. zuletzt Wolf 317 ff. (319), ausweislich deren Untersuchung nur 8,3% der Beschuldigten, die wegen angenommener Fluchtgefahr in Untersuchungshaft genommen worden waren, nach ihrer Entlassung aufgrund einer Entscheidung im besonderen Haftprüfungsverfahren gemäß §§ 121, 122 tatsächlich geflohen oder untergetaucht sind. Eine noch höhere Fehlerquote hat eine Untersuchung von Haftentscheidungen im Bezirk des Kammergerichts, die in den Jahren 2009 bis 2016 getroffen worden sind, ergeben; Vgl. zum Haftgrund der Fluchtgefahr nach § 112 Abs. 2 Nr. 2 in der Praxis: Lind StV 2019 118 ff.

74 Diese zurückhaltenden Formulierungen hat LR/Hilger<sup>26</sup> § 112, 54 verwendet.

Steuerhinterziehung, Betrug) und BtM-Delikten.<sup>75</sup> Hilger<sup>76</sup> hat darauf hingewiesen, dass solche Gründe nur selten nachweisbar und im Haftbeschwerdeverfahren deshalb nur schwer greif- und bekämpfbar seien. Er hat daraus gefolgert, Verteidigung und Staatsanwaltschaft (!) sollten deshalb, ggf. über Haftprüfung und Beschwerde, darauf hinwirken, dass schon der erstinstanzliche Haftrichter in Zweifelsfällen, namentlich bei „zweifelhaften“ Begründungen des Haftbefehls, eine Überprüfung vornehme und ggf. die Haftbefehlsbegründung (insbesondere zu § 114 Abs. 2 Nr. 4) detailliert nachbessere; der Verteidiger solle dabei keine Scheu haben, seinen Verdacht (Zweifel) zu äußern.

- 30 Auch wenn unbestreitbar ist, dass es in der Praxis Defizite gibt, tut man gut daran, bei der Beurteilung jener Fälle, in denen Haftgerichte bei der Anordnung und Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft **rechtsfehlerhafte Überlegungen** angestellt oder aber ihren **Begründungspflichten nicht** – und sei es auch evident nicht – **genügt** haben, nicht ohne weiteres anzunehmen, es müssten also geheime, nicht benannte unzulässige Gründe den Ausschlag für die Haftanordnung oder -fortdauer gegeben haben.<sup>77</sup> Die Beurteilung der Frage, ob ein Beschuldigter in Untersuchungshaft genommen, weil ein Haftgrund – insbesondere jener der Fluchtgefahr – bejaht werden muss, ist eine der schwierigsten Aufgaben, die dem Strafrichter obliegen. Es gibt dabei – anders als etwa bei der Strafzumessung – keine abgestufte Reaktion (auch wenn in der Praxis die Haftverschonung nicht selten als „Ausweg“ genutzt wird).<sup>78</sup> Bei der umfassenden Abwägung, die einer Entscheidung über den Haftgrund zugrunde liegt, gibt letztlich oftmals eine Kleinigkeit den Ausschlag für den mit der Untersuchungshaft verbundenen gravierenden Eingriff, und nicht selten mag es auf den Beschuldigten und die Verteidigung so wirken, als habe das Gericht eben diesem einzelnen Aspekt ein unvertretbar hohes Gewicht beigemessen. Ebenso wenig wie andere Rechtsfehler und insbesondere unzutreffende Prognosen sind Fehler oder Fehleinschätzungen auf diesem Gebiet im Regelfall Ausdruck eines (den Vorwürfen zufolge ja bewussten) Rechtsmissbrauchs durch das Gericht.<sup>79</sup>

- 31 **3. Präventivhaft.** Zweck der **Haft nach § 112a** ist, die Allgemeinheit, namentlich potentielle (deliktsspezifisch gefährdete) Opfergruppen, vor weiteren schwerwiegenden Straftaten von Wiederholungstätern zu bewahren.<sup>80</sup> Diese Haft ist als „Untersuchungshaft“ ausgestaltet,<sup>81</sup> nach ihrem Charakter jedoch eine „präventiv-polizeiliche“ Maßnahme (Rn. 57).<sup>82</sup> Denn die Haft dient nicht, wie nach § 112, der Sicherung des Verfahrens

75 Vgl. LR/Hilger<sup>26</sup> § 112, 54 (Fn. 267), der als Beispiele weiterhin nennt: „vereinzelt wohl auch öffentlicher (dienstlicher) Erwartungsdruck“ und den „Haftbefehl auf Vorrat“, der – obwohl es möglich wäre – längere Zeit nach Erlass noch nicht vollstreckt wird. Ungleich deutlicher von einem bewussten Missbrauch des Haftrechts durch die Rechtspraxis ausgehend: MünchHafffen/Gatzweiler Rn. 248 ff.; Schlothauer/Weider/Nobis Rn. 680 ff.; s. auch Roxin/Schünemann § 30, 3 (es bestehe der Verdacht, dass apokryphe Haftgründe in der Praxis „dominieren“).

76 LR/Hilger<sup>26</sup> § 112, 54.

77 Vgl. auch HK/Posthoff 9, der annimmt, dass das erkennbare deutliche Misstrauen gegenüber der Befähigung und Lauterkeit der Strafjustiz „jeden manifesten Beweis für seine Berechtigung“ schuldig bleibe; kritisch gegenüber der These vielfacher Verwendung apokrypher Haftgründe auch Lemme wistra 2004 288.

78 AnwK-StPO/Lammer § 116, 1 spricht insoweit anschaulich von einer „Flucht in die Haftverschonung“.

79 Auch wenn es zweifellos betrübliche Fälle offensichtlicher Rechtswidrigkeit gibt, bei denen es schwerfällt, Bösgläubigkeit auszuschließen, vgl. etwa BGH NStZ 2005 279 und StV 2004 360.

80 BVerfGE 19 342, 349 ff.; 35 185, 188.

81 LR/Hilger<sup>26</sup> 8.

82 Vgl. BTDrucks. IV 3284, S. 3; BTProt. IV 6438 B; BTProt. IV 6444 A; BVerfGE 19 342, 349 ff.; 35 185, 188; Roxin/Schünemann § 30, 12; Rüping 214; Paeffgen (Dogmatik) 138 ff., 141, 147.

(Rn. 19), sie soll vielmehr die **Allgemeinheit vor Gefahren sichern**, die dieser durch weitere erhebliche Straftaten gleicher Art von demselben Täter drohen. Zu verfassungsrechtlichen Fragen siehe Rn. 57, zu systematischen § 112a, 10.

Auch mit der **Haft gemäß § 112 Abs. 3** sollen nach herrschender Meinung<sup>83</sup> nicht nur Zwecke der Sicherung des Strafverfahrens (Rn. 19), sondern **auch präventive Ziele** verfolgt werden können, nämlich – ähnlich wie gemäß § 112a – die Abwehr einer Wiederholungsgefahr. Diese Ausweitung des Haftzwecks ist nicht frei von Bedenken insbesondere systematischer Natur (Rn. 56; § 112, 98 ff.).

### III. Verfassungsrechtliche Fragen

**1. Allgemeines.** Der staatliche Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Freiheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 2, 104 GG) einer Person durch Untersuchungshaft ist grundsätzlich zulässig, weil Art. 2 Abs. 2 Satz 3 GG unter den Voraussetzungen und in den Grenzen des Art. 104 GG einen gesetzlich geregelten **Eingriff** in dieses **Grundrecht** zulässt. Dies entspricht der unbestreitbaren Erfahrungstatsache, dass das Institut der Untersuchungshaft im Hinblick auf die – aus dem Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG) abzuleitende – Notwendigkeit der **Gewährleistung einer rechtsstaatlichen**, der Gerechtigkeit verpflichteten **Strafrechtspflege**<sup>84</sup> prinzipiell unverzichtbar ist.

Aber nicht nur zwischen diesen, sondern auch im Verhältnis zu weiteren **grundrechtlich geschützten Positionen** und Erfordernissen (siehe z.B. Art. 2 Abs. 1, Art. 6, 11, 12 GG) besteht ein **Spannungsverhältnis**,<sup>85</sup> das bereits der Gesetzgeber<sup>86</sup> in seine Überlegungen, namentlich in die Bedürfnisprüfung zur Notwendigkeit neuer gesetzlicher Regelungen und in seine Abwägungen zur Einzelausgestaltung der Vorschriften, einzu beziehen hat. Bei diesem Entscheidungsprozess hat der **Gesetzgeber** selbst besondere, letztlich gleichfalls verfassungsrechtlich (insbesondere aus dem Rechtsstaatsprinzip) ableitbare Gesichtspunkte zu berücksichtigen.<sup>87</sup> Dies sind namentlich das Prinzip der Verhältnismäßigkeit (Rn. 60), das Beschleunigungsgebot (Rn. 66), die Unschuldsvermutung (Rn. 70), das „nemo-tenetur“-Prinzip (Rn. 72) und die Gewährleistung einer ungehinderten und effektiven Verteidigung (vgl. auch Rn. 74).

Unverkennbar ist, dass der Gesetzgeber in vielfacher Weise, namentlich über die **Betonung des Verhältnismäßigkeitsprinzips** (Rn. 61), den Abwägungsprozess und die **Verantwortung** für die Auflösung des Spannungsverhältnisses im Einzelfall **der Praxis (mit-)übertragen**<sup>88</sup> und damit hohe Erwartungen an diese gerichtet hat. Diese Übertragung der Verantwortung entbindet jedoch den Gesetzgeber nicht von seiner grundsätzlichen Verantwortung, zumal die Praxis bei der Erfüllung der in sie gesetzten Erwartungen vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt ist<sup>89</sup> (bedenkt man die zu Beginn der Ermittlungen oft dürftige Entscheidungsgrundlage und dass zumeist schnell entschieden werden muss).

<sup>83</sup> Z.B. Meyer-Goßner/Schmitt § 112, 37 unter Verweis auf BVerfGE 19 342 ff.

<sup>84</sup> BVerfGE 80 367 ff.; 77 65; 64 116; 57 28; 53 152, 160; 35 185, 190; Lorenz GA 1992 254, 277; JZ 1992 1000; s. auch LR/Kühne Einl. Rn. H 1 ff., 12, 14; Langner 24 ff.

<sup>85</sup> BVerfGE 53 152, 158; BVerfG NStZ 1994 604; siehe auch BVerfG StV 1991 565; NJW 1992 1749; StV 1993 1 mit Anm. Lammer; OLG Bamberg NJW 1995 1689; Hetzer 51; Seebode (Vollzug) 136; Welp FS Richter II 573; s. auch LR/Kühne Einl. Rn. C 6 und H 3 ff.

<sup>86</sup> BVerfGE 53 152, 159; 35 185, 189 ff.; vgl. auch Paeffgen (Dogmatik) 167 ff.; Danckert BRAK-Mitt. 1988 116; Gusy NJW 1992 457.

<sup>87</sup> BVerfGE 53 152, 158; 35 185, 190; 19 342, 347 ff.; siehe auch SK/Paeffgen 20.

<sup>88</sup> SK/Paeffgen 9; vgl. auch BVerfGK 9 365 = StraFo 2006 490; OLG Bamberg NJW 1995 1689; Hetzer 47 ff.

<sup>89</sup> Vgl. SK/Paeffgen 9; Cornel MSchrKrim. 1987 65.

- 36 Das bedeutet zunächst, dass der **Gesetzgeber** gerade im Haftrecht die **Praxis** sorgfältig zu **beobachten** und notfalls – frühzeitig – einzugreifen hat. Es bedeutet im Hinblick auf die dargestellte verfassungsrechtliche Ausgangslage des Weiteren, dass dem Gesetzgeber für neue Haftregelungen enge Grenzen gesteckt sind und z.B. eine Ausweitung des Haftrechts (etwa eine Erweiterung der Deliktskataloge in den §§ 112 Abs. 3, 112a) oder eine Lockerung der Haftvoraussetzungen, für die kein erhebliches praktisches Bedürfnis besteht, mit dem Verhältnismäßigkeitsprinzip nicht vereinbar (eher wohl eine Gefahr für Missbräuche) und daher verfassungswidrig wäre.
- 37 Es bedeutet aber auch – für die **Praxis** –, dass stets der **Freiheitsanspruch** des Beschuldigten den für die Strafverfolgung erforderlichen und zweckmäßigen Freiheitsbeschränkungen als **Korrektiv** entgegenzuhalten ist und das Gewicht des Freiheitsanspruches sich gegenüber dem Strafverfolgungsinteresse des Staates mit zunehmender Dauer der Untersuchungshaft verstärkt.<sup>90</sup>
- 38 **2. Untersuchungshaft als ultima ratio.** Anordnung und Fortdauer der Untersuchungshaft im Einzelfall ist nur dann zulässig, wenn eine Abwägung unter Einbeziehung des Freiheitsanspruches des als unschuldig geltenden Beschuldigten ergibt, dass überwiegende **Belange des Gemeinwohls**, namentlich die Gewährleistung einer rechtsstaatlichen Strafrechtspflege, die **Haft zwingend gebieten**,<sup>91</sup> es also zum schwerwiegenden Grundrechtseingriff des Freiheitsentzugs durch Untersuchungshaft keine Alternative gibt, dieser vielmehr als ultima ratio unausweichlich ist.<sup>92</sup> Eine derartige restriktive Haftpraxis greift nicht immer Platz,<sup>93</sup> liegt aber auch im rechtsstaatlichen Interesse der Strafrechtspflege (Rn. 74).
- 39 Schon verfassungsrechtlich unverzichtbar sind deshalb auch – neben einer klaren Regelung der Haftgründe und -voraussetzungen – **flankierende Schutzvorschriften**, etwa Regelungen über Alternativen zur Haft, zum rechtlichen Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG; Rn. 42), zur Begründung der Haftentscheidung, Benachrichtigungsregelungen (Art. 104 Abs. 4 GG), frühzeitige Einschaltung eines Verteidigers (§§ 140 Abs. 1 Nr. 4, 141 Abs. 3 Satz 4) und Gewährleistung einer freien, unbeeinträchtigten Verteidigung sowie Haftkontrollmaßnahmen.
- 40 Des Weiteren kann das grundrechtlich gebotene **Ziel, Untersuchungshaft möglichst zu vermeiden** oder auf die unerlässliche Dauer zu verkürzen, nur dann erreicht werden, wenn das übrige Verfahrensrecht so gesetzlich ausgestaltet und in der Praxis verwirklicht wird, dass es dieser Zielvorgabe entspricht, also der Erreichung dieses Ziels – etwa über Verfahrensvereinfachungen und -beschleunigungen (ohne Beeinträchtigung der Wahrheitsfindung) – förderlich ist (Rn. 66, 87).
- 41 Dazu gehört auch, dass die **Praxis** – wenn sie den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechen will – sich in jedem Einzelfall ihre **hohe Verantwortung** in diesem Eilverfahren und für die auf Verdachtsgrundlage zu treffende Entscheidung **bewusst** macht,

90 BVerfGK 17 517 = StV 2011 32; BVerfG StV 2008 421; NJW 2005 3485.

91 EGMR *Čevizović v. Deutschland*, 49746/99, Urt. v. 29.7.2004 = NJW 2005 3125 = StV 2005 136 mit Anm. Pauly; BVerfGE 53 152, 158; 35 185, 190; 20 45, 49; 20 144, 147; 19 342, 347; siehe auch BVerfG NJW 1992 1749 = StV 1991 565.

92 EGMR *Čevizović v. Deutschland*, 49746/99, Urt. v. 29.7.2004 = NJW 2005 3125 = StV 2005 136 mit Anm. Pauly; BVerfGE 20 144, 147; BVerfG NJW 2005 3485; wistra 1994 341; Paeffgen (Dogmatik) 167; Wolter ZStW 93 (1981) 452; HK/Posthoff 7; KK/Graf 6; vgl. auch den Entwurf von Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen für das Strafverfahren, ZStW 105 (1993) 668.

93 Vgl. etwa KG StraFo 2013 375 = StV 2014 26 = StRR 2013 356 mit Anm. Burhoff (betreffend einen Fall, in dem das Ausgangsgericht eher geprüft hatte, ob und wie sich die Anordnung der Untersuchungshaft rechtfertigen lasse).

die erforderliche Zeit zur Vorbereitung der jeweiligen Haftentscheidung nimmt und – obwohl gerade für die Haftfrage eventuell erforderliche Ermittlungen besonders beschleunigt und konzentriert zu führen sind – mit hoher Sensibilität und Genauigkeit allen Umständen nachgeht und diese – soweit möglich – aufklärt, wenn sie für die Entscheidung bedeutsam sein können (Rn. 64, 65). Schwerlich hinnehmbar ist, dass Haftrichter – wie gelegentlich in der Praxis zu beobachten – sich auf die Richtigkeit der Angaben als zuverlässig bekannter Staatsanwälte in deren Haftanträgen (ganz oder teilweise) ohne gewissenhafte eigene Prüfung der Aktenlage verlassen und Haftentscheidungen (gleich aus welchen Gründen) nur formellhaft begründen (Rn. 84).<sup>94</sup>

**3. Rechtliches Gehör; Akteneinsicht.** Aus Art. 103 Abs. 1 GG und Art. 2 Abs. 1, 42 Art. 20 Abs. 3 GG (Prinzip des rechtsstaatlichen, fairen Verfahrens) folgt grundsätzlich die Pflicht der Strafverfolgungsbehörden und des Haftrichters, den Beschuldigten so weitgehend wie möglich über den **Tatvorwurf** sowie die **Verdachts- und Haftgründe** zu unterrichten. Damit soll dem Beschuldigten insbesondere ermöglicht werden, eine wirksame Verteidigung (namentlich in der Haftfrage) vorzubereiten. Die §§ 114 Abs. 2, 114a (Begründung und Bekanntmachung des Haftbefehls oder wenigstens des Tatvorwurfs und der Haftgründe), §§ 115 Abs. 3 Satz 1, 115a (Hinweis auf die belastenden Umstände in der Vernehmung), § 118a Abs. 3 Satz 1 (Anhörung in der mündlichen Haftprüfung) regeln dies verfahrensrechtlich (vgl. § 114, 16 ff.; § 115, 22; § 118a, 31 ff.). Zur Gewährung des rechtlichen Gehörs vor Erlass eines Haftbefehls s. die Erl. bei § 114, 27 ff.

Nach der Rechtsprechung des **BVerfG**<sup>95</sup> und des **EGMR**<sup>96</sup> ist eine auf die Bedürfnisse 43 einer wirksamen Strafverfolgung gestützte Einschränkung der Unterrichtung nur begrenzt zulässig. Grundsatz ist die **uneingeschränkte Unterrichtung**, die so substantiiert sein muss, dass der Beschuldigte in die Lage versetzt wird, die Verdachts- und Haftgründe zu entkräften und Tatsachen vorzutragen, die ihn entlasten (§ 115 Abs. 3 Satz 2). Dazu ist dem Beschuldigten das gesamte gegen ihn vorliegende Belastungsmaterial, das den Gegenstand des Verfahrens bildet und für die Haftfrage bedeutsam sein kann, mitzuteilen. Er ist über Tatsachen, Beweise, Beweisanzeichen und sonstige Umstände, die den dringenden Tatverdacht und den Haftgrund ergeben, zu unterrichten; auch Entlastendes ist ihm bekannt zu geben. Eine Einschränkung der gemäß den §§ 114 Abs. 2 und 3, 115 Abs. 3 erforderlichen Unterrichtung ist regelmäßig nicht zulässig.

Vielmehr müssen grundsätzlich, insbesondere wenn im Einzelfall – etwa bei einer 44 Vielzahl von Zeugenaussagen oder Urkunden zu komplexen Sachverhalten – die Unterrichtung durch das Gericht (z.B. auch über für eine Haftentscheidung erhebliche weitere Ermittlungen, Tatsachen oder Beweismittel)<sup>97</sup> nicht dem Erfordernis der Ermöglichung einer **sachgerechten Verteidigung** genügt, dem Beschuldigten über die in Rn. 42 genannten haftrechtlichen Informationsregelungen (§§ 114 ff.) hinaus **weitere Informationsquellen** durch Einsicht (§ 147) in die Akten oder Teile von ihnen, die für die Haft-

<sup>94</sup> Siehe z.B. BVerfG NJW 1992 2280; StV 1992 237 (Ls.); NJW 1991 689; 1991 2821; Kühne 427; Roxin/Schünemann § 30, 18.

<sup>95</sup> BVerfG 7 205; BVerfG NJW 1994 3219.

<sup>96</sup> EGMR Kunkel v. Deutschland, 29705/05, Beschl. v. 2.6.2009 = EuGRZ 2009 472; Falk v. Deutschland, 41077/04, Beschl. v. 11.3.2008 = NStZ 2009 164 mit Anm. Strafer; Mooren v. Deutschland, 11364/03, Urt. v. 9.7.2009 = StV 2010 490 mit Anm. Pauly; Mooren v. Deutschland, 11364/03, Urt. v. 13.12.2007 = StV 2008 475 mit Anm. Hagmann 483 und Pauly 484; Lietzow v. Deutschland, 24479/94; Schöps v. Deutschland, 25116/94; Garcia Alves v. Deutschland, 23541/94, Urteile v. 13.2.2001 = NJW 2002 2013 ff. mit Anm. Kieschke 2003 ff. = StV 2001 201 ff. mit Anm. Kempf 206 f. sowie Lange NStZ 2003 348.

<sup>97</sup> Vgl. dazu z.B. BVerfG StV 1994 1 mit Anm. Lammer; 1994 465; BGH NJW 1996 734 = StV 1996 79; s. auch KG StV 1994 318; 1994 319 mit Anm. Schlothauer; Burhoff HRRS 2003 188; BVerfG NJW 2004 2443.

frage von Bedeutung sein können und insbesondere dem Haftrichter vorliegen oder vorgelegen haben, eröffnet werden.<sup>98</sup> Der **EGMR**<sup>99</sup> hat in Fällen, in denen Haftentscheidungen ergangen waren, ohne dass der Verteidiger zuvor für die Entscheidung relevante Unterlagen (auch elektronische Speichermedien) einsehen und prüfen konnte, eine Verletzung von **Art. 5 Abs. 4 EMRK** bejaht;<sup>100</sup> eine mündliche Information über die Ermittlungsergebnisse durch den Richter hat der Gerichtshof als nicht ausreichend angesehen.<sup>101</sup>

**45** Der Gesetzgeber hat mit der **Ergänzung des § 147 Abs. 2** durch das UHaftÄndG vom 29.7.2009<sup>102</sup> das Ziel verfolgt, diese Rechtsprechung des EGMR und des BVerfG umzusetzen.<sup>103</sup> Zur Gewährung nachträglichen rechtlichen Gehörs gemäß § 33a vgl. die Erl. zu dieser Vorschrift.<sup>104</sup>

**46** Für das Haftrecht ist insbesondere die **Konsequenz** einer gegen diese Grundsätze verstoßenden **unzulässigen Informationsbeschränkung** von Bedeutung, etwa wenn die Justiz ihren Informationspflichten nicht genügt oder, z.B. mit der Begründung der Gefährdung des Untersuchungszwecks (§ 147 Abs. 2 Satz 1), unberechtigt Akteneinsicht in für die Haftentscheidung möglicherweise relevante Teile der Akten verweigert. Das Gericht darf nämlich auf diejenigen Tatsachen und Beweismittel, die unberechtigt nicht zur Kenntnis des Beschuldigten gelangen, seine Haftentscheidung (über Anordnung und Fortdauer) nicht stützen<sup>105</sup> mit der Folge, dass die Haft u.U. unzulässig und ein Haftbe-

**98** Vgl. dazu OLG Köln NStZ **2002** 659 mit Anm. *Lange* NStZ **2003** 348; OLG Hamm StV **2002** 318 mit Anm. *Deckers* sowie *Lange* NStZ **2003** 348; *Welp* FS Richter II 581; die Diskussion über Zeitpunkt der Akteneinsicht sowie Zulässigkeit und Umfang einer Beschränkung (§ 147 Abs. 2) ist nicht hier, sondern bei § 147 zu kommentieren – vgl. die dort. Erl.; s. auch BRAK: Reform der Verteidigung im Ermittlungsverfahren – These 21, 22; *Senge* FS Strauda 459.

**99** EGMR *Kunkel v. Deutschland*, 29705/05, Beschl. v. 2.6.2009 = EuGRZ **2009** 472; *Falk v. Deutschland*, 41077/04, Beschl. v. 11.3.2008 = NStZ **2009** 164 mit Anm. *Strafner*; *Mooren v. Deutschland*, 11364/03, Urt. v. 9.7.2009 = StV **2010** 490 mit Anm. *Pauly*; *Mooren v. Deutschland*, 11364/03, Urt. v. 13.12.2007 = StV **2008** 475 mit Anm. *Hagmann* 483 und *Pauly* 484; *Lietzow v. Deutschland*, 24479/94; *Schöps v. Deutschland*, 25116/94; *Garcia Alves v. Deutschland*, 23541/94, Urteile v. 13.2.2001 = NJW **2002** 2013 ff. mit Anm. *Kieschke* 2003 ff. = StV **2001** 201 ff. mit Anm. *Kempf* 206 f. sowie *Lange* NStZ **2003** 348; s. auch EGMR *Nikolova v. Bulgarien*, 31195/96, Urt. v. 25.3.1999 = EuGRZ **1999** 320; *Lamy v. Belgien*, 16/1987/139/193, Urt. v. 30.3.1989 = StV **1993** 283 mit Anm. *Zieger* 320; *Sanchez-Reisse v. Schweiz*, 4/1985/90/137, Urt. v. 21.10.1986 = EuGRZ **1988** 523 = NJW **1989** 2179; *Kempf* FS Rieß 217; *Kühne/Esser* StV **2002** 391; *Esser* (Weg) 351 ff.; *Hilger* GA **2006** 294; *Kieschke/Osterwald* NJW **2002** 2003; *Deckers* in: Strafverteidigung in der Praxis § 5, 27 ff.; *Ufer/Ufer* 125; *Welp* FS Richter II 581.

**100** Zur Entwicklung dieser Rspr. vgl. z.B. *Kühne/Esser* StV **2002** 390; *Esser/Gaede/Tsambikakis* NStZ **2011** 78, 81; *Münchhalffen/Gatzweiler* Rn. 70 ff.; *Marberth-Kubicki* StraFo **2003** 367; zum Streit, inwieweit diese Rspr. über die des BVerfG hinausgeht s. z.B. auch *Lange* NStZ **2003** 348 ff.

**101** EGMR *Schöps v. Deutschland*, 25116/94, Urt. vom 13.2.2001 = NJW **2002** 2018 = StV **2001** 204; vgl. dazu z.B. *Kempf* FS Rieß 217 ff.; *Kühne/Esser* StV **2002** 390 ff.; *Esser* (Weg) 351 ff.; *Lange* NStZ **2003** 348 ff., 353 zu X. 1. – aber **a.A.** zum Umfang der Akteneinsicht S. 352 zu VIII. und S. 353 zu X. 2. S. auch die Erl. zu § 147.

**102** BGBl. I S. 2274.

**103** Vgl. dazu näher die Erl. zu § 147 im Nachtrag zur 26. Aufl.

**104** S. auch LR/*Graalman-Scheerer* § 33, 43.

**105** Vgl. dazu z.B. BVerfG NJW **2006** 1048 = StraFo **2006** 165; NJW **2004** 2443 = StraFo **2004** 310 mit Anm. *Kempf* 299; NJW **1994** 3219 = NStZ **1994** 551 = StV **1994** 465; OLG Hamm StV **2002** 318 mit Anm. *Deckers* sowie *Lange* NStZ **2003** 348; OLG Köln NStZ **2002** 659; StV **1998** 269; OLG Brandenburg NStZ-RR **1997** 107; KG StV **1994** 318; **1994** 319 mit Anm. *Schlothauer* sowie *Paeffgen* NStZ **1995** 22; LG Aschaffenburg StV **1997** 644; LG Magdeburg StV **2004** 327; AG Halberstadt StV **2004** 549; KMR/*Wankel* 6; *Kühne/Esser* StV **2002** 391; *Ambos* NStZ **2003** 15; s. auch *Esser* (Weg) 351 ff.; *Bohnert* GA **1995** 468; *Gehrlein* FS *Boujong* 773; *Amelung/Wirth* StV **2002** 164; *Schlothauer* StV **2001** 195; *Schlothauer/Weider/Nobis* Rn. 435; *Pfeiffer* FS *Odersky* 460; *Bosch* StV **1999** 335, 338; vgl. aber auch OLG Saarbrücken NJW **1995** 1440 mit Anm. *Paeffgen* NStZ **1996** 75; s. auch OLG Hamm *wistra* **2008** 195, 198 (für die Prüfung der besonderen Haftvoraussetzungen des § 121).

fehl aufzuheben ist.<sup>106</sup> Entsprechendes (Verwertungsverbot) muss wohl im Hinblick auf die Urteile des EGMR (Erfordernis eines kontradiktorischen Verfahrens) konsequenterweise auch gelten, wenn Akteneinsicht unberechtigt verweigert wird, die der Verteidiger benötigt, um sich gegen eine Haftentscheidung (die ihr zugrunde liegenden, ihm zur Kenntnis gebrachten Tatsachen/Beweismittel) – z.B. durch Suche und Auffinden von Entlastendem – wehren zu können.<sup>107</sup>

Die vorgenannten **Grundsätze** zur Unverwertbarkeit nicht eingesehener (haftentscheidungserheblicher) Aktenteile **gelten nur im Falle des Haftvollzugs**, auch bei vorläufiger Festnahme (§ 127) und unmittelbar bevorstehender hafrichterlicher Entscheidung über den Vollzug der Untersuchungshaft,<sup>108</sup> nicht aber auch bei einem (noch) nicht vollstreckten Haftbefehl gegen einen auf freiem Fuß befindlichen, insbesondere flüchtigen oder untergetauchten Beschuldigten.<sup>109</sup> Das **BVerfG** hat hierzu am 27.10.1997 ausgeführt,<sup>110</sup> ein vorläufig gegenüber dem Beschuldigten abgeschirmtes Ermittlungswissen der Strafverfolgungsbehörden sei wegen des Auftrags des Strafverfahrens, den Sachverhalt zu erforschen und die Wahrheit zu finden, verfassungsrechtlich unbedenklich. Zwar beschwere auch der bloße Erlass eines Haftbefehls gegen einen flüchtigen Beschuldigten. Seinem Informationsinteresse werde aber durch die Regelung der Strafprozessordnung – insbesondere zur richterlichen Vernehmung – ausreichend Rechnung getragen. § 115 Abs. 3 bestimme, dass der Beschuldigte im Rahmen der Vorführung vor den zuständigen Richter nach Ergreifung aufgrund eines Haftbefehls auf die ihn belastenden Umstände und sein Recht hinzuweisen sei, sich zur Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Weiterhin sei ihm Gelegenheit zu geben, die Verdachts- und Haftgründe zu entkräften und die Tatsachen geltend zu machen, die zu seinen Gunsten sprechen. Diese Informationspflicht gehe über die Mitteilung des Inhalts des Haftbefehls hinaus und umfasse auch das die Haft veranlassende Belastungsmaterial in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht. Erst im Rahmen der nach der richterlichen Vernehmung gebotenen Prüfung des Haftbefehls habe das Gericht unter Berücksichtigung der Grundsätze der Entscheidung des BVerfG vom 11.7.1994<sup>111</sup> zu beurteilen, welche Rechtsfolgen sich an eine etwaige Verweigerung der Akteneinsicht knüpfen.

Diese **Grundsätze** der verfassungsgerichtlichen Entscheidung vom 27.10.1997 **gelten weiterhin**. Aus der Neuregelung des § 147 Abs. 2 lassen sich für die Beantwortung

**106** Vgl. auch KG StraFo **2010** 26: Aufhebung des Haftbefehls infolge Verstoßes gegen das Gebot eines fairen Verfahrens wegen nicht gewährter Akteneinsicht.

**107** Ansätze für diese Folgerung finden sich bei EGMR *Lietzow v. Deutschland*, 24479/94; *Schöps v. Deutschland*, 25116/94; *Garcia Alves v. Deutschland*, 23541/94; Urteile vom 13.2.2001 = StV **2001** 202 Nr. 44 2. Absatz, Nr. 47 2. Absatz, 204 Nr. 50 1. Absatz, Nr. 51, 205 Nr. 53, 206 Nr. 41 2. Absatz; s. auch EGMR *Nikolova v. Bulgarien*, 31195/96, Urt. v. 25.3.1999 = EuGRZ **1999** 320 Nr. 58; wie hier *Kempf* StV **2001** 207; vgl. auch BVerfG StraFo **2006** 165 (= NJW **2006** 1048); s. dagegen *Senge* FS Strauda 459.

**108** AG Halberstadt StV **2004** 549; *Beulke/Witzigmann* NSTz **2011** 254, 257.

**109** BVerfG NSTz-RR **1998** 108 mit Anm. *Paeffgen* NSTz **1999** 74; OLG Hamm NSTz-RR **2001** 254; **1998** 19; KG NSTz **2012** 588 = StV **2012** 358 mit Anm. *Börner* 361 = StraFo **2012** 15 mit Anm. *Herrmann* 17 = StRR **2012** 470 bei *Burhoff* = JR **2012** 260 (s. dazu auch *Pegla* JR **2012** 231); OLG München NSTz-RR **2012** 317 mit Anm. *Pegla* jurisPR-StrafR 18/2012 Anm. 4; NSTz **2009** 109 = StV **2009** 538 mit Anm. *Wohlbers* 539; s. aber auch OLG Köln StV **1998** 269 (für einen besonderen Einzelfall, überdies offensichtlich in Unkenntnis der einschlägigen Entscheidung BVerfG NSTz-RR **1998** 108 ergangen); a.A. LG Aschaffenburg StV **1997** 644: Bekanntgabe des Inhalts des Haftbefehls im Beschwerdeverfahren erforderlich (zwar unter ausdrücklicher Berufung auf die Rspr. des BVerfG, aber ergangen vor der Entscheidung BVerfG NSTz-RR **1998** 108); ebenfalls a.A., aber ohne Begründung: *KMR/Wankel* 5; zur Problematik ausführlich *Beulke/Witzigmann* NSTz **2011** 254, 257 f. m.w.N.

**110** BVerfG NSTz-RR **1998** 108.

**111** BVerfG NJW **1994** 3219.

der Rechtsfrage keine Rückschlüsse ziehen.<sup>112</sup> Das BVerfG hat – ebenso wie die EGMR – seine Rechtsgrundsätze zur Akteneinsicht in Untersuchungshaftfällen zu Sachverhalten entwickelt, in denen die Untersuchungshaft vollzogen wurde,<sup>113</sup> und sich zur Fallgestaltung eines erlassenen, aber noch nicht vollstreckten Haftbefehls bislang ausschließlich in seinem Beschluss vom 27.10.1997 geäußert.

49 Soweit sich die **Gegenansicht** auf jüngere Rechtsprechung des BVerfG zu anderen strafprozessualen Zwangsmaßnahmen beruft, tragen solche Hinweise keine andere Beurteilung und insbesondere nicht die vereinzelt geäußerte Auffassung, die Entscheidung vom 27.10.1997 sei „überholt“.<sup>114</sup> Das **BVerfG** hat in den Jahren 2004 und 2006 zum dinglichen Arrest entschieden, bei einem Grundrechtseingriff durch einen im Wege der Pfändung und/oder Eintragung von Hypotheken **schon vollzogenen dinglichen Arrest** müsse dem Betroffenen rechtliches Gehör bereits zu dem Rechtseingriff im Arrestverfahren und nicht erst zur endgültigen (Verfall-) Entscheidung gewährt werden. Auf der Grundlage dieser zutreffenden Erkenntnis und der Prämisse, dass die Anwendung des Art. 103 Abs. 1 GG nicht auf Haftfälle beschränkt sei, hat das BVerfG weiter ausgeführt, der Rechtsstaatsgedanke gebiete es, dass der von einer strafprozessualen Eingriffsmaßnahme betroffene Beschuldigte jedenfalls nachträglich, aber noch im gerichtlichen Verfahren über die Rechtmäßigkeit des Eingriffs – und damit **spätestens im Beschwerdeverfahren** –, Gelegenheit erhalte, sich in Kenntnis der Entscheidungsgrundlagen gegen die Eingriffsmaßnahme und den zugrunde liegenden Vorwurf zu verteidigen.<sup>115</sup> Die Ermittlungsbehörden müssten deshalb die Unabdingbarkeit dieser rechtsstaatlichen Verfahrensgarantien mit ihrem etwaigen Interesse, die Ermittlungen zunächst im Verborgenen zu führen, abwägen. Solange sie es für erforderlich hielten, die Ermittlungen dem Beschuldigten nicht zur Kenntnis gelangen zu lassen, müssten sie auf solche Eingriffsmaßnahmen verzichten, die – wie die Untersuchungshaft oder der Arrest – nicht vor dem Betroffenen verborgen werden könnten, schwerwiegend in Grundrechte eingriffen und daher in gerichtlichen Verfahren angeordnet und überprüft werden müssten.<sup>116</sup>

50 Die Tatsache, dass sich die jeweils entscheidende 3. Kammer des Zweiten Senats des BVerfG in diesen neueren Erkenntnissen nicht mit ihrer Entscheidung vom 27.10.1997 auseinandergesetzt hat (was bei einer maßgeblichen Abweichung zu erwarten gewesen wäre), beruht nicht etwa auf einem Versäumnis der Kammer, sondern findet seinen Grund darin, dass weder eine Abweichung von der Rechtsprechung aus dem Jahr 1997, noch gar deren Aufgabe vorliegt. Dies zeigt der Blick auf die den neueren Entscheidungen zugrunde liegenden Sachverhalte, die **jeweils vollzogene Zwangsmaßnahmen** betrafen, und dem folgerichtigen Begründungselement, dass der dingliche Arrest und dessen Vollziehung durch Pfändungsmaßnahmen dem Betroffenen einen **erheblichen Nachteil** zufügten. Es ist vor diesem Hintergrund keinesfalls ein Versehen, dass das BVerfG im Zusammenhang mit der Erörterung schwer-

112 *Beulke/Witzigmann* NSTZ 2011 254, 257; unentschieden LG Berlin StV 2010 352, 353.

113 BVerfG NJW 1994 3219.

114 So *Börner* StV 2012 361 unter Bezugnahme auf LG Berlin StV 2010 353, das diese Frage jedoch – für den ohnehin nicht vergleichbaren Fall eines bislang nicht vollstreckten Durchsuchungsbeschlusses, in dem infolge der Kenntnis des Beschuldigten von der geplanten Maßnahme in der Tat das Überraschungsmoment in entscheidungserheblicher Weise entfallen sein kann – ausdrücklich offen gelassen hat; vgl. auch *Herrmann* StRR 2008 476.

115 Ebenso für den Fall eines schon beendeten Grundrechtseingriffs durch eine Telefonüberwachungsmaßnahme BVerfGK 12 111 = NSTZ-RR 2008 16, 17.

116 BVerfGK 7 205 = NJW 2006 1048 = NSTZ 2006 459 = StV 2006 281 = StraFo 2006 165; BVerfGK 3 197 = NJW 2004 2443 = StV 2004 411 = StraFo 2004 309 mit Anm. *Kempf* 299.

wiegend in Grundrechte eingreifender Maßnahmen entgegen anders lautenden Darstellungen nicht etwa vom „Haftbefehl“, sondern von „Untersuchungshaft“ gesprochen hat.<sup>117</sup>

Auch im Übrigen lohnt sich die Beachtung des Wortlauts der Entscheidungen, die die **abweichende Auffassung** gleichwohl für sich in Anspruch nimmt, und gilt es, **terminologische Ungenauigkeiten** zu vermeiden. So hat das BVerfG – mit Bedacht – von „Haftfällen“ gesprochen, zu denen es seine Grundsätze über die Gewährung rechtlichen Gehörs durch Einsichtnahme in die haftentscheidungsrelevanten Akteile entwickelt habe. Dies sind, dem Wortsinn entsprechend, Fälle von Haft gemeint, d.h. – wie die Analyse der einschlägigen Entscheidungen des BVerfG und des EGMR zeigt – Sachverhalte, in denen der Betroffene (bereits) seiner Freiheit entzogen ist. Vertreter der Gegenansicht argumentieren demgegenüber unscharf, das BVerfG habe von „Haftfragen“ gesprochen.<sup>118</sup> Mindestens ungenau ist auch die Formulierung, das BVerfG habe (in den dargestellten Arrestfällen) entschieden, es müsse „vorab“ rechtliches Gehör (durch Akteneinsicht) gewährt werden,<sup>119</sup> während das BVerfG tatsächlich ausgeführt hat, die Akteneinsicht müsse bei einem stattgefundenen Grundrechtseingriff (des durch Pfändung und/oder eingetragene Hypothek bereits vollzogenen strafprozessualen Arrests) jedenfalls nachträglich, spätestens im Beschwerdeverfahren, gewährt werden. Die Rechtsprechung, die sich solcher unsorgfältigen Argumentation (zu Recht) nicht angeschlossen hat, ist mit beträchtlicher Schärfe kritisiert worden.<sup>120</sup> Auf der Grundlage der unzutreffenden Annahme, die Entscheidung des BVerfG vom 27.10.1997 sei „überholt“, wird vertreten, eine „systemkonforme Lösung“ könne in einem Beschwerdeverfahren nur darin bestehen, mit der Entscheidung zuzuwarten, bis die angenommene Gefährdung der Ermittlungen nicht mehr bestehe; der Abschluss des Beschwerdeverfahrens sei bis zum Vollzug des Haftbefehls „zurückzustellen“; dem noch gegebenen „Feststellungsinteresse“ müsse nicht mit der gleichen Eilbedürftigkeit nachgekommen werden, wie dem Anfechtungsbegehren, das sich gegen einen fortdauernden Eingriff richte.<sup>121</sup> Diese Ansicht ist aus den genannten Gründen abzulehnen.<sup>122</sup> Die Vielgestaltigkeit der forensischen Praxis widerlegt auch die mitunter geäußerte Auffassung, es sei „wenig lebensnah“ anzunehmen, dass durch die Gewährung von (vollständiger) Akteneinsicht das (weitere) Fluchtverhalten des Beschuldigten beeinflusst werden könnte.<sup>123</sup> Der von dieser Ansicht dabei allein genommene Blick auf die Tatsachen und Beweismittel, auf die sich der Haftbefehl stützt, gerät zu eng, weil die Akten darüber hinaus auch Informationen bereithalten können, die für eine Ergreifung des Flüchtligen von Bedeutung

**117** Diesen maßgeblichen Unterschied beachtet *Börner StV 2012* 361 nicht.

**118** So *Herrmann StraFo 2012* 19 (Anm. zu KG aaO) sowie *StRR 2008* 476 (Anm. zu OLG München *NStZ 2009* 109); ihm ohne weiteres folgend *Burhoff StRR 2011* 471 (Anm. zu KG aaO).

**119** *Herrmann StRR 2008* 476 und *StraFo 2012* 19.

**120** *Herrmann StRR 2008* 476 (es seien „offenbar wegweisende“ Entscheidungen des BVerfG „übersehen“ worden).

**121** *Börner StV 2012* 361, der (im Fall einer weiteren Beschwerde) überdies noch annimmt, das von ihm kritisierte Gericht habe „keinesfalls“ abschließend entscheiden dürfen, sondern hätte zwar den angefochtenen Beschluss aufheben dürfen, zugleich aber das „alsdann zunächst ruhende“ Verfahren an das LG „zur Entscheidung über die Beschwerde unter Wahrung des rechtlichen Gehörs“ zurückverweisen müssen.

**122** Ob sie mit § 309 Abs. 2 vereinbar ist, erscheint bereits zweifelhaft; sie basiert jedenfalls auf einer falschen Annahme und ist in der Sache unrichtig, vgl. demgegenüber zutreffend KG *Beschl. v. 12.7.2000 – 3 Ws 325/00 – (juris)*; OLG München *NStZ 2009* 109; OLG Hamm *NStZ-RR 2001* 254.

**123** In diesem Sinne *Beulke/Witzigmann NStZ 2011* 254, 258; ähnlich *Wohlers StV 2009* 540: „wohl etwas welfremd“; dagegen (aus Sicht eines Praktikers) zutreffend *Peglau JR 2012* 235.

sein und von diesem deshalb zur erfolgreichen Fortsetzung der Flucht verwertet werden können.<sup>124</sup>

- 52 Ob die vorzunehmende Unterrichtung des Beschuldigten im Einzelfall den genannten Grundsätzen (Rn. 42ff.) entspricht, ist über § 147 Abs. 5 und die Rechtsbehelfe des Haftverfahrens zu prüfen.<sup>125</sup> **Umstritten** ist, ob das **Verwertungsverbot** bzgl. der betroffenen Tatsachen und Beweismittel im Hinblick auf das Beschleunigungsgebot davon abhängig ist, dass der nicht auf freiem Fuß befindliche Beschuldigte (zunächst) versucht hat, solchen **Rechtsschutz** (z.B. auch über § 161a Abs. 3) zu erlangen.<sup>126</sup>

- 53 4. Der verfahrensrechtliche **Richtervorbehalt** (§§ 125, 126, 128, 129) entspricht Art. 104 Abs. 2, 3 GG. Zweck ist – ggf. auch präventiv – der effektive Grundrechtsschutz (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG).<sup>127</sup> Daher kann der Richtervorbehalt auch im Haftrecht prinzipiell **begrenzende Auswirkungen** auf den **Zeitraum** haben, innerhalb dessen ein Haftbefehl vollstreckt werden darf. Die Überlegungen des BVerfG zur zeitlichen Begrenzung der rechtfertigenden Kraft eines richterlichen Durchsuchungsbeschlusses<sup>128</sup> sind grundsätzlich auch bei einem Haftbefehl zu beachten. In der Praxis wird das Problem, dass ein Haftbefehl allein wegen des Zeitablaufs seine rechtfertigende Kraft verlieren kann, allerdings selten auftreten. Denkbar ist zwar z.B., dass die Staatsanwaltschaft nach Erlass eines Haftbefehls die Vollstreckung aus taktischen Gründen einige Zeit aufschiebt, etwa um das weitere Verhalten des Beschuldigten, von dem sie sich die Auffindung von Beweisen erhofft, zu beobachten. Ein solches Zuwarten wird sich aber kaum über einen nennenswerten Zeitraum erstrecken, jedenfalls nicht über einen solchen, der Anlass geben würde, die Legitimation der richterlichen Verhaftungsanordnung allein wegen des Zeitablaufs in Frage zu stellen. Demgegenüber kann es zum Verstreichen einiger Zeit kommen, wenn ein Haftbefehl längere Zeit – erfolglos – einer Fahndung nach § 131 zugrunde liegt. Dabei können sich im Laufe der Zeit die Grundlagen der haftrichterlichen Entscheidung, wie etwa der Tatverdacht oder die der Annahme des Haftgrundes zugrunde liegenden Tatsachen, in entscheidungserheblicher Weise ändern, ohne dass von Gesetzes wegen eine (weitere) richterliche Überprüfung der Haftanordnung vorgesehen ist. Möglich sind auch Fallgestaltungen, in denen es allein der Zeitablauf gebietet, die Haftanordnung aufzuheben. Zu denken ist an die strafmildernde Wirkung des Zeitablaufs, der die Straferwartung im Einzelfall in einer Weise reduzieren kann, dass die Untersuchungshaft nicht mehr verhältnismäßig wäre. Es obliegt in jedem dieser Fälle dem pflichtgemäßen Handeln der **Staatsanwaltschaft**, auf die **Anpassung oder Aufhebung des Haftbefehls hinzuwirken**. Damit ist allerdings nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen.

- 54 In einer Vielzahl von Fällen kommt es in der Phase zwischen dem Erlass eines Haftbefehls und der Verhaftung indessen zu keiner wesentlichen Änderung der Entscheidungsgrundlagen; hier stellt sich die Frage, ob – und ggf. unter welchen Voraussetzungen – mit Blick auf den Richtervorbehalt allein der Zeitablauf einem Haftbefehl

124 Vgl. KG NStZ 2012 588 = StV 2012 358 mit Anm. Börner 361 = StraFo 2012 15 mit Anm. Herrmann 17 = StRR 2012 470 bei Burhoff = JR 2012 260; Peglau JR 2012 234 ff. Dies gilt in noch stärkerem Maße für das – den Blick noch weiter verkürzende – Abstellen allein auf den Inhalt des Haftbefehls; so aber LG Aschaffenburg StV 1997 644, 645.

125 S. dazu auch BGHSt 49 317, 329, 330.

126 Dafür Schlothauer StV 2001 196; Schlothauer/Weider/Nobis Rn. 923; LR/Hilger<sup>26</sup> 23; a.A. OLG Hamm wistra 2008 195, 198 (für das besondere Haftprüfungsverfahren nach § 121); Meyer-Goßner/Schmitt § 147, 25a; s. dazu auch Senge FS Strauda 459.

127 Vgl. Maunz/Dürig Art. 104, 23 GG.

128 BVerfGE 96 44 = NJW 1997 2165 = StV 1997 394.

die Wirkkraft nimmt.<sup>129</sup> Eine **Übertragung** der vom BVerfG für die Durchsuchung entwickelten **6-Monats-Grenze**, die *Hilger* befürwortet hat,<sup>130</sup> **scheidet aus**. Zwar trifft es zu, dass der der Rechtsprechung des BVerfG zugrunde liegende Gedanke, wonach der den Grundrechtseingriff anordnende Richter keine Aussage über dessen zukünftige Berechtigung nach einer längeren Zeit treffen kann und trifft, auch im Haftrecht zu beachten ist. Die Rechtsprechung des BVerfG fußt aber in entscheidungserheblicher Weise auf den Besonderheiten der Durchsuchung und ist auf den Haftbefehl nicht ohne weiteres übertragbar. Die Vergleichbarkeit ist nicht gegeben, soweit bei der Durchsuchung für die richterliche Prüfung und insbesondere auch die inhaltliche Begründung der Anordnung besondere Anforderungen gelten, die mit Blick auf die Erforderlichkeit gerade dieser Zwangsmaßnahme zur Erreichung des angestrebten Zwecks und in Bezug auf den Rahmen sowie die Grenzen der Durchsuchungsmaßnahme zu erfüllen sind. Eine in dieser Art differenzierte und abgestufte Prüfung und Darlegung ist bei einem Haftbefehl im Regelfall nicht erforderlich; hier geht es letztlich nur um die Versicherung der Anwesenheit des Beschuldigten, und die Erforderlichkeit der Maßnahme ist bei demjenigen, der lange Zeit nicht ergriffen werden konnte, regelmäßig gegeben. Bei der Durchsuchung können sich zudem im Verlaufe eines Ermittlungsverfahrens in stärkerer Weise grundlegende Änderungen der Entscheidungsgrundlage ergeben, als dies im hier allein interessierenden Fall eines längere Zeit nicht greifbaren Beschuldigten üblicherweise der Fall ist. So hat das BVerfG bei der Beurteilung der „Dauerhaftigkeit der tatsächlichen Grundlagen für die Beurteilung der Erforderlichkeit und Zumutbarkeit der Durchsuchungsmaßnahme“ etwa darauf abgestellt, dass „die Beweismittel, zu deren Sicherstellung die Durchsuchung dient, (...) unter Umständen nicht mehr gebraucht (würden) oder (...) nicht mehr an dem im Durchsuchungsbeschluss bezeichneten Ort zu vermuten“ seien. Eine solche Argumentation ist auf Fall einer erfolglosen längeren Fahndung nach einem Beschuldigten schwerlich übertragbar. Soweit das BVerfG von der „Befugnis der Staatsanwaltschaft, von der einmal erteilten Durchsuchungsanordnung nach ihrem Ermessen auch zu späterer Zeit Gebrauch zu machen“ spricht, das durch objektive Merkmale begrenzt sei, und es für unzulässig erachtet, dass sich die Staatsanwaltschaft „eine Durchsuchungsanordnung gewissermaßen auf Vorrat besorgt oder diese doch vorrätig hält“, liegt auf der Hand, dass die (auch längere) erfolglose Fahndung nach einem Beschuldigten aufgrund eines Haftbefehls damit nicht vergleichbar ist. Hinzu tritt, dass im Untersuchungshaftrecht – anders als nach dem Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses – in § 115 Abs. 1 eine richterliche Überprüfung der Voraussetzungen der Untersuchungshaft vor deren Vollzug ausdrücklich gesetzlich geregelt ist.<sup>131</sup> Fälle, in denen ein erlassener Haftbefehl schlicht ungenutzt bleibt, werden in der Praxis angesichts der engen Fristkontrollen in Haftsachen ohnehin keine wesentliche Rolle spielen.

Insgesamt dürfte die Frage der zeitlichen Wirkkraft eines Haftbefehls keine nennenswerte praktische Relevanz besitzen. Sehr viel gewichtiger erscheinen die **praktischen Probleme des Richtervorbehalts**, die mit der oft unzureichenden **Ausstattung der Justiz** verbunden sind und mitunter die Frage aufwerfen, ob die Haftrichter der ihnen zugewiesenen Aufgabe eines effektiven Grundrechtsschutzes tatsächlich hinreichend genügen können. Auch wenn man nicht so weit gehen muss, den Haftrichter

<sup>129</sup> Mitunter wird angenommen, dass ein Haftbefehl wegen Verstoßes gegen das Beschleunigungsgebot unverhältnismäßig sei, wenn er aufgrund fehlerhafter Sachbehandlung durch die Ermittlungsbehörden nicht zügig genug vollstreckt wird, vgl. OLG Köln NSZ-RR 2009 87. S. dazu § 112, 117.

<sup>130</sup> LR/*Hilger*<sup>26</sup> 24a.

<sup>131</sup> OLG Hamm NSZ 2016 304.

ter angesichts begrenzter Kapazitäten als bloßen „Feierlichkeitszeugen“ zu bezeichnen,<sup>132</sup> ist die beschränkte Leistungsfähigkeit ein offen zutage liegendes Problem. Paeffgen<sup>133</sup> hat zu Recht hervorgehoben, dass deshalb die – insbesondere obergerichtliche – Nachkontrolle richterlicher Haftentscheidungen von besonderer Bedeutung ist.

56 **5. Der Haftgrund der Schwere der Straftat** nach § 112 Abs. 3 (Rn. 32, § 112, 98 ff.) ist durch die Rechtsprechung des BVerfG<sup>134</sup> dahingehend konkretisiert worden, dass diese Haft – entgegen dem Wortlaut der Vorschrift („... darf die Untersuchungshaft auch angeordnet werden, wenn ein Haftgrund nach Absatz 2 nicht besteht“) – nur angeordnet werden darf, falls „Umstände vorliegen, die die Gefahr begründen, dass ohne Festnahme des Beschuldigten die alsbaldige Aufklärung und Ahndung der Tat gefährdet sein könnte“; der „zwar nicht mit ‚bestimmten Tatsachen‘ belegbare, aber nach den Umständen des Falles doch nicht auszuschließende Flucht- oder Verdunkelungsverdacht“ könne unter Umständen bereits ausreichen, und „ebenso könnte die ernstliche Befürchtung, dass der Beschuldigte weitere Verbrechen ähnlicher Art begeht, für den Erlass eines Haftbefehls genügen“. Das BVerfG sieht in dieser Vorschrift eine **Lockerung der strengen Voraussetzungen der Haftgründe des § 112 Abs. 2** mit Rücksicht auf die Schwere der in Absatz 3 bezeichneten Straftaten, um die Gefahr auszuschließen, dass gerade besonders gefährliche Täter sich der Bestrafung entziehen; andere sind demgegenüber der Auffassung, dass das BVerfG eine in ihren Voraussetzungen wenig konturierte Umkehr der Beweislast zugelassen habe<sup>135</sup> (§ 112, 100 ff.).

57 **6. Auch den Haftgrund der Wiederholungsgefahr** nach § 112a (Rn. 31) hat das BVerfG nicht beanstandet<sup>136</sup> und dazu unter anderem auf Art. 5 Abs. 1 Buchst. c EMRK verwiesen.<sup>137</sup> Es hat jedoch betont, dass dem Gesetzgeber bei der Ausweitung dieses Haftgrundes auf nicht erfasste Straftatbestände im Hinblick auf Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG **enge Grenzen** gezogen sind; als Anlassdelikt könne nur eine Straftat in Betracht kommen, die schon nach ihrem gesetzlichen Tatbestand einen erheblichen, in der Höhe der Strafandrohung zum Ausdruck kommenden Unrechtsgehalt aufweise und den Rechtsfrieden empfindlich störe (s. auch § 112a, 10). In der Literatur<sup>138</sup> wird allerdings – neben weiterer Kritik (§ 112a, 10, 12) – aus verfassungsrechtlichen Gründen schon die Regelungskompetenz des Bundesgesetzgebers (Art. 70 ff. GG) bestritten und die Vorschrift damit als verfassungswidrig bezeichnet.

58 **7. Regelungskompetenz für § 126a.** Dementsprechend wird in der Literatur<sup>139</sup> auch die Regelungskompetenz des Bundesgesetzgebers (Art. 70 ff. GG) für die präventiv-

132 SK/Paeffgen 9a m.w.N.

133 SK/Paeffgen aaO.

134 BVerfGE 19 342, 350 (bezogen auf Absatz 4 a.F. – s. § 112a, 4); s. auch 36 276.

135 Zu Einzelheiten der Kritik siehe LR/Hilger<sup>26</sup> § 112, 53 m.w.N.

136 BVerfGE 35 185, 188; dazu krit. SK/Paeffgen 15, 14e.

137 S. dazu LR/Esse<sup>26</sup> EMRK Art. 5, 277 ff.

138 SK/Paeffgen 11, 12 ff., 19; § 112a, 4 (kompetenzwidrig); Gärditz (Prävention) 219 ff., 354, 430 m.w.N.; vgl. auch Seebode (Kolloquium) 180; Hassemer StV 1984 41; Gusy StV 1991 499 (zu Art. 73 Nr. 10, 74 Nr. 1 GG); Hohmann StV 1997 311; krit. auch: LR/Wendisch<sup>28</sup> § 112a, 11 ff. Gegen eine Vereinbarkeit mit der Unschuldsvermutung u.a. SK/Paeffgen § 112a, 5a; Wolter (Aspekte) 41; AK/Deckers 6; a.A. die h.M.; s. auch Schloth 165 ff.

139 SK/Paeffgen 14 ff., 19; Vor § 126a m.w.N.; Paeffgen (Dogmatik) 138 ff.; Gärditz (Prävention) 219 ff.; Seebode ZRP 1969 25 ff.

polizeiliche Regelung des § 126a bestritten. Die h.M.<sup>140</sup> leitet dagegen die Regelungskompetenz des Bundesgesetzgebers als Annexkompetenz aus Art. 74 Nr. 1 GG ab.

**8. Sonderopfer.** Nach herrschender Meinung<sup>141</sup> wird mit der Untersuchungshaft 59 dem Betroffenen, jedenfalls dann, wenn er später nicht verurteilt wird, ein Sonderopfer abverlangt. Die **Gegenmeinung**<sup>142</sup> ist der Auffassung, der Beschuldigte müsse die pflichtgemäß angeordnete Untersuchungshaft als „Störer“ des Verfahrens, zumindest als „Anscheinstörer“ hinnehmen; deshalb beruhe die gemäß § 2 StrEG zu zahlende Entschädigung nicht auf dem Aufopferungsgedanken, sondern sei eine Billigkeitsentschädigung (Gefährdungshaftung) eigener Art.

**9. Verhältnismäßigkeit.** Dem aus der Verfassung (Art. 20 Abs. 3 GG – Rechtsstaatsprinzip) abzuleitenden Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der für das gesamte öffentliche Recht gilt,<sup>143</sup> kommt im Strafverfahrensrecht und in der Verfahrenspraxis, namentlich im Bereich der Untersuchungshaft, besondere **begrenzende Bedeutung**<sup>144</sup> zu. Er wendet sich an Gesetzgeber und Strafverfolgungsorgane. Diese haben vor dem Hintergrund der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung<sup>145</sup> in Erfüllung ihrer Aufgaben die dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit innewohnenden Kriterien der **Geeignetheit, Erforderlichkeit** und **Angemessenheit** (d.h. Verhältnismäßigkeit i.e.S.)<sup>146</sup> staatlicher Maßnahmen (Eingriffe) zu beachten, insbesondere ihre Entscheidungen daran auszurichten. Die Verhältnismäßigkeit ist – wie bei jedem die Grundrechte beschränkenden Eingriff – als „eingriffslimitierendes Tatbestandsmerkmal“ zu beachten.<sup>147</sup> Der Grundsatz gilt nicht nur für vollzogene Haftbefehle nach den §§ 112, 112a, sondern gleichfalls für außer Vollzug gesetzte Haftbefehle und für solche nach den §§ 230 Abs. 2, 329 Abs. 3, ferner auch bei Überhaft und Auslieferungshaft.<sup>148</sup>

**140** SK/Rudolphi\* § 111a, 1; SK/Rogall § 111a, 1; AK/Krause 1; Möller Vorläufige Maßregeln, Diss. Bonn 1982, 188 ff., 194; Starke Die einstweilige Unterbringung (1991) 63, 68 m.w.N.; Winter Die vorläufigen Maßregeln im Strafprozessrecht, Diss. Mannheim 1984 124 ff., 158 (Direktkompetenz Art. 72, 74 Nr. 1 GG). Vgl. dagegen z.B. SK/Paeffgen Vor § 126a (auch zur Unschuldsvermutung).

**141** BGHZ 60 302 ff.; 72 302 ff.; HK/Posthoff 26; KK/Graf 13; Meyer-Goßner/Schmitt 3; Seebode (Vollzug) 136 ff.; Schlothauer/Weider/Nobis Rn. 485; einschränkend LR/Wendisch<sup>24</sup> 18 und § 112a, 10: die Haft nach § 112a sei vorweggenommene Urteilsvollstreckung.

**142** Paeffgen (Dogmatik) 211 ff., 237, 255 ff.; SK/Paeffgen 32: Sonderopfer nur bei rechtswidrig veranlasseter oder andauernder Haft; Radtke/Hohmann/Tsambikakis 5; vgl. auch Hassemer StV 1984 40; Wolter ZStW 93 (1981) 494.

**143** BVerfGE 3 383, 399; 7 377, 402 ff., 431 ff.; 19 342 ff.; 30 292 ff.; vgl. auch BVerfGE 70 297; SK/Paeffgen 20.

**144** H.M.; krit. SK/Paeffgen 9, 20 ff.; Paeffgen (Dogmatik) 165 ff.; siehe auch Jehle 10, 14; Kühne 406, 416.1; Schlothauer/Weider/Nobis Rn. 484 ff.; Wolter (Aspekte) 44.

**145** Vgl. z.B. BVerfG NJW 2012 513 = StV 2012 291; StV 2011 31 = StraFo 2010 461; StV 2008 421 = EuGRZ 2008 621; NJW 2006 668, 672, 677 mit Anm. Jahn 652 und Schmidt NSTZ 2006 313 sowie Anm. Paeffgen NSTZ 2007 83 zu S. 668; NJW 2005 3485 = StraFo 2005 456; NSTZ 2005 456 mit krit. Anm. Foth 457 = StV 2005 220 mit Anm. Krehl 561 = StraFo 2005 152; NSTZ 2002 100 = StV 2001 694; StV 1996 156; NSTZ 1995 292 = StV 1995 199; NSTZ 1994 553 = StV 1994 589; wistra 1994 341; NJW 1993 3190; 1992 1750; 1991 1043; BVerfGE 53 152, 158; 36 264, 270; 35 185, 190; 32 87, 94; 20 144, 147; 19 342, 347 (im Kern: Der Freiheitsanspruch des Beschuldigten sei den zur Strafverfolgung erforderlichen Freiheitsbeschränkungen ständig als Korrektiv entgegenzuhalten und der Eingriff in die Freiheit nur hinzunehmen, soweit volle Aufklärung der Tat und rasche Entscheidung nicht anders als durch Haft gesichert werden könne; diese durch Art. 2 Abs. 1 GG und das Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 3 GG, gebundene Maßnahme unterliege dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, müsse deshalb für den Beschuldigten zumutbar sein). S. auch die Nachweise zu Rn. 66.

**146** Vgl. BVerfGE 30 292, 316; Paeffgen (Dogmatik) 167 ff.; Hetzer 65.

**147** AK/Krause § 120, 4.

**148** KK/Graf 7; HK/Posthoff 11; KMR/Wankel 36a.